

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1979

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Verwaltungsautomation

- 253 Die Datenverarbeitungsanlage im Statistischen Landesamt dient seit Mitte der 60er Jahre in steigendem Maße auch der Durchführung von Verwaltungsaufgaben. Die erreichte Integration mit der amtlichen Statistik führte zu meßbaren Rationalisierungserfolgen.
-

Terminal-Einsatz in Krankenhäusern

- 256 Der Koordinierungsausschuß „Automation im Krankenhaus“ hat den beim Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes verarbeitenden Krankenhäusern ab einer Größe von etwa 500 Betten für die Datenerfassung und für zeitkritische Auswertungen sowie die Datenfernübertragung von und nach Bad Ems ein Mehrplatz-Terminalsysteem empfohlen. Über das Leistungsspektrum des Terminalsystems und seine Einsatzmöglichkeiten im Rahmen noch anstehender Projektentwicklungen berichtet dieser Beitrag.
-

Bautätigkeit 1978

- 261 Das Jahr 1978 verzeichnete eine rückläufige Wohnungsbautätigkeit, die wieder zu Lasten des Geschößwohnungsbaus ging. Die Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern hält unvermindert an.
-

Sozialer Wohnungsbau 1978

- 269 Im sozialen Wohnungsbau hat 1978 die Zahl der Bewilligungen wieder beträchtlich zugenommen, nachdem das Ergebnis in den beiden vorangegangenen Jahren weniger günstig ausgefallen war.
-

Jugendkriminalität 1968 bis 1977

- 273 94 000 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 21 Jahren wurden von 1968 bis 1977 von rheinland-pfälzischen Gerichten wegen strafbarer Handlungen verurteilt. Die Verurteilungshäufigkeit bei den Jugendlichen hat in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen.
-

Anhang

- 81* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
87* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Verwaltungsautomation im Statistischen Landesamt

Seit 15 Jahren ist durch den Einsatz der automatischen Datenverarbeitung in der öffentlichen Leistungsverwaltung eine wesentlich rationellere Aufgabenerfüllung möglich. Manuelle Arbeitstechniken wurden ersetzt durch maschinelle Abläufe mit erheblich größerer Verarbeitungsgeschwindigkeit und einer qualitativ verbesserten Aufgabenerledigung. Dies führte zu Kostenreduzierungen und Leistungssteigerungen.

Durch die Übertragung einer Vielzahl von Verwaltungsaufgaben auf das Statistische Landesamt wurde die Möglichkeit der unmittelbaren Aufbereitung von Daten aus dem Arbeitsablauf der öffentlichen Verwaltung eröffnet. Neben einer spürbaren Arbeitersparnis bewirkte dieser Datenträgeraustausch infolge der beschleunigten Abwicklung eine schnellere Vorlage der entsprechenden Statistiken. Auch die Integration zwischen statistischem Ausgangsmaterial und Erledigung von Verwaltungsaufgaben führte zu weiteren Rationalisierungserfolgen. Für die Zukunft wird eine verstärkte Integration zwischen Verwaltungsautomation und Statistik angestrebt. fo

Mehr über dieses Thema auf Seite 253

Terminal-Einsatz in Krankenhäusern

Im Statistischen Landesamt ist das nach § 27 des Krankenhausreformgesetzes zuständige Rechenzentrum des Landes mit folgenden Aufgaben für die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz befaßt:

- Verfahrens- und Programmentwicklung
- Verfahrens- und Programmpflege
- Verfahrenseinführung und
- laufende Verarbeitung.

Einbezogen sind Landeskrankenhäuser, kommunale Krankenhäuser, Universitätskliniken und öffentliche Krankenhäuser anderer Rechtsformen.

In Vollzug des Krankenhausreformgesetzes und des entsprechenden Auftrages der Landesregierung sind inzwischen alle staatlichen Krankenhäuser einschließlich des Universitätsklinikums in Mainz und über 90% der Bettenkapazität des kommunalen Krankenhausbereichs bereits an mehrere der bis heute realisierten Bausteine des einheitlichen Datenverarbeitungsverfahrens des Landes gemäß § 27 (1) KRG angeschlossen, nämlich an die stationäre Leistungserfassung und -abrechnung, die ambulante Leistungserfassung und -abrechnung einschließlich Arztabrechnung, die Finanzbuchhaltung (FINK), die Kosten- und Leistungsrechnung (KOLK), die Anlagenbuchhaltung (MAIK) und die Materialwirtschaft (MARK).

Die Erfassung der relevanten Daten im Krankenhaus erfolgte ursprünglich ausschließlich auf Klarschrift- oder OCR-Belegen, die anschließend auf dem Postweg zum Lesen und zur Verarbeitung ins Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes nach Bad Ems gebracht wurden.

Der Koordinierungsausschuß „Automation im Krankenhaus“ hat inzwischen den beim Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes verarbeitenden Krankenhäusern ab einer Größe von etwa 500 Betten für die Datenerfassung und für zeitkritische Auswertungen sowie die Datenfernübertragung von und nach Bad Ems ein Mehrplatz-Terminalsystem empfohlen.

Bisher haben bereits zehn Krankenhäuser mit zusammen rund 7 000 Betten dieses Terminalsystem routinemäßig in Betrieb genommen. Der Benutzerkreis wird sich sukzessiv durch in Vorbereitung befindliche weitere Installationen erheblich vergrößern. mt

Mehr über dieses Thema auf Seite 256

Verbesserte Haushaltslage der Gemeinden

In den ersten beiden Quartalen des Jahres 1979 betrugen die bereinigten Bruttoausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt 3 796 Mill. DM. Zur Deckung dieses Finanzbedarfs konnten die Gemeinden und Gemeindeverbände über Bruttoeinnahmen von 3 850 Mill. DM verfügen. Den kommunalen Kassen verblieb damit im ersten Halbjahr 1979 ein Überschuß von 54 Mill. DM.

Mit dieser Entwicklung zeichnet sich bereits eine deutlich verbesserte Haushaltslage für 1979 ab; im gleichen Zeitraum des Vorjahres ergab sich ein Defizit von 41 Mill. DM.

Von den Ausgaben des Verwaltungshaushalts entfielen 779 Mill. DM auf das Personal (6% mehr als im ersten Halbjahr 1978), während der laufende Sachaufwand 471 Mill. DM (+ 10,6%) erforderte. Für Sozialleistungen wurden 337 Mill. DM (+ 6,1%) aufgewendet.

Im Vermögenshaushalt beanspruchten die eigenen Baumaßnahmen im ersten Halbjahr 1979 eine Summe von 607 Mill. DM, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 10,4% gleichkommt. Diese Entwicklung wurde vor allem von den Straßenbauten und den Maßnahmen zur Abwasserbeseitigung (+ 6,7% bzw. + 6,3%) beeinflusst. Dem Schulbau kamen 110 Mill. DM (+ 6,4%) zugute. Auch die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen erfuhren eine Steigerung um 13,1%. Für den Erwerb von Vermögen war mit 199 Mill. DM gegenüber dem ersten Halbjahr 1978 ein Zuwachs von 25,2% zu verzeichnen.

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden betrugen im ersten Halbjahr 1 139 Mill. DM (+ 5,5%). Für die Grundsteuern war mit 153 Mill. DM ein Anstieg um 5% festzustellen. Das Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital zeigte mit 656 Mill. DM wieder einen etwas stärkeren Zuwachs (+ 7,7%). Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer brachte den Gemeinden 438 Mill. DM (+ 6,7%). An Lohnsummensteuer wurden noch 44 Mill. DM (— 10%) vereinnahmt. Bei der Grunderwerbsteuer war ein leichter Rückgang zu beobachten. Mit 53 Mill. DM blieben die Einnahmen um 1,9% hinter denen des ersten Halbjahres 1978 zurück. be

Baulandpreise fünfmal so hoch wie 1962

Seit dem Fortfall des Preisstopps für den Grundstücksverkehr im Jahre 1962 stiegen die Baulandpreise in Rheinland-Pfalz ganz beachtlich. Bis 1979 beträgt die Erhöhung für baureifes Land nahezu 400% und für Rohbauland mehr als 450%. Kostete im Landesdurchschnitt 1962 ein erschlossenes Grundstück noch 10 DM je Quadratmeter, so betrug der Preis im ersten Halbjahr 1979 mehr als 52 DM. Rohbauland verteuerte sich von 7,50 DM auf 42 DM.

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Baukosten für Wohngebäude um 150%, also um das Zweieinhalbfache. Damit sind die Grundstückspreise wesentlich stärker gestiegen als die Baulandpreise. wf

Baureifes Land 16% teurer

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1979 wurden in Rheinland-Pfalz 8,4 Mill. qm Bauland gekauft. Das ist der höchste innerhalb eines halben Jahres getätigte Flächenumsatz seit 1973. Rund 70% der insgesamt 7 920 Verkaufsfälle bezogen sich auf baureifes Land, das mit 55% an der Fläche beteiligt war. Ein Fünftel der Verkäufe mit einem Flächenanteil von 23% entfiel auf Rohbauland, während sich der Rest auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen verteilt.

Im Durchschnitt errechnet sich ein Quadratmeterpreis von 42,81 DM gegenüber 36,56 DM im ersten und 38,88 DM im zweiten Halbjahr 1978. Der Preis für baureifes Land lag bei 52,17 DM und übertraf damit den im Vorjahr ermittelten Wert von 44,95 DM um 16%. Bei Rohbauland ergab sich für die gleiche Zeitspanne eine Erhöhung des Quadratmeterpreises um 32%. Der gesamte Verkaufserlös betrug rund 360 Mill. DM und lag damit um nahezu 30% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Schwerpunkte der Baulandveräußerungen lagen in Wohngebieten mit offener Bauweise und in Dorfgebieten, auf die zusammen 96% der Verkaufsfälle und 88% des Flächenumsatzes kamen. Bedingt durch die Struktur des Landes entfiel der größte Anteil der Verkäufe auf Gemeinden unter 2 000 Einwohner. Diese vereinigten 39% der Verkaufsfälle und 35% der Fläche auf sich. Erwartungsgemäß war in dieser Größenklasse auch der Preis je Quadratmeter baureifen Landes mit 23,69 DM am niedrigsten. Bereits in der nächsthöheren Gemeindegrößenklasse von 2 000 bis 5 000 Einwohner stieg er auf 45,37 DM an. In Großstädten betrug der Durchschnittspreis für baureifes Land sogar 207 DM. Bei Rohbauland streute er zwischen 19,57 DM in Gemeinden bis 2 000 Einwohner und 103 DM in Großstädten. Nahezu ein Drittel des baureifen Landes und zwei Fünftel des Rohbaulandes wurden zu einem Quadratmeterpreis unter 20 DM veräußert. wf

**Sehr guter Weinjahrgang zu erwarten
Überwiegend Prädikatsweine**

Die diesjährige Weinmosternte in Rheinland-Pfalz wird sich auf etwa 5,4 Mill. hl belaufen. Sie ist damit größer als im Vorjahr (5,2 Mill. hl), aber geringer als im langjährigen Durchschnitt (6,3 Mill. hl).

Regional sind die Ertragsverhältnisse sehr unterschiedlich. Starke Einbußen mußten vor allem die Bereiche Obermosel, Saar-Ruwer, Schloß Böckelheim und teilweise auch das Anbaugebiet Rheinhessen hinnehmen, während in den Bereichen Zell/Mosel und Südliche Weinstraße sehr hohe Erträge erzielt werden konnten. Von den wichtigsten Rebsorten war hauptsächlich der Müller-Thurgau von Ausfällen betroffen.

Die Weinmosternte läßt einen sehr guten Jahrgang erwarten. Für Weißmost errechnet sich ein durchschnittliches Mostgewicht von 76 Grad Oechsle (Vorjahr 70 Grad) und für Rotmost von 71 Grad (66 Grad). Mehr als die Hälfte der erwarteten Gesamternte wird für die Herstellung von Prädikatswein, 47% werden für Qualitätswein geeignet sein. kn

Mehr Milch produziert

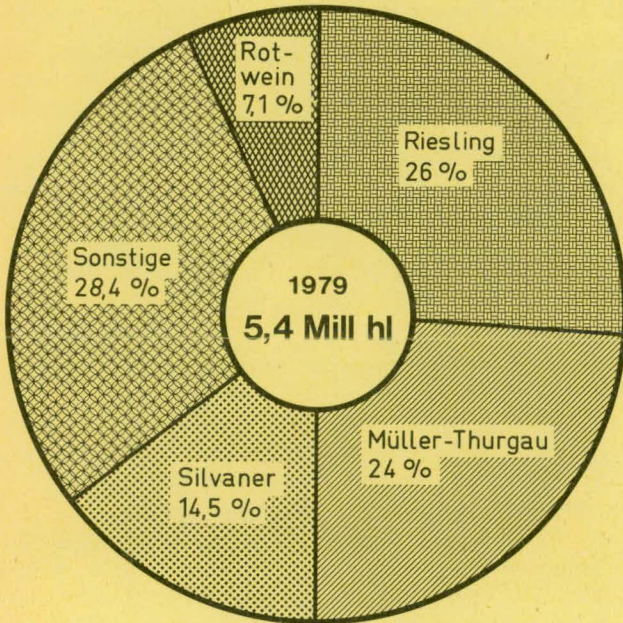
In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden in Rheinland-Pfalz 732 400 t Kuhmilch erzeugt, das sind 3% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zunahme ist auf die gestiegene Milchleistung je Kuh und auf einen um 1 150 Tiere erweiterten Milchkuhbestand zurückzuführen. Von der gesamten Milchproduktion wurden 691 000 t oder 94% an Molkereien geliefert. rö

Mehr verkaufsfertige Obstgehölze in Baumschulen

Im Juli dieses Jahres lagen in rund 200 Baumschulbetrieben in Rheinland-Pfalz die Bestandszahlen an verkaufsfertigen Obstgehölzen um rund 10% über denen des Vorjahres. Heranwachsende Obstgehölze sowie Obstunterlagen gab es 10 bzw. 22% weniger. Die Zahl der verkaufsfertigen Beerenobststräucher, -pflanzen und -stämme nahm um 9% zu.

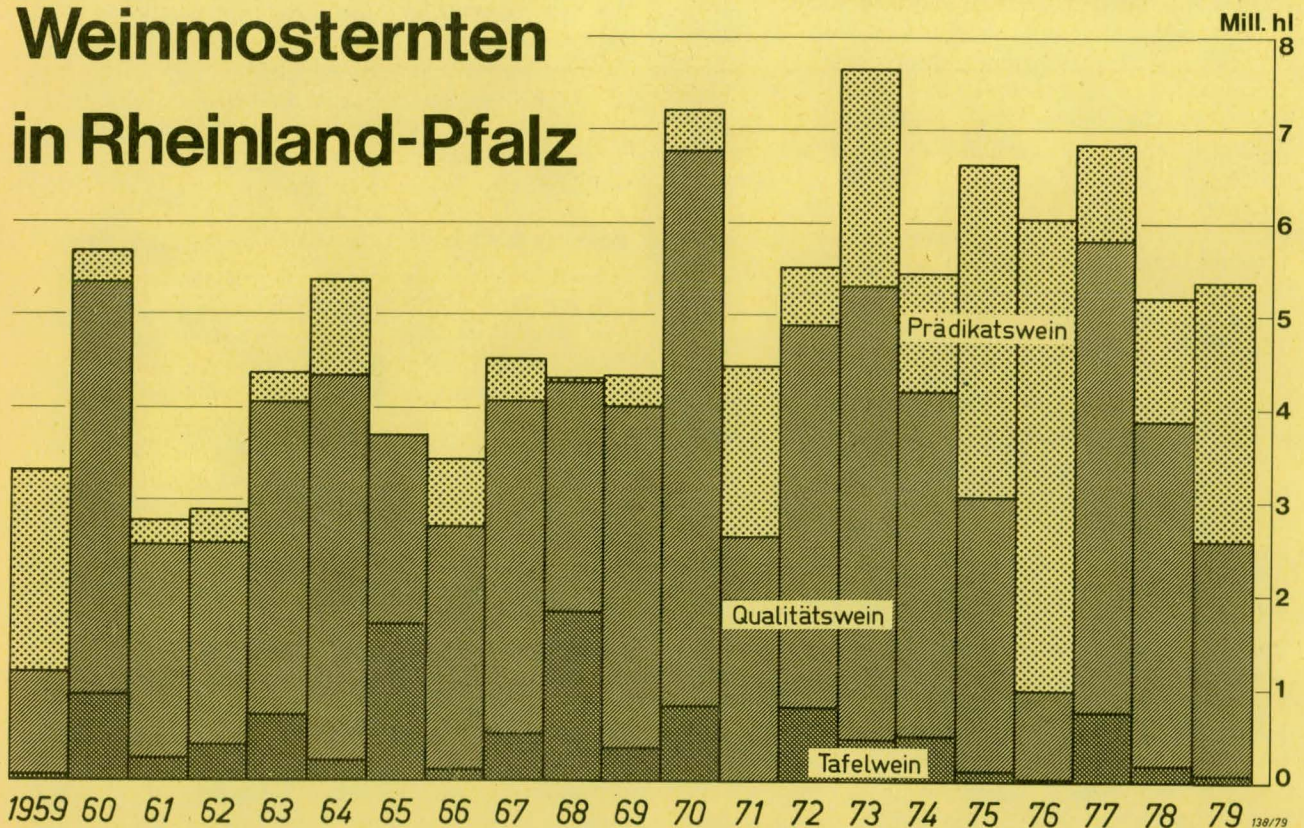
Ziergehölze für Straßen, Parks und Gärten verzeichneten eine Zunahme um 3% auf insgesamt 7,4 Millionen Stück. Daran waren die Heckenpflanzen (+ 31%) und Rhododendron (+ 12%) maßgeblich beteiligt. Die Rosenanzucht wurde um 3% auf rund 797 000 Pflanzen reduziert.

Unter den Forstpflanzen gingen die Nadelgehölze mit Ausnahme der Weißtanne, deren Anzucht im Vorjahr erheblich eingeschränkt worden war und in diesem Jahr eine überaus starke Zunahme zu verzeichnen hat, um rund 9% zurück. Beim Laubholz wurde ein Rückgang um fast 37% ermittelt. Die Gesamtzahl der Forstpflanzen belief sich auf rund 94 Millionen Stück. Das waren annähernd 15% weniger als im Vorjahr. rö



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz L

Weinmosternten in Rheinland-Pfalz



Freilandgemüseanbau leicht ausgeweitet

Im Jahre 1979 wurden in Rheinland-Pfalz rund 4 900 ha Gemüse angebaut. Der Freilandanbau der wichtigsten Gemüsearten zu Verkaufszwecken ist damit gegenüber dem Vorjahr leicht ausgeweitet worden.

Kopfsalat (767 ha) nahm wiederum die größte Fläche in Anspruch, gefolgt von Blumenkohl (658 ha), Spinat (583 ha), Spargel (529 ha), Möhren und Karotten (383 ha), Zwiebeln (353 ha) und grünen Pflückbohnen (273 ha). Am kräftigsten zugenommen hat der Anbau von Spinat (+ 102 ha). Auch Blumenkohl (+ 36 ha), Gurken (+ 23 ha), Kohlrabi (+ 21 ha) und Rotkohl (+ 13 ha) wurden in deutlich größerem Umfang angebaut als 1978. Ebenso erfuhren Weißkohl, Grünkohl, Karotten und Sellerie einen Flächenzugang. Dagegen gab es bei Frischerbsen (— 24 ha), Kopfsalat (— 20 ha) und Spargel (— 19 ha) Einschränkungen.

Der Anbau in Unterglasanlagen erfolgte auf rund 35 ha gegenüber 46 ha im Vorjahr. Während der Anbau unter Hochglas um 12 ha zurückging, nahm er unter Niederglas geringfügig zu.

Die Erdbeerfläche umfaßte 127 ha. Davon waren 53 ha bis Ende des Jahres zur Rodung vorgesehen. Wenn alle beabsichtigten Neuanpflanzungen (55 ha) durchgeführt werden, dürfte 1980 mit einer etwas größeren Erntefläche zu rechnen sein. rö

Mehr Schlachtungen, größere Schlachtmenge

Von Januar bis September 1979 wurden in Rheinland-Pfalz 134 900 Rinder, 3 610 Kälber, 969 000 Schweine und 17 240 Schafe inländischer Herkunft geschlachtet. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nahm die Zahl der geschlachteten Rinder (+ 2%), Schweine (+ 6%) und Schafe (+ 14%) zu, während die Kälberschlachtungen (— 18%) beträchtlich reduziert wurden. Die gesamte Schlachtmenge lag mit rund 119 700 t um 5% über der des Vorjahres. Von der Gesamtmenge waren 40 200 t Rindfleisch und 78 400 t Schweinefleisch.

Auch die Schlachtungen von Tieren aus dem Ausland und der DDR haben zahlenmäßig zugenommen, und zwar um 46% auf 34 400 Tiere. Sie erbrachten eine Gesamtmenge von 4 400 t, darunter 2 650 t Rind- und 1 620 t Schweinefleisch. rö

10% mehr Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1978

Im sozialen Wohnungsbau wurden 1978 über 8 000 öffentlich geförderte Bauvorhaben bewilligt. Das sind 700 Wohnungen oder fast 10% mehr als im Jahre 1977. Ebenso wie im Vorjahr entfielen 60% der Bewilligungen auf Ein- und Zweifamilienhäuser. Die durchschnittliche Wohnungsgröße ist etwas zurückgegangen. Von den bereitgestellten Mitteln war der überwiegende Teil, nämlich gut 800 Mill. DM von insgesamt 1,4 Mrd. DM, aus dem Zweiten Förderungsweg. Für den traditionellen öffentlich geförderten Wohnungsbau wurden rund 600 Mill. DM bereitgestellt. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 269

Weiterhin günstige Baukonjunktur

Im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe ist seit 1978 wieder ein spürbarer Aufwärtstrend zu beobachten, der sich insbesondere in beträchtlich gestiegenen Aufträgen zeigt. Diese Entwicklung setzte sich im ersten Halbjahr 1979 verstärkt fort. 1974 und 1975 war dieser Wirtschaftszweig bundesweit von schweren Einbußen betroffen.

Zwischen 1976 und 1978 nahm der Personalstand um 2 600 auf 70 700 zu, der Auftragseingang der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten um 75% auf fast 4 Mrd. DM. Der jeweilige Bestand nicht fertiggestellter Bauwerke hat sich in dieser Zeit verdoppelt. Der Auftragsbestand Ende Dezember 1978 von 1,8 Mrd. DM gewährleistete für nahezu sechseinhalb Monate eine kontinuierliche Bauproduktion. Ende 1975 bis 1977 hatten die Auftragsreichweiten vier Monate betragen.

Mit der Aufwärtsentwicklung der Bauwirtschaft war ein zunehmender Anstieg der Baupreise verbunden. Die Bauleistungen an Wohngebäuden, die sich in den Jahren 1975 und 1976 um nur 2,4 bzw. 3,5% verteuert hatten, wurden 1977 um 4,9% und 1978 um weitere 6% teurer. Einen ganz erheblichen Preisschub brachte das erste Halbjahr 1979 mit mehr als 10%.

Der Auftragsbestand lag Ende Juni 1979 um 51% über dem Vorjahresergebnis, wobei Wohnungsbau (+ 58%) und Straßenbau (+ 74%) überdurchschnittlich expandierten. Zur Jahresmitte 1979 hatte das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe Auftragsbestände für fast acht Monate. Allerdings lassen die seit Jahresmitte rückläufigen Auftragseingänge für die Zukunft eine gewisse Entspannung auf dem Bausektor erwarten. pe

Weniger fertiggestellte Wohnungen im Jahre 1978

Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen lag im Jahre 1978 mit 25 200 Einheiten niedriger als im Vorjahr, in dem sie sich auf 26 400 belief. Nach wie vor steht der Bau von Eigenheimen im Vordergrund. Die erneute Zunahme von Ein- und Zweifamilienhäusern ging zu Lasten des Geschoßwohnungsbaus; die Zahl der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern nahm binnen Jahresfrist fast um ein Drittel ab. In Eigenheimen kamen jedoch weitere 1 000 Wohnungen hinzu. Dies führte zu einer Zunahme der durchschnittlichen Wohnfläche je Neubauwohnung um fast 5 auf 106 qm. Infolge gestiegener Baupreise und höherer Ansprüche an den Wohnkomfort mußte der Bauherr für ein Einfamilienhaus im Schnitt 168 000 DM bezahlen. In Mehrfamilienhäusern kostete eine Neubauwohnung rund 70 000 DM bei einer durchschnittlichen Wohnfläche von 68 qm. Die Wohnungsbautätigkeit hat sich zunehmend von den Großstädten auf die kleinen Gemeinden verlagert. Ausschlaggebend sind hierfür vor allem unterschiedliche Bau- und Baulandpreise und die Möglichkeiten zur Selbsthilfe. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 261

Verwaltungsautomation im Statistischen Landesamt

Mitte der 60er Jahre hat die Automatische Datenverarbeitung (ADV) nach erfolgreichem Einsatz in anderen Bereichen auch in die öffentliche Verwaltung Einzug gehalten. Besonders in der sogenannten Leistungsverwaltung mit meist gleichartigen Arbeitsgängen bei vorgegebenen rechtlichen Regelungen war ein enormer Rationalisierungseffekt durch die Automatische Datenverarbeitung erzielbar. Die bisher mit manuellen Arbeitstechniken durchgeführten Berechnungen, Bescheid-Erteilungen und insbesondere die laufenden Auszahlungsgeschäfte verzeichneten bei maschineller Durchführung eine große Einsparung und Rationalisierung¹⁾. Die Automatische Datenverarbeitung führte weiterhin zu einer quantitativ größeren Arbeitsleistung infolge der wesentlich größeren Verarbeitungsgeschwindigkeit sowie zu einer qualitativ verbesserten Aufgabenerledigung. Letzteres insbesondere wegen

- (1) der aktuellen und arbeitsnahen Bereitstellung der von der Verwaltung benötigten Informationen,
- (2) der absolut gleichen und fehlerfreien Bearbeitung gleichgelagerter Fälle,
- (3) der enormen Vereinfachung der rechtlichen und rechnungsmäßigen Kontrolle auf das dem Arbeitsablauf zugrunde gelegte Programm.

Die sich ergebenden Kostenreduzierungen und Leistungssteigerungen bei automatisierter Durchführung von Verwaltungsaufgaben führten in den letzten 15 Jahren dazu, daß immer mehr Verwaltungsabläufe der Automation zugeführt wurden.

Da im Statistischen Landesamt schon frühzeitig die Aufbereitung der amtlichen Statistik über eine Datenverarbeitungsanlage erfolgte, bot es sich an, diese Anlage auch für die automatisierte Erledigung von Verwaltungsaufgaben zu verwenden. So wie die amtliche Statistik Daten aus dem Wirtschaftsprozeß der Unternehmen und Betriebe benötigt, sind Daten aus dem Arbeitsablauf der öffentlichen Verwaltung erforderlich. Während im ersten Falle nur eine primärstatistische Datengewinnung möglich ist, läßt die Verwaltungsautomation die sekundärstatistische Erhebung und Aufbereitung zu. Dies bringt bei der durch Einsatz der ADV möglichen integrierten Verarbeitung wichtige Vorzüge mit sich, da hierbei im fachstatistischen Bereich Signierungen, Datenerfassung und Plausibilitätskontrollen durch den Datenträgeraustausch

überflüssig werden. Diese technische Veränderung bewirkt eine spürbare Arbeitersparnis und ermöglicht durch eine beschleunigte Arbeitsabwicklung eine schnellere Vorlage der sogenannten Verwaltungsstatistiken.

Aber nicht nur die Statistik ist Nutznießer der Verwaltungsautomation. Bei vielen Verwaltungsaufgaben werden statistische Ergebnisse für Prüfungen und Berechnungen zugrunde gelegt. Die durch die ADV gegebene Integration zwischen dem statistischen Ausgangsmaterial und der Erledigung der Verwaltungsaufgabe birgt weitere Rationalisierungsmöglichkeiten. Diese Interdependenzen bedingen eine integrierte Verarbeitung von Verwaltungsaufgaben und amtlicher Statistik. Dementsprechend werden beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz die im folgenden beschriebenen Verwaltungsaufgaben bearbeitet.

Landeshaushaltsrechnung und Staatsfinanzstatistik (einschließlich Hochschulfinanzzstatistik)

Aus den Ist-Ergebnissen der Landeskassen werden nach den Plausibilitätsprüfungen monatlich Titelübersichten mit Soll-Ist-Vergleich erstellt. Sie werden ergänzt um die Funktionen- und die Gruppierungsübersicht. Nach Ablauf des Haushaltsjahres wird die Haushaltsrechnung als Titelübersicht zusammengestellt. Anlagen zur Haushaltsrechnung sind Gruppierungsübersicht, Funktionenübersicht und Haushaltsquerschnitt. Ferner folgt eine Einzelaufstellung nach Kapiteln, Titeln und Funktionen.

Als Staatsfinanzstatistik wird die Vierteljahresstatistik mit den Baumaßnahmen und die jährliche Haushaltsrechnungsstatistik erstellt. Die Haushaltsansatzstatistik basiert auf dem Haushaltsplan, der schon als Entwurf auf Datenträger erfaßt wird. Die Ansatzstatistik liefert ebenfalls neben Einzellistungen nach Kapiteln und Titeln wiederum Gruppierungs- und Funktionenübersicht sowie Haushaltsquerschnitt. Analog erfolgt die Finanzplanungsstatistik, die einen fünfjährigen Planungszeitraum umfaßt.

Es besteht eine fast völlige Integration zwischen der Verwaltungsaufgabe und der Staatsfinanzstatistik.

Berechnung der Schlüsselzuweisungen

Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erfolgt die maschinelle Berechnung der Schlüsselzuweisungen für Gemeinden, Verbandsgemeinden und Kreise. Ausgehend von den Zahlen der amtlichen Statistik werden aus den Einnahmen an Grundsteuern, der Gewerbesteuer und des Gemeindeanteils an der Einkom-

¹⁾ Vgl. Die Wirtschaftlichkeit der ADV-Anwendungen im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems 1979.

mensteuer sowie der Bevölkerungszahlen die Bedarfskraftmeßzahlen, Steuerkraft- und Finanzkraftmeßzahlen und schließlich der Schlüsselzuweisungen je Gebietskörperschaft errechnet. Der Berechnungsgang und das Ergebnis werden in Berechnungsbogen für jede Körperschaft und in verschiedenen Ausgabelisten ausgedruckt und in Veröffentlichungstabellen ausgewertet. Da die Berechnung der Schlüsselzuweisungen von den Zahlen der Statistik ausgeht, ist ein sehr hoher Integrationseffekt festzustellen.

Berechnung der Krankenhausumlage

Zur Finanzierung des kommunalen Anteils an den Ausgaben für das Krankenhauswesen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz erhebt das Land von den Landkreisen und kreisfreien Städten eine Umlage. Alle zur Berechnung der Krankenhausumlage benötigten Daten sind in den Datenbeständen des Verfahrens Berechnung der Schlüsselzuweisungen bereits vorhanden. Nach Festlegung des Umlagesatzes werden die Umlagebeträge maschinell errechnet. Der Berechnungsgang und das Ergebnis werden in Berechnungs- und Festsetzungsbogen für jede Gebietskörperschaft und in tabellarischen Gesamtübersichten ausgedruckt.

Ermittlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage

Der auf die Gemeinden entfallende Anteil an der Einkommensteuer wird nach einem besonderen Schlüssel aufgeteilt. Diese Aufteilung erfolgt maschinell, wobei besondere Berechnungen bei Gemeindeneugliederungen vorzunehmen sind. Gleichzeitig werden Ausgleichsbeträge zwischen den Gemeinden ermittelt. Weiterhin wird die Gewerbesteuerumlage bei den Zahlungen der Gemeindeanteile mit verrechnet. Die Beträge werden vierteljährlich als Abschläge zahlbar gemacht bzw. am Jahresende abschließend abgerechnet, wobei bereits die Überweisungsträger erstellt werden.

Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung des Wohngeldes

Die von den Wohngeldberechtigten eingereichten Anträge werden nach Vorermittlungen von den Bewilligungsbehörden (Kreisverwaltungen, kreisfreie und große kreisangehörige Städte) auf Ablochbelege signiert. Diese Ablochbelege werden auf Datenträger übernommen und einer umfangreichen Plausibilität unterzogen. Es folgt die maschinelle Ermittlung des Familieneinkommens, der anrechenbaren Miete, der Zahl der Familienmitglieder sowie die Berechnung des Wohngeldes. Anschließend werden die Bescheide geschrieben und die monatlichen Wohngeldbeträge zahlbar gemacht. Dabei werden im einzelnen erstellt Zahlungslisten für die Bewilligungsbehörden, Postzahlungsanweisungen mit Begleitlisten, Verrechnungslisten bei haushaltsinternen Umbuchungen ohne Zahlungen sowie Listungen der Sozialhilfeempfänger unter den Wohngeldempfängern.

Die Wohngeldüberweisung auf ein Bankkonto des Empfängers erfolgt durch beleglosen Datenträgeraustausch mit der Landesbank und Girozentrale Rheinland-Pfalz. Bei auslaufender Bewilligungszeit werden Erinnerungskarten gedruckt. Für die Wohngeldstatistik werden die benötigten Daten ermittelt und auf Magnet-

band bereitgestellt. An das ADV-Verfahren sind alle 44 Bewilligungsbehörden des Landes angeschlossen. Monatlich werden 10 000 Fälle berechnet und etwa 5 Mill. DM ausbezahlt.

Wahlen

Die Ermittlung der Wahlergebnisse von Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen erfolgt durch den Landeswahlleiter mit Hilfe der ADV. Bei Bundestagswahlen sowie bei den Wahlen zum europäischen Parlament werden die prozentualen Werte der Einzelergebnisse sowie die absoluten und prozentualen Ergebnisse der einzelnen Verwaltungsebenen (Kreise, Regierungsbezirke, Land) errechnet. Mitgedruckt werden die gespeicherten Ergebnisse der letzten Wahlen. Bei den Landtagswahlen erfolgt über die Einzel- und Gesamtaufbereitung hinaus noch die Errechnung der Sitzverteilung auf die einzelnen Parteien. Bei den Kommunalwahlen wird über die Aufbereitung der Ergebnisse der einzelnen Verwaltungsebenen hinaus die Sitzverteilung für den Bezirkstag der Pfalz errechnet. Durch die im Rahmen des Landesinformationssystems vorhandene Datenfernübertragungsmöglichkeit werden die Ergebnisse bei allen Wahlen unmittelbar in der Informationsstelle des Amtes in Mainz ausgeben.

Vergleichsrechnung Pflegesatzverhandlungen

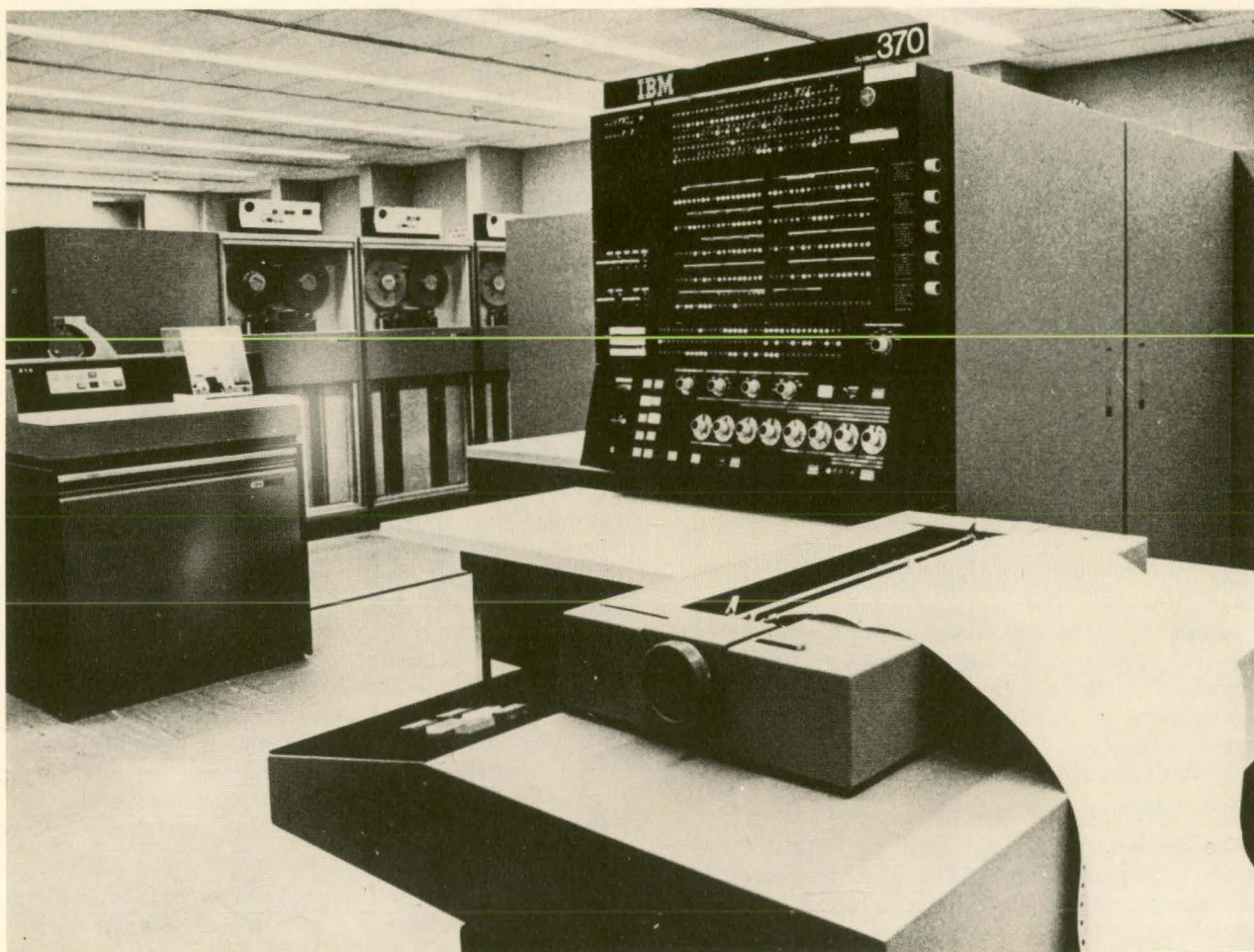
Für die jährlichen Verhandlungen mit den Krankenhäusern und Krankenkassen über die Pflegesätze benötigt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt Auswertungen der Selbstkostenblätter der Krankenhäuser. Diese für externe Krankenhausbetriebsvergleiche notwendigen Berechnungen und Übersichten werden maschinell durchgeführt. Die dem Ministerium eingereichten Selbstkostenblätter werden nach dortigen manuellen Vorprüfungen auf Datenträger übernommen und auf Plausibilität geprüft. Nach den Berechnungen erfolgt die Auswertung in verschiedenen Listen nach Krankenhausgruppen, Fachrichtungen, Bettenzahl, Verweildauer, Ausnutzungsgrad und weiteren Strukturmerkmalen.

Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung der Ausgleichszulagen nach dem EG-Bergbauernprogramm

Nach dem EG-Bergbauernprogramm erhalten landwirtschaftliche Betriebe in bestimmten benachteiligten Gebieten staatliche Ausgleichszahlungen. Die bei den Bezirksregierungen als Bewilligungsbehörden zu stellenden Anträge werden im Statistischen Landesamt erfaßt. Es folgt nach Überprüfung und Korrektur maschinell die Berechnung der Ausgleichszulage, die Bescheidschreibung und die Zahlbarmachung mit Erstellung der Liste der Empfänger und der Überweisungsträger mit Begleitlisten. Die Ergebnisse werden maschinell auch für statistische Zwecke ausgewertet. Jährlich werden über 6 000 Anträge mit einer auszahlenden Summe von fast 7 Mill. DM bearbeitet.

Auswertung von Forsteinrichtungsergebnissen

Nach dem Landesforstgesetz sind alle Waldbesitzer verpflichtet, periodische Forsteinrichtungswerke für einen Zeitraum von zehn Jahren zu erstellen, und zwar für den Gesamtbetrieb und für jede Unterabteilung mit ihren Beständen. Ein Forsteinrichtungswerk ent-



Die Schnelligkeit moderner Datenverarbeitungsanlagen demonstriert das Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes. Binnen weniger Minuten erstellt der Computer die Berechnungen für 58 000 Wohngeldfälle.

hält Informationen über den Zustand des Betriebes und die Planung.

Die von den Forsteinrichtern erstellten Waldaufnahmeblätter mit Zustands- und Planungsdaten werden auf Datenträgern erfaßt und einer umfangreichen Plausibilität unterzogen. Nach Korrektur erfolgen Berechnung des Holzbestandes und maschinelle Bestandsfortschreibung. Die Ergebnisse werden zum einen im Betriebsplan und in der Altersklassenübersicht, zum anderen in den Bestandsblättern, der Flächenlegende und dem Betriebsplanvollzugsnachweis ausgedruckt. Sonderauswertungen nach unterschiedlichen Kriterien sind möglich. Für das im Landesrechenzentrum Mainz durchgeführte maschinelle Verfahren des Vollzuges, mit dem das Ergebnis des bisherigen Betriebsablaufes geprüft wird, werden die Bestandskonten auf Datenträger bereitgestellt. Jährlich werden etwa 300 Betriebe mit durchschnittlich 200 ha Größe eingerichtet. Dabei sind monatlich etwa 8 000 Datensätze aufzunehmen. Der Umfang der Ausgabelisten beträgt im Jahr über 100 000 Blatt.

Auswertung der Bestandsaufnahme zur Fortschreibung des landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramms Eifel-Hunsrück

Die für das Jahr 1981 beabsichtigte Fortschreibung des 1973 veröffentlichten Landwirtschaftlichen Entwick-

lungsprogramms Eifel-Hunsrück setzt eine erneute agrarstrukturelle Bestandsaufnahme voraus. Sie soll Auskunft über die im Bereich der hauptberuflichen Landbewirtschaftung eingetretenen strukturellen Veränderungen geben. Die Bestandsaufnahme wird in den Höhengebieten der Eifel und des Hunsrücks von den dortigen Landwirtschaftsschulen und landwirtschaftlichen Beratungsstellen durchgeführt, in den Weinbaugebieten der Förderungsregion von der Landsiedlung Rheinland-Pfalz. Die Koordinierung der Erhebung obliegt den Bezirksregierungen Trier und Koblenz.

Die Auswertung der Bestandsaufnahme erfolgt maschinell und ist für die erste Hälfte des Jahres 1980 vorgesehen. Dabei werden die gewonnenen Ergebnisse mit den Daten der Bestandsaufnahme 1970/71, die die Grundlage des ersten Entwicklungsprogramms Eifel-Hunsrück bildete, zusammengeführt. Darüber hinaus erfolgt eine Kombination der Bestandsaufnahmedaten 1979 der hauptberuflich bewirtschafteten Betriebe mit den Standardbetriebseinkommen aus der Agrarberichtserstattung 1979.

Auswertung der Zuchtwertschätzung und Melkbarkeit

Für die Landesanstalt für Schweinemastleistungsprüfung und Zuchtwertschätzung Neumühle werden auf Grund von Kälber-Geburtsmeldungen umfangreiche Auswertungen zur Zuchtwertschätzung erstellt. Es

handelt sich um Auflistungen der einzelnen Leistungsprüfer und um Nachzuchtbewertungen (Kälber- und Färsennachkommenlisten). Weiterhin werden Tabellen über den Einfluß von Rasse, von Vater- und Großvatertieren, von Geburtsverlauf, -gewicht und -zeitpunkt auf den Kälberverlust bzw. den Geburtsverlauf erstellt. Diese Auswertungen werden in der Regel vierteljährlich vorgenommen.

Jährlich werden die Ergebnisse der Melkbarkeitsprüfung für die gleiche Landesanstalt aufbereitet. Hierbei werden auf Grund von Angaben über Milchmenge, Melkdauer und -zeit sowie allgemeinen Daten je Kuh (Abstammung, Rasse, Betrieb) Tabellen erstellt als Eigenleistungslisten, Färsen-Nachkommenlisten, über Standardabweichungen und über Regressionsfaktoren jeweils je Herdbuchmaterial und je Gesamtmaterial. Vor Erstellung der Tabellen sind umfangreiche Berechnungen über Durchschnittswerte und Regressionsfaktoren vorzunehmen.

Beitragsberechnung zum Gemeindeunfallversicherungsverband

Aufgrund der Bevölkerungszahlen der verschiedenen Gebietskörperschaften (Gemeinden, Verbandsgemeinden, kreisfreie Städte, Landkreise) sowie eines jeweils unterschiedlichen Faktors werden die einzelnen Beitragsraten und -gesamtbeträge errechnet und in einer Beitragsliste angedruckt.

Vertrieb der Veröffentlichungen

Die gesamte Rechnungserstellung für die Bezieher von Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes erfolgt maschinell, und zwar sowohl die Rechnungsschreibung an Einzelbezieher als auch die periodische Abrechnung mit den Abonnenten. Das Verfahren umschließt weiterhin die Bestandsführung aller Veröffentlichungen. Für den Versand werden Bezieherlisten und Versandunterlagen erstellt. Das ADV-Verfahren ermöglicht vor allem eine intensive Werbung durch Auswahl bestimmter Kundenkreise oder Bezieher von anderen Veröffentlichungen und Erstellung entsprechender Unterlagen (Listen, Adreßaufkleber).

Adreßdatei

Die verschiedenen Anschriftenkarteien des Statistischen Landesamtes - früher entweder manuell geführt oder auf Adremaplatten vorhanden - sind in einer maschinellen Adreßdatei verfügbar. Durch Speicherung bestimmter Merkmale ist es möglich, die verschiedenen Anschriftenkreise als Listen und/oder

Adreßaufkleber auszudrucken. Jede Anschrift ist, obwohl oftmals für unterschiedliche Zwecke und Abteilungen benötigt, nur einmal in der Datei vorhanden. Die Pflege und Fortschreibung der Adreßdatei erfolgt über einen entsprechenden Änderungsdienst.

Zahlbarmachung der jährlichen Aufwandsentschädigungen für landwirtschaftliche Berichterstatter

Aufgrund der vorgegebenen Beträge der jährlichen Aufwandsentschädigungen wird aus der Adreßdatei mit dort gespeicherten Überweisungskonten für die landwirtschaftlichen Berichterstatter die Zahlbarmachung vorgenommen. Dabei werden wieder Überweisungsträger für Bank-/Postüberweisung und Zahlungslisten erstellt.

ADV-Kosten- und Leistungsrechnung

Für die Abteilung ADV des Statistischen Landesamtes wird eine maschinelle Betriebsabrechnung durchgeführt. Personal- und Sachkosten werden als Kostenarten auf die einzelnen Kostenstellen verteilt. Die Kosten der Hilfskostenstellen werden auf die Hauptkostenstellen weitergegeben. Die Personalkosten werden anhand von Zeitrachweisen, die Maschinenkosten auf Grund der Accounting-Auswertungen auf die Kostenträger gebucht. Das gleiche geschieht mit allen anderen einem Kostenträger direkt zurechenbaren Kosten. Die übrigen Kosten werden im Rahmen einer Umlagerechnung auf die Kostenträger verteilt. Die Ergebnisse werden in detaillierten Tabellen angelistet.

Neben einer Wirtschaftlichkeitskontrolle ist mit dieser Betriebsabrechnung auch eine Kostenkalkulation der einzelnen Verfahren, besonders für eine Rechnungsstellung bei Verarbeitung für Dritte, zum Beispiel Krankenhäuser, möglich.

Schlußbemerkung

Auch künftig wird bei schon vorhandenen oder neu hinzukommenden Verwaltungsaufgaben die konventionelle Arbeitstechnik durch Automation ersetzt werden. Aber mit der Übertragung manueller Tätigkeiten auf maschinelle Arbeitsgänge darf der Prozeß nicht beendet sein. Die Integration zwischen Verwaltungsautomation und Statistik muß sukzessive auch für die Automationsaufgaben der anderen staatlichen und kommunalen Rechenzentren des Landes erreicht werden.

Diplom-Volkswirt O. Form

Terminal-Einsatz in den staatlichen und kommunalen Krankenhäusern

Im Statistischen Landesamt ist das nach § 27 des Landesgesetzes zur Reform des Krankenhauswesens in Rheinland-Pfalz (Krankenhausreformgesetz-KRG vom 29. Juni 1973) zuständige Rechenzentrum des Landes mit folgenden Aufgaben befaßt:

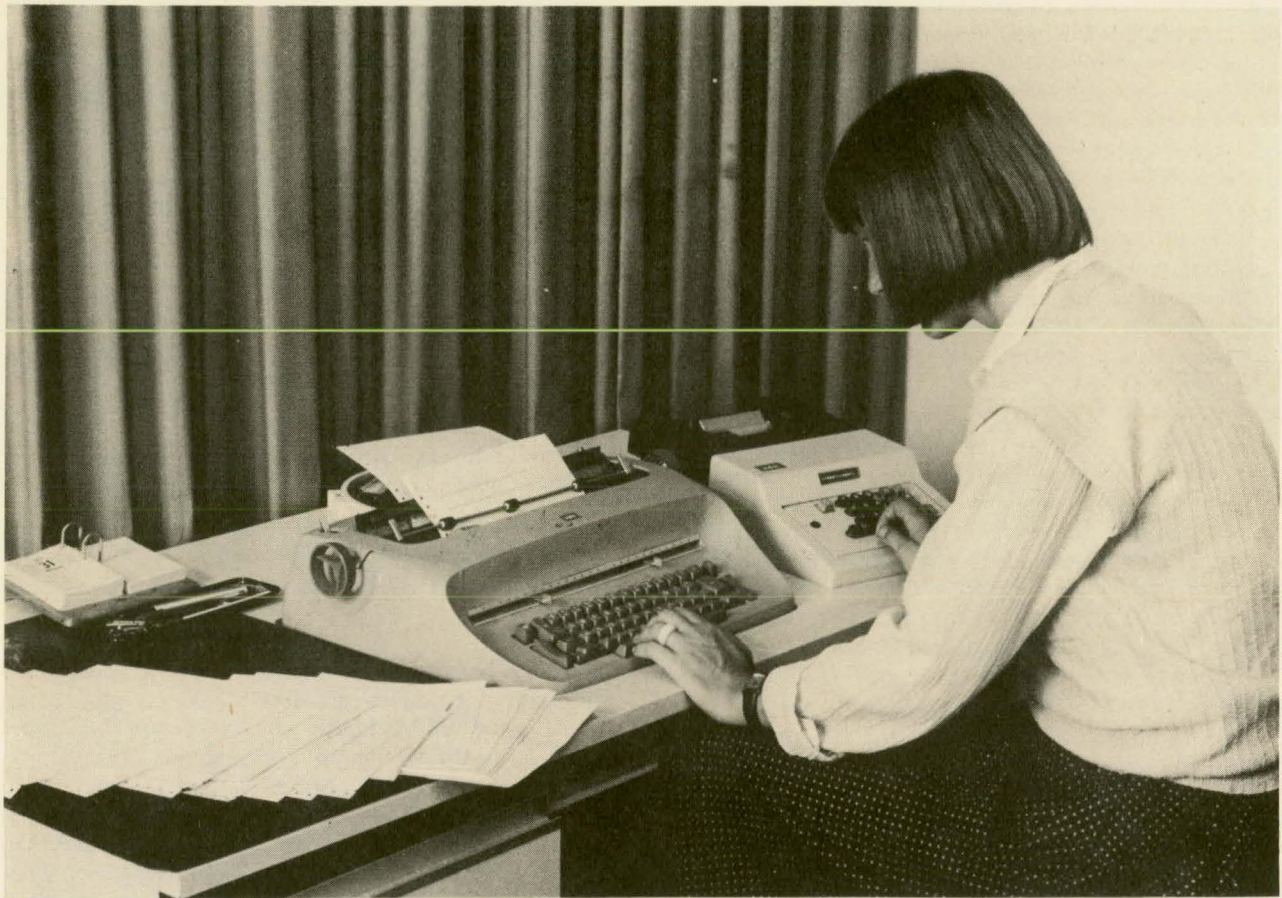
- Verfahrens- und Programmentwicklung
- Verfahrens- und Programmpflege
- Verfahrenseinführung und

— laufenden Verarbeitung

für die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz. Einbezogen sind Landeskrankenhäuser, kommunale Krankenhäuser, Universitätskliniken und öffentliche Krankenhäuser anderer Rechtsformen.

Ausgangssituation

In Vollzug des Krankenhausreformgesetzes und des entsprechenden Auftrages der Landesregierung sind



Bisheriges Datenerfassungssystem im Krankenhaus

inzwischen alle staatlichen Krankenhäuser einschließlich des Universitätsklinikums in Mainz und über 90% der Bettenkapazität des kommunalen Krankenhausbereichs bereits an mehrere der bis heute realisierten Bausteine des einheitlichen Datenverarbeitungsverfahrens des Landes gemäß § 27 (1) KRG angeschlossen, nämlich an die stationäre Leistungserfassung und -abrechnung, die ambulante Leistungserfassung und -abrechnung einschließlich Arztabrechnung, die Finanzbuchhaltung (FINK), die Kosten- und Leistungsrechnung (KOLK), die Anlagenbuchhaltung (MAIK) und die Materialwirtschaft (MARK).

Die Erfassung der relevanten Daten im Krankenhaus erfolgte ursprünglich ausschließlich auf Klarschrift- oder OCR-Belegen, die anschließend auf dem Postweg zum Lesen und zur Verarbeitung ins Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes nach Bad Ems gebracht wurden. Der insbesondere für große Krankenhäuser gravierende Nachteil dieses Datenerfassungssystems besteht darin, daß weder größere Datenbestände hausintern ausgewertet werden können noch bedienerlose Datenfernübertragung zwischen Rechenzentrum und Krankenhäusern möglich ist.

Dieser Problematik wegen hat der Koordinierungsausschuß „Automation im Krankenhaus“ im Herbst 1975 einen Unterausschuß „Systemauswahl für Datenfernübertragung“ mit der Aufgabe betraut, im Wege einer umfassenden Marktuntersuchung das am besten geeignete Terminalsystem zu ermitteln, und zwar hinsichtlich der Kriterien

- schnelle und sichere Datenerfassung
- hausinterne Erstellung zeitkritischer Auswertungen
- wechselseitige bedienerlose Datenfernübertragung zwischen Krankenhaus und Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes.

Übergeordnete Zielsetzung dieser Maßnahme war es, den interessierten Krankenhäusern ein bestimmtes System als landeseinheitliche Lösung durch den Koordinierungsausschuß zu empfehlen und das Statistische Landesamt als die für die Durchführung der Krankenhausautomation in Rheinland-Pfalz zentral zuständige Stelle mit der entsprechenden Programmentwicklung und -betreuung zu beauftragen.

Als Ergebnis intensiver Preis- und Leistungsvergleiche ergab sich, daß

- unter Kosten-/Nutzen-Aspekt der Einsatz von datenfernübertragungsfähigen Terminals für Krankenhäuser ab etwa 500 Betten sofort zu empfehlen ist, für kleinere Häuser jedoch erst nach Erweiterung des Datenverarbeitungsverfahrens des Landes um zusätzliche Verfahren
- die Geräte mehrerer Hersteller annähernd gleichwertig zur Erfüllung der eingangs bezeichneten Anforderungen geeignet sind
- mit diesen Geräten ein etwa einjähriger Modellversuch in mehreren Krankenhäusern durchgeführt wird.

Das Statistische Landesamt wurde beauftragt, für die interessierten Krankenhäuser entsprechende Verträge abzuschließen, die Erstellung und Pflege der relevanten Anwendungsprogramme zu übernehmen und die anschlussbereiten Häuser bei allen organisatorischen Fragen im Zusammenhang mit der Installation dieser Geräte zu unterstützen.

Seit dieser Beschlußfassung durch den Koordinierungsausschuß haben außer den vier am Modellversuch beteiligten Kliniken bereits sechs weitere Krankenhäuser ein solches Datenerfassungs-/Datenfernübertragungssystem in Betrieb genommen. Dieser Benutzerkreis wird sich in Kürze durch zur Zeit in Vorbereitung befindliche weitere Installationen noch vergrößern.

Nachdem inzwischen das einheitliche Datenverarbeitungsverfahren des Landes auf das eingangs beschriebene Leistungsspektrum erweitert worden ist, befaßt sich das Statistische Landesamt im Auftrag des Koordinierungsausschusses seit kurzem auch mit dem Problem des Terminaleinsatzes in Krankenhäusern mit weniger als 500 Betten. In Anpassung an das weniger umfangreiche Anforderungsprofil der kleineren Krankenhäuser soll eine sowohl leistungs- als auch kostengünstig vertretbare Alternative gefunden werden.

Parallel hierzu wird das gesamte Datenerfassungskonzept in Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau eines Krankenhausinformationssystems (KIS) und der Unterstützung der innerbetrieblichen Kommunikation zu überprüfen und festzulegen sein, und zwar unter Einbeziehung der neuesten technologischen Entwicklung und der teilweise geänderten Preis-Leistungssituation.

Einsatzbereich des Terminalsystems

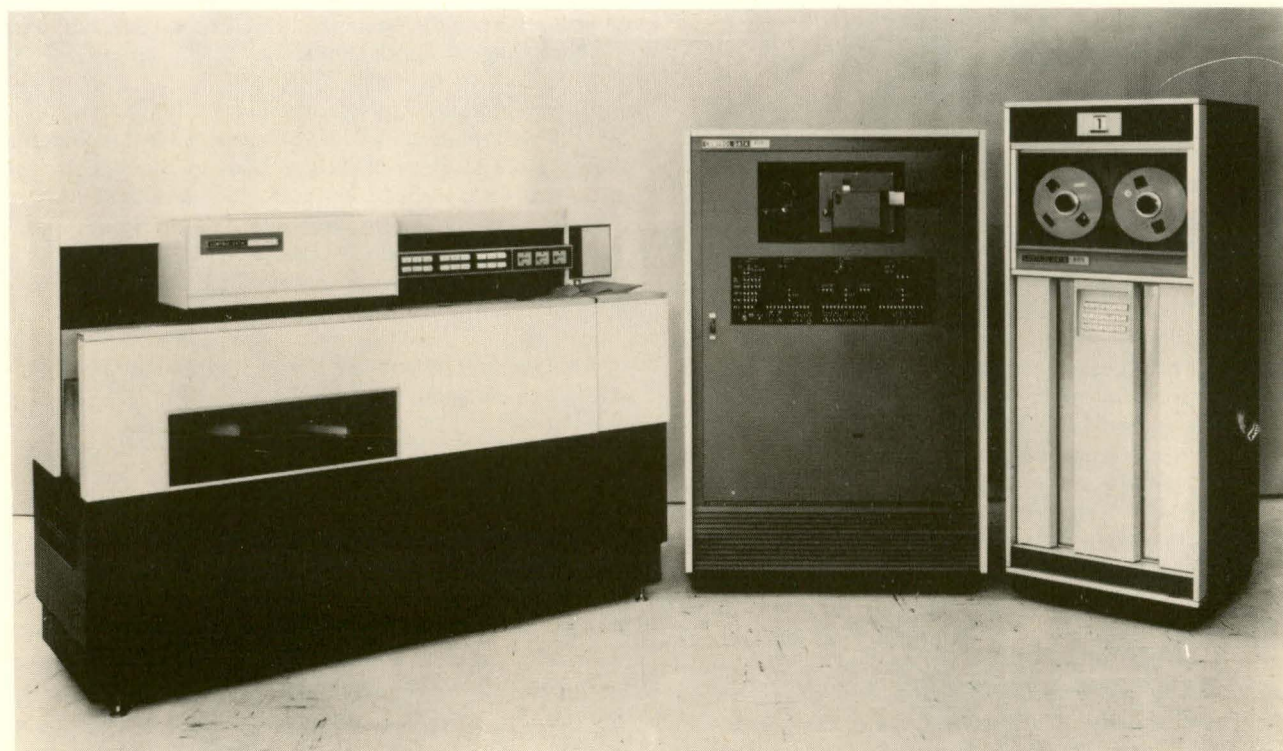
Vom Terminal des Krankenhauses aus werden die Daten per Wählleitung in die in Bad Ems installierte Da-

tensammelstation übertragen. Umgekehrt erfolgt auch die Datenrückübertragung ins Krankenhaus dergestalt, daß die Arbeitsergebnisse von der Rechenanlage auf Band ausgegeben und dieses anschließend zur Überspielung der Daten in die Sammelstation eingelegt wird. Die Datenfernübertragung zwischen Krankenhaus und Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes erfolgt off-line, daß heißt ohne direkte Verbindung mit der Rechenanlage.

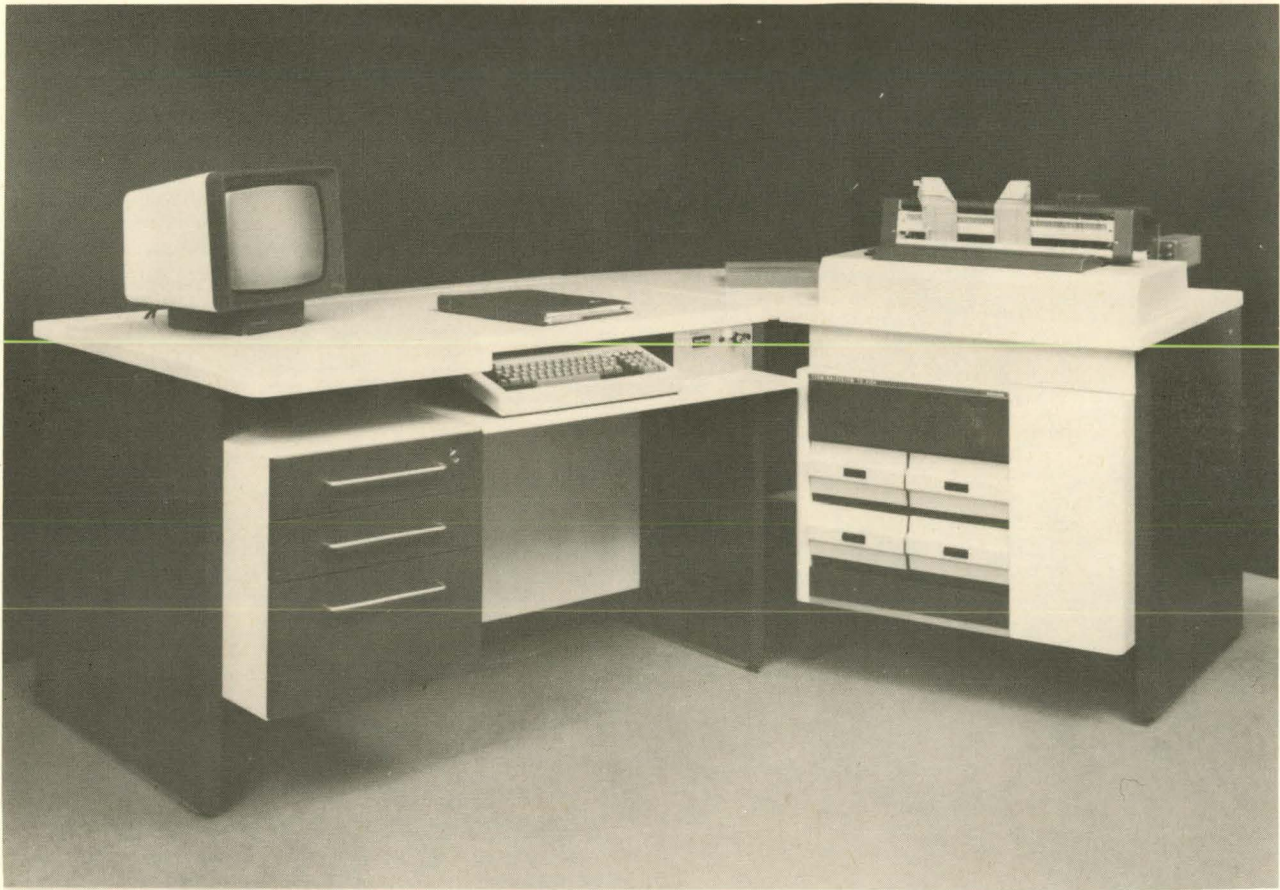
Das Leistungsspektrum des Systems umfaßt zur Zeit Programme

- zur Erfassung der Daten für alle realisierten Automationsverfahren
- zur Übertragung der erfaßten Daten per Wählleitung vom Krankenhaus zum Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes
- zum Abruf der gewünschten Auswertungen vom Rechenzentrum ins Krankenhaus
- zur krankenhausinternen Erstellung zeitkritischer Auswertungen.

Die erstgenannten Programme decken sowohl die Erfassung der Stamm- als auch der Bewegungsdaten für die einzelnen Verfahren ab. So können damit zum Beispiel für die stationäre und ambulante Leistungsabrechnung außer den bei der Patientenneuaufnahme zu erhebenden Daten auch alle hierzu möglichen Änderungen und die im Zuge der Behandlung erbrachten Leistungen eingegeben werden. Für FINK können neben den für Kontoneueröffnungen oder -änderungen erforderlichen Angaben sämtliche zulässigen Buchungsvarianten Berücksichtigung finden. Da alle in einem Krankenhaus installierten Geräte mit denselben Erfassungsprogrammen ausgerüstet sind und außerdem an allen Plätzen simultan gearbeitet werden kann,



Belegverarbeitung für kleine Krankenhäuser im Rechenzentrum



Neues Terminalsystem im Krankenhaus

ist außerdem die Voraussetzung dafür gegeben, daß temporäre Engpässe an einem bestimmten Eingabepunkt durch Einbeziehung eines gerade weniger ausgelasteten Bildschirms ausgeglichen werden können. Diese flexible Einsatzmöglichkeit des Systems hat den entscheidenden Vorteil, daß nicht nur ein sehr breites sondern gleichzeitig auch ein in seinen Einzelfunktionen im Tagesablauf unterschiedlich belastetes Aufgabengebiet mit relativ wenigen Geräten abgedeckt werden kann.

Neben umfangreichen logischen und formalen Plausibilitätsprüfungen führen die Erfassungsprogramme in einer weiteren Funktion die Formatierung der Eingabedaten auf das durch den verfahrenseinheitlichen Erfassungspool im Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes vorgegebene Satzformat durch.

Dank der umfassenden Plausibilitätsprüfungen ist es gelungen, die Fehlerquote bei der Datenerfassung auf nahezu Null zu senken, mit dem Erfolg, daß zu den Produktionsterminen in Bad Ems fast immer das gesamte von den Krankenhäusern angelieferte Datenmaterial sofort verarbeitet werden kann. Dies wiederum ist eine wesentliche Voraussetzung für die termingerechte Fakturierung aller jeweils als abrechnungsfähig gemeldeten Debitoren und die skontofristgerechte Erstellung der Zahlungsunterlagen für den Kreditorenbereich. So werden die Liquidität gesichert und Skontimöglichkeiten genutzt.

Das Spektrum der Vor-Ort-Auswertungen beginnt mit der Möglichkeit, parallel zur Aufnahme des Patienten gleichzeitig zwei unterschiedliche Etiketten-

formate mit den Daten des Patienten (Name, Alter u. ä.) oder gleichzeitig eine bestimmte Etikettengröße und einen Formularsatz zu drucken (via Zweibahndrucker). Damit wird erreicht, daß die neu aufgenommenen ambulanten und stationären Patienten nunmehr ohne lange Wartezeiten alle zu ihrer Identifikation auf der Station oder in den Leistungsstellen erforderlichen Unterlagen sofort mitnehmen können. Der nicht mehr notwendige Einsatz von vergleichsweise sehr zeitaufwendigen Reproduktionsverfahren wie Adrema oder das Abrollen von Matrizen bringt der Verwaltung und dem medizinischen Personal auch eine nicht zu unterschätzende Arbeitserleichterung und -entlastung. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Formate können die in kürzester Zeit in beliebiger Stückzahl druckbaren Etiketten gleichermaßen gut als Aufkleber für die Leistungsanforderungsscheine der Stationen als auch für die Krankenblätter oder die Probenfläschchen im Labor verwendet werden.

Am Nachmittag, wenn die Aufnahme stationärer Patienten im wesentlichen abgeschlossen ist und der an das Terminal in der Aufnahme angeschlossene Drucker somit nicht mehr permanent für den sofortigen Druck von Etiketten und Aufnahmeformularen benötigt wird, beginnen die Krankenhäuser in der Regel mit der Erstellung der übrigen tagesbezogenen notwendigen Auswertungen. Für den Bereich der stationären Leistungsabrechnung sind das:

Protokoll der eingegebenen Patientenänderungen

In der Reihenfolge ihrer Erfassung werden alle bis zum Auswertungszeitpunkt den aktuellen Patienten-



Datenerfassungssammelstation im Rechenzentrum

bestand betreffenden Änderungen wie Verlegungen, Entlassungen und Kostenträgerwechsel journalisiert. Diese Liste hilft dem Sachbearbeiter bei der Kontrolle der maschinell erstellten Rechnungen und Statistiken.

Aufnahmebuch

Unter Angabe von Aufnahmeummer, Datum und Uhrzeit sowie der aufnehmenden Station werden die während des Tages aufgenommenen Patienten namentlich in chronologischer Reihenfolge aufgelistet.

Das Aufnahmebuch ist ein Beleg für die Verwaltung, der in seiner Bedeutung mit dem Grundbuch der Finanzbuchhaltung vergleichbar ist.

Belegungsübersicht nach Kostenstellen

Differenziert nach Pflegeklassen wird hier die pro Kostenstelle - in der Regel also pro Station - zum Auswertungszeitpunkt anwesende Patientenzahl ausgewiesen. Ergänzend wird die Summe pro Kostenstelle, Pflegeklasse und Krankenhaus ausgegeben.

Diese Übersicht dient der Krankenhausleitung als Kontroll- und Steuerungsinstrument für die Bettenauslastung.

Belegungsübersicht nach ärztlicher Fachrichtung

Aufgeschlüsselt nach Pflegeklassen wird die zum Auswertungszeitpunkt pro ärztliche Fachrichtung anwesende Patientenzahl ausgedruckt. Zusätzlich werden pro Fachrichtung, Pflegeklasse und Krankenhaus aggregierte Patientenzahlen ausgegeben.

Mitternachtsbestandsliste

Unter Angabe der Aufnahmeummer und ärztlichen

Fachrichtung werden pro Kostenstelle alle zum gewünschten Auswertungszeitpunkt anwesenden Patienten (alphabetisch sortiert) aufgelistet.

Diese Statistik fungiert als Beleg für die einzelnen Stationen.

Pförtnerliste

Alphabetisch sortiert werden unter Angabe des Geburtsdatums sowie der Stations- und Aufnahmeummer alle zum Auswertungszeitpunkt im Krankenhaus anwesenden Patienten aufgeführt.

Diese Auswertung hilft dem Pförtner bei der Auskunft gegenüber Besuchern.

Pfarrerliste

Sortiert nach Konfessionen werden die zum Auswertungszeitpunkt anwesenden Patienten unter Angabe ihrer Stationsnummer in alphabetischer Reihenfolge ausgedruckt. Die für das Krankenhaus zuständigen Geistlichen benötigen diese Liste zur einfacheren Auffindung der von ihnen jeweils zu betreuenden Kranken.

Protokoll der eingegebenen Leistungen

Alle während des Tages erfaßten Leistungen werden hier unter Angabe ihrer Nummer, Menge und eventuell der Klartextbezeichnung chronologisch aufgelistet.

Analog dem Protokoll der eingegebenen Änderungen ist auch dieses Leistungsjournal ein Kontrollbeleg für die Verwaltung.

An hausinternen Auswertungen für das Verfahren Finanzbuchhaltung (FINK) wird zur Zeit täglich ein Buchungsprotokoll gedruckt, in dem alle eingegebenen Geschäftsfälle in chronologischer Reihenfolge belegt werden.

Weitere hausinterne Auswertungen sowohl für FINK als auch für die übrigen bereits realisierten Teile des landeseinheitlichen Datenverarbeitungsverfahrens sind in enger Kooperation zwischen Krankenhäusern und Statistischem Landesamt in Vorbereitung. In einer nachfolgenden Ausbaustufe wünschen die Krankenhäuser das Terminalsystem eventuell auch zur inner- und zwischenbetrieblichen Kommunikation einzusetzen.

Im Anschluß an die Arbeitsablaufphasen Datenerfassung und Erstellung hausinterner Auswertungen folgt als dritter Abschnitt des täglichen Terminaleinsatzes die Datensicherung.

Mittels eines speziellen Dienstprogramms werden die im Zuge der vorangegangenen Arbeiten aufgebauten Dateien auf eine eigens hierfür vorgesehene Sicherungsplatte gespielt, die anschließend entsprechend den einschlägigen Datenschutz- und Datensicherungsbestimmungen an einem separaten Platz im Krankenhaus aufbewahrt wird.

Im letzten Arbeitsgang des Tages werden schließlich die zur Überspielung nach Bad Ems bestimmten Daten übertragungsgerecht durch ein entsprechendes Dienstprogramm aufbereitet, auf der hierfür vorgesehenen Platte für den bedienerlosen Abruf am späten Abend durch das Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes bereitgestellt und die Anlage auf Abrufbereitschaft geschaltet. Nach Maßgabe des zwischen Stati-

stischem Landesamt und Krankenhäusern vereinbarten Terminplans werden die übertragenen Daten noch in derselben Nacht verarbeitet.

Nach erfolgter Produktion werden die gewünschten Auswertungen unmittelbar in die Krankenhäuser zurückübertragen. Auf Wunsch der Krankenhäuser bezieht sich der zurückzuübertragende Output zur Zeit auf die Plausibilitätsprotokolle, die Journale und die Zahlungsunterlagen (Überweisungsträger, Bankbegleitliste) für die Kreditorenbuchhaltung.

Alle übrigen Auswertungen, gleichgültig ob es sich um die ambulanten oder stationären Rechnungen oder die Offene-Posten-Listen für die Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung handelt, werden - da sie zum einen als weniger zeitkritisch eingestuft werden und zum anderen die Druckkapazität im Krankenhaus relativ lang beanspruchen würden - per Post oder Bahn zugestellt. Auf Wunsch der Krankenhäuser könnten auch diese sehr druckintensiven Auswertungen in die Datenfernübertragung miteinbezogen werden.

Programmpflege und Anwenderbetreuung

Gemäß der Empfehlung des Koordinierungsausschusses haben die Krankenhäuser das Statistische Landesamt beauftragt, stellvertretend für sie die Verträge mit den Herstellerfirmen abzuschließen. Dadurch ist gewährleistet, daß sich die Krankenhäuser auch nach der Umstellung auf das neue DE-/DFU-System grundsätzlich nur mit einem und zwar demselben, ihnen zum größten Teil seit Jahren von der Einführung und Betreuung der einheitlichen Automationsverfahren her vertrauten Ansprechpartner auseinander zu setzen haben.

Dies hat neben eindeutig geregelten, kurzen Kommunikationswegen den entscheidenden Vorteil, daß sich die Krankenhäuser unabhängig von der ihrerseits oftmals gar nicht erkennbaren Ursache eines auftretenden Problems stets direkt an diejenige Stelle wenden können, die ihnen aufgrund des dort in beiden Disziplinen vorhandenen Know-hows fachliche und EDV-mäßige Beratung und Unterstützung bieten kann.

Im Rahmen dieser Koordination durch das Statistische Landesamt erfolgt die Entwicklung und Pflege der Programme für die Terminals, deren Installation und Wartung und die fachliche Betreuung der Anwender. Dem Statistischen Landesamt obliegt neben der generellen Beratung der Krankenhäuser hinsichtlich aller

mit dem Einsatz der Terminals verbundenen Fragen speziell die auf die inhaltliche Seite der eingesetzten Automationsverfahren abstellende Anwenderbetreuung, die analytische Lösung aller verfahrensspezifischer Probleme sowie die Entwicklung und Pflege der die Systemschnittstellen im Rechenzentrum abdeckenden Software.

Mit dem bereits beschriebenen Ziel, durch die Realisierung einheitlicher Programme die Kosten für die Softwareentwicklung und -pflege zu minimieren, wurde ein Arbeitskreis gebildet, in dem sich unter Vorsitz des Statistischen Landesamtes die betroffenen Krankenhäuser und die zuständigen Vertreter der Herstellerfirmen regelmäßig zur Feststellung und Abstimmung der anwenderseitig zur Aufnahme in das Leistungsspektrum der Terminals anstehenden Wünsche und zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch treffen. Dieses hinsichtlich der kooperativ entwickelten Verfahren des Gesamtkonzeptes „Integriertes Rechnungswesen im Krankenhaus“ auf Bund-/Länder-Ebene aus denselben Gründen bereits seit Jahren praktizierte Prinzip der zentralen Verfahrens- und Programmpflege hat sich auch hier zur Zufriedenheit aller Beteiligten bewährt.

Parallel zur Umstellung der restlichen noch mit Klarschrift-Beleg arbeitenden großen Krankenhäuser auf das neue System wird nach Abschluß eines Modellversuchs die Ausrüstung der interessierten Kliniken unter 500 Betten mit dem für die spezifischen Belange dieser Größenklasse am besten geeigneten System im Vordergrund stehen. Neben der Umstellung weiterer Krankenhäuser auf eines dieser Systeme bleibt die zeitnahe Anpassung des programmseitigen Leistungsspektrums der ausgewählten Geräte an die sukzessiv neu hinzukommenden Automationsverfahren eine permanente Aufgabe.

Im Zuge der Realisierung des dem Statistischen Landesamt für den Bereich Krankenhausautomation von der Landesregierung vorgegebenen mittelfristigen Aufgabenplans gilt es zu prüfen und zu entscheiden, mit welchem Terminalsystem die Konzeptionen zu Krankenhausinformationssystem (KIS), Datenvorverarbeitung im Krankenhaus und Kommunikation im Krankenhaus realisiert werden können, und zwar mit der Zielsetzung, das in § 27 Krankenhausreformgesetz geforderte einheitliche Verbundsystem aufzubauen.

Diplom-Kaufmann H.-P. Mast

Hochbautätigkeit 1978

Baufertigstellungen im Wohnungsbau erneut rückläufig

Im Jahre 1978 wurden in Rheinland-Pfalz 25 205 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau fertiggestellt; das sind 1 161 oder 4,4% weniger als im vorangegangenen Jahr. Auf neu errichtete Gebäude entfielen 22 288 Wohnungen, weitere 2 492 kamen durch Um- oder Ausbau bestehender Gebäude hinzu, die restlichen 425 sind in Nichtwohngebäuden. Damit er-

reichte die Zahl der fertiggestellten Wohnungen - nachdem im Vorjahr erstmals seit 1974 wieder ein leichter Anstieg registriert werden konnte - ihren niedrigsten Stand seit 1960, wenn man von 1970 absieht. Aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Baugenehmigungen im vorausgegangenen Berichtsjahr und des außergewöhnlich niedrigen Bauüberhangs zum Jahresbeginn 1978 (14% niedriger als 1977) konnte kein wesentlich höheres Fertigstellungsergebnis erwartet werden.

Gemeindegrößenklasse	Gebäude		Wohnungen		Räume			Wohnfläche		Umbauter Raum	Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	je Wohnung	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 cbm	1 000 DM	DM je Wohnung
Insgesamt												
unter 2 000 Einw.	6 715	43,4	8 122	36,5	42 934	38,9	5,3	924	113,7	6 063	1 161 408	142 995
2 000 – 5 000 "	2 756	17,8	3 642	16,4	18 828	17,1	5,2	409	112,3	2 650	532 301	146 156
5 000 – 20 000 "	3 203	20,7	4 926	22,1	24 332	22,1	4,9	513	104,1	3 135	641 620	130 252
20 000 – 50 000 "	927	6,0	1 549	6,9	7 337	6,6	4,7	162	104,8	968	203 526	131 392
50 000 – 100 000 "	667	4,3	1 259	5,6	5 348	4,8	4,2	118	93,3	696	145 662	115 697
100 000 und mehr "	1 197	7,8	2 790	12,5	11 572	10,5	4,1	247	88,4	1 411	287 867	103 178
Insgesamt	15 465	100,0	22 288	100,0	110 351	100,0	5,0	2 372	106,4	14 922	2 972 385	133 363
Einfamilienhäuser												
unter 2 000 Einw.	5 470	44,6	5 470	44,6	31 333	44,1	5,7	677	123,8	4 647	893 792	163 399
2 000 – 5 000 "	2 221	18,1	2 221	18,1	13 023	18,3	5,9	287	129,0	1 952	392 278	176 622
5 000 – 20 000 "	2 498	20,4	2 498	20,4	14 659	20,6	5,9	315	126,3	2 055	428 172	171 406
20 000 – 50 000 "	716	5,8	716	5,8	4 208	5,9	5,9	92	128,2	591	124 155	173 401
50 000 – 100 000 "	475	3,9	475	3,9	2 705	3,8	5,7	60	125,5	388	80 364	169 188
100 000 und mehr "	882	7,2	882	7,2	5 167	7,3	5,9	113	127,7	690	140 666	159 485
Zusammen	12 262	100,0	12 262	100,0	71 095	100,0	5,8	1 543	125,9	10 323	2 059 428	167 952
Zweifamilienhäuser												
unter 2 000 Einw.	1 165	44,0	2 330	44,0	10 331	43,8	4,4	221	94,7	1 281	242 164	103 933
2 000 – 5 000 "	462	17,4	924	17,4	4 153	17,6	4,5	89	95,8	526	104 923	113 553
5 000 – 20 000 "	556	21,0	1 112	21,0	4 992	21,2	4,5	106	95,7	623	125 713	113 051
20 000 – 50 000 "	145	5,5	290	5,5	1 240	5,3	4,3	28	95,5	165	34 970	120 587
50 000 – 100 000 "	128	4,8	256	4,8	1 119	4,7	4,4	25	96,1	143	29 458	115 069
100 000 und mehr "	194	7,3	388	7,3	1 736	7,4	4,5	38	98,7	222	45 790	118 014
Zusammen	2 650	100,0	5 300	100,0	23 571	100,0	4,4	506	95,5	2 959	583 017	110 003
Mehrfamilienhäuser												
unter 2 000 Einw.	80	14,5	322	6,8	1 270	8,1	3,9	26	80,1	135	25 452	79 045
2 000 – 5 000 "	73	13,2	497	10,5	1 652	10,5	3,3	34	68,0	172	35 099	70 622
5 000 – 20 000 "	149	26,9	1 316	27,8	4 681	29,9	3,6	91	69,1	457	87 735	66 668
20 000 – 50 000 "	66	11,9	543	11,5	1 889	12,0	3,5	43	79,0	212	44 401	81 770
50 000 – 100 000 "	64	11,6	528	11,2	1 524	9,7	2,9	33	63,1	164	35 840	67 880
100 000 und mehr "	121	21,9	1 520	32,2	4 669	29,8	3,1	96	63,0	499	101 412	66 718
Zusammen	553	100,0	4 726	100,0	15 685	100,0	3,3	323	68,2	1 640	329 940	69 814

Im Gegensatz zur Entwicklung der Baufertigstellungen ist die Zahl der Baugenehmigungen mit 28 300 Wohnungen gegenüber 1977 deutlich angestiegen. Dieses Ergebnis lag um rund 5 300 oder fast 23% über dem Vorjahresniveau. Auch der Bauüberhang - das ist die Zahl der von den Baubehörden genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben für Wohn- und Nichtwohngebäude - war am Jahresende 1978 deutlich höher. Ende Dezember 1978 standen für 26 400 Gebäude mit vorliegender Baugenehmigung die Baufertigstellungsmeldungen noch aus. Gegenüber 1977 bedeutet das einen Anstieg um 6%. In diesen Gebäuden waren fast 40 000 Wohnungen vorgesehen, knapp 5% mehr als Ende 1977. Etwas weniger als die Hälfte dieser Wohnungen befand sich bereits unter Dach, während ein Viertel noch nicht unter Dach und reichlich ein Viertel noch nicht begonnen waren.

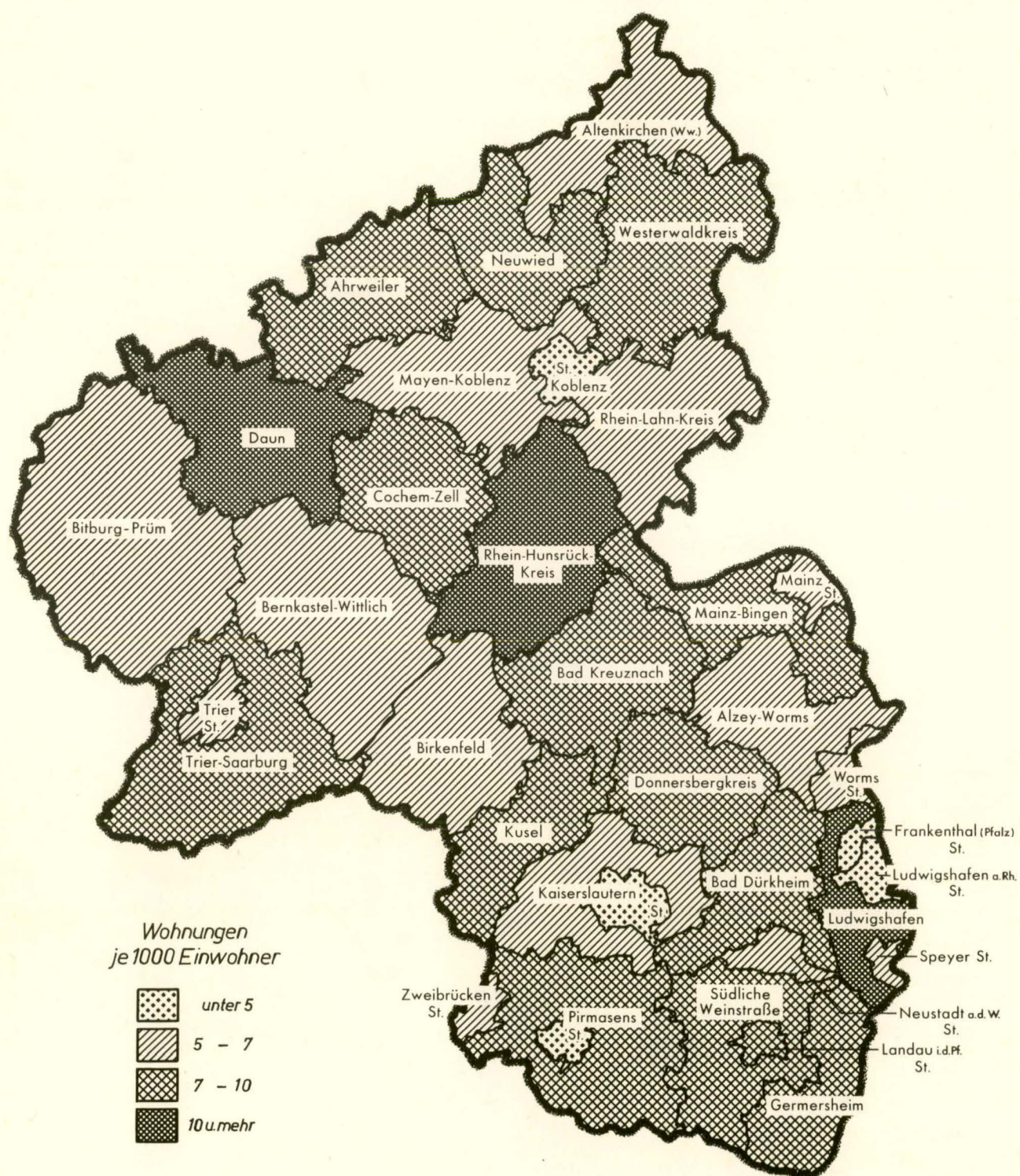
Für das Jahr 1979 geben Entwicklung der Baunachfrage und des Bauüberhangs berechtigten Anlaß zu positiven Erwartungen. Ob diese günstige Entwicklung anhalten wird, erscheint allerdings fraglich, denn die spürbar sich verschlechternden Finanzierungsbedingungen und der beschleunigte Anstieg von Grund-

stückspreisen und Baukosten dürften die Nachfrage negativ beeinflussen. Insbesondere im Eigenheimbau könnte die Belastungsgrenze der Bauherren erreicht werden. Andererseits sollte nicht übersehen werden, daß außer Fertigstellungsziffern für den Neubau auch Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung des Wohnungsbestandes von zunehmender Bedeutung sind. Nicht zuletzt hat die Wohnungsbautätigkeit im Bereich der Altbauomodernisierung durch das Heizenergiesparprogramm eine zusätzliche Belebung erfahren. Unter Berücksichtigung dieser Einflußfaktoren kann für das Jahr 1979 mit der Fertigstellung von etwa 26 500 Wohnungen gerechnet werden.

Vier von fünf Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern

Dem Rückgang der in neuen Gebäuden fertiggestellten Wohnungen (— 4,6%) stand ein knapp 6%iger Anstieg der Zahl der Wohngebäude gegenüber, die sich damit binnen Jahresfrist auf rund 15 500 erhöhte. Für Ein- und Zweifamilienhäuser (14 912) ergab sich sogar eine Zunahme um fast 7%. Die positive Entwicklung in der Fertigstellung von Eigenheimen in den letzten Jahren läßt erkennen, daß der Wunsch nach eigenen vier Wänden trotz ständig steigender

Fertiggestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden je 1000 Einwohner 1978



Verwaltungsbezirk	Rohzugang								
	Wohnbau								von gemein- nützigen Wohnungs- unter- nehmen 4)
	Gebäude	Brutto- wohn- fläche	umbauter Raum 3)	von den Gebäuden waren				zu- sammen	
				Einfamilienhäuser		Zweifamilienhäuser			
				zu- sammen	in Fertigbau- weise	zu- sammen	in Fertigbau- weise		
Anzahl	1 000 qm	1 000 cbm	Anzahl						
Kreisfreie Stadt Koblenz	221	52	275	130	3	44	-	526	51
Landkreise									
Ahrweiler	504	86	471	397	59	73	6	792	26
Altenkirchen (Ww.)	494	77	437	381	69	104	14	732	4
Bad Kreuznach	791	129	734	631	43	138	5	1 186	49
Bad Kreuznach, St	92	20	110	58	-	26	.	205	42
Birkenfeld	387	64	327	341	91	41	7	530	33
Idar-Oberstein, St	127	20	108	111	.	12	.	171	21
Cochem-Zell	273	50	262	225	42	41	2	453	-
Mayen-Koblenz	744	123	757	547	39	159	4	1 134	24
Andernach, St	84	14	84	68	.	9	.	121	-
Mayen, St	54	12	68	34	.	16	.	118	24
Neuwied	839	135	747	643	109	148	14	1 286	13
Neuwied, St	231	40	207	162	.	46	.	398	13
Rhein-Hunsrück-Kreis	717	114	695	527	56	171	5	1 044	11
Rhein-Lahn-Kreis	406	68	384	310	45	81	9	648	-
Lahnstein, St	54	11	65	37	.	7	.	117	-
Westerwaldkreis	1 015	164	930	807	86	195	12	1 450	43
RB Koblenz	6 391	1 063	6 018	4 939	642	1 195	78	9 781	254
Kreisfreie Stadt Trier	168	49	249	85	3	54	3	571	44
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	398	63	392	304	31	83	4	577	-
Bitburg-Prüm	447	65	413	366	35	77	4	569	-
Daun	386	59	324	308	54	65	-	604	15
Trier-Saarburg	655	105	621	528	71	112	10	949	81
RB Trier	2 054	342	1 998	1 591	194	391	21	3 270	140
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	66	14	64	55	3	6	-	123	-
Kaiserslautern	195	35	192	129	11	54	3	318	6
Landau i.d.Pfalz	151	30	165	120	9	20	-	289	16
Ludwigshafen a.Rhein	248	47	254	213	13	19	-	463	98
Mainz	391	86	468	333	4	39	-	1 073	133
Neustadt a.d.Weinstr.	160	30	174	122	15	28	3	279	30
Pirmasens	97	22	108	64	9	18	-	220	-
Speyer	113	25	129	92	9	11	1	236	58
Worms	153	35	180	119	17	20	-	461	30
Zweibrücken	99	19	96	74	8	19	2	181	46
Landkreise									
Alzey-Worms	514	76	481	461	74	47	5	660	-
Bad Dürkheim	614	96	557	537	86	66	9	904	59
Donnersbergkreis	406	69	371	338	43	62	4	563	10
Germersheim	506	89	527	429	37	65	2	769	28
Kaiserslautern	346	62	345	242	38	92	7	531	4
Kusel	356	66	335	253	27	100	7	653	6
Südliche Weinstraße	505	85	500	415	43	78	2	740	6
Ludwigshafen	912	151	866	762	90	125	9	1 347	73
Mainz-Bingen	741	121	668	614	56	115	6	1 180	51
Bingen, St	60	11	59	43	.	15	.	102	-
Ingelheim am Rhein, St	124	32	153	96	.	22	.	366	34
Pirmasens	447	81	425	360	33	80	9	739	8
RB Rheinhessen-Pfalz	7 020	1 237	6 906	5 732	625	1 064	69	11 729	662
Rheinland-Pfalz	15 465	2 642	14 922	12 262	1 461	2 650	168	24 780	1 056
Kreisfreie Städte	2 062	444	2 353	1 536	104	332	12	4 740	512
Landkreise	13 403	2 198	12 569	10 726	1 357	2 318	156	20 040	544

1) Reinzugang = Rohzugang - Abgang. - 2) Basis Gebäude- und Wohnungszählung am 25.10.1968. - 3) Ohne Gebäudeteile. - am 30.6.1978.

Bestand nach Verwaltungsbezirken 1978

1978						Reinzugang 1978 1)	Bestand 31.12.1978 2)			Verwaltungsbezirk
Nichtwohnbau			Wohnungen			Wohn- ungen in Wohn- und Nicht- wohn- gebäuden	Wohn- gebäude	Wohnungen		
Gebäude	Nutz- fläche	umbauter Raum 3)	ins- gesamt	mit öffent- lichen Mitteln ge- fördert 5)	je 1 000 Ein- wohner 6)			ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	
Anzahl	1 000 qm	1 000 cbm	Anzahl							
40	92	440	533	102	4,6	492	15 831	48 097	418	Kreisfreie Stadt Koblenz
59	43	217	801	60	7,3	800	27 166	44 350	405	Landkreise
79	86	494	755	76	6,2	752	30 224	46 255	381	Ahrweiler
152	133	604	1 202	154	8,2	1 132	33 642	55 363	379	Altenkirchen (Ww.)
25	25	123	209	47	5,0	157	6 394	17 303	416	Bad Kreuznach
84	45	174	546	68	6,2	536	21 582	35 073	396	Bad Kreuznach, St
31	23	82	184	25	5,0	174	7 749	15 188	417	Birkenfeld
78	41	171	470	62	7,5	468	17 512	24 542	391	Idar-Oberstein, St
66	52	316	1 152	182	6,1	1 135	43 131	73 588	388	Cochem-Zell
18	19	115	132	30	4,9	115	5 309	11 089	413	Mayen-Koblenz
17	18	131	122	59	5,8	122	3 890	8 234	391	Andernach, St
124	108	553	1 315	113	8,6	1 230	36 118	61 488	401	Mayen, St
57	70	357	417	72	6,8	332	12 587	25 785	422	Neuwied
64	55	246	1 057	98	11,8	1 034	22 596	33 510	374	Neuwied, St
69	48	248	661	81	5,6	652	26 284	46 827	396	Rhein-Hunsrück-Kreis
9	4	38	117	23	6,1	111	3 050	8 781	455	Rhein-Lahn-Kreis
136	103	484	1 473	155	8,9	1 467	42 186	62 688	379	Lahnstein, St
951	803	3 947	9 965	1 151	7,3	9 698	316 272	531 781	391	Westerwaldkreis
52	50	253	581	320	6,0	576	15 719	41 098	423	Kreisfreie Stadt Trier
85	46	226	587	52	5,5	586	29 041	39 566	369	Landkreise
155	69	354	576	52	6,4	574	25 305	32 460	363	Bernkastel-Wittlich
55	30	132	610	118	10,9	610	16 125	21 166	380	Bitburg-Prüm
52	33	168	957	177	7,8	952	28 848	38 652	316	Daun
399	227	1 133	3 311	719	7,0	3 298	115 038	172 942	366	Trier-Saarlouis
22	13	62	125	18	2,8	123	6 808	18 135	413	Kreisfreie Städte
37	52	266	322	39	3,2	267	15 087	45 964	461	Frankenthal (Pfalz)
35	41	196	311	82	8,5	284	7 331	15 134	413	Kaiserslautern
43	63	340	487	138	3,0	241	22 073	72 007	442	Landau i.d.Pfalz
71	104	567	1 077	158	5,9	1 026	21 972	78 438	427	Ludwigshafen a.Rhein
31	32	165	293	46	5,8	261	10 163	22 360	444	Mainz
34	26	123	221	41	4,3	211	9 025	24 985	486	Neustadt a.d.Weinstr.
44	29	154	254	28	5,8	252	6 940	18 540	424	Pirmasens
36	37	199	467	124	6,3	454	14 319	32 886	444	Speyer
9	19	115	183	54	5,2	168	7 358	15 755	444	Worms
107	48	224	662	49	6,9	662	26 813	36 571	384	Zweibrücken
90	55	253	916	106	8,0	910	30 608	48 382	421	Landkreise
96	39	207	569	107	8,6	566	17 767	25 460	384	Alzey-Worms
90	34	192	776	88	7,8	742	23 430	38 276	383	Bad Dürkheim
38	33	148	541	58	5,6	527	24 382	38 916	406	Donnersbergkreis
48	21	90	659	84	8,7	659	19 964	28 833	380	Germersheim
114	78	385	749	108	7,8	735	25 711	37 531	392	Kaiserslautern
106	53	282	1 358	104	11,1	1 341	30 739	48 873	401	Kusel
99	54	283	1 207	146	7,8	1 197	35 487	58 239	375	Südliche Weinstraße
19	10	50	108	8	4,5	106	4 663	10 315	427	Ludwigshafen
33	18	70	374	91	19,7	372	4 157	8 293	437	Mainz-Bingen
59	43	198	752	96	7,6	752	25 749	39 292	396	Bingen, St
1 209	873	4 448	11 929	1 674	6,6	11 378	381 726	744 577	413	Ingelheim am Rhein, St
2 559	1 904	9 529	25 205	3 544	6,9	24 374	813 036	1 449 300	399	Pirmasens
454	555	2 880	4 854	1 150	4,9	4 355	152 626	433 399	436	Landkreise
2 105	1 349	6 648	20 351	2 394	7,7	20 019	660 410	1 015 901	385	Kreisfreie Städte

4) Einschl. ländliche Siedlungsunternehmen. - 5) Nur Wohnungen in Wohngebäuden (1. Förderungsweg). - 6) Wohnbevölkerung

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Mit ... Räumen									
		1 und 2		3		4		5 und 6		7 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	1 077	189	17,6	208	19,3	253	23,5	332	30,8	95	8,8
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	1 056	77	7,3	275	26,0	242	22,9	419	39,7	43	4,1
Sonstige Wohnungsunternehmen	2 196	317	14,5	398	18,1	325	14,8	969	44,1	187	8,5
Öffentliche Bauherren	426	329	77,2	29	6,8	25	5,9	32	7,5	11	2,6
Private Haushalte	20 025	1 091	5,4	2 137	10,7	3 603	18,0	9 782	48,9	3 412	17,0
unter 2 000 Einw.	9 318	427	4,6	955	10,2	1 626	17,5	4 685	50,3	1 625	17,4
2 000 - 5 000 "	4 044	280	6,9	397	9,8	620	15,3	2 066	51,1	681	16,8
5 000 - 20 000 "	5 397	372	6,9	768	14,2	971	18,0	2 465	45,7	821	15,2
20 000 - 50 000 "	1 712	164	9,6	238	13,9	372	21,7	701	40,9	237	13,8
50 000 - 100 000 "	1 407	296	21,0	144	10,2	319	22,7	520	37,0	128	9,1
100 000 und mehr "	2 902	464	16,0	545	18,8	540	18,6	1 097	37,8	256	8,8
Koblenz	9 781	614	6,3	1 180	12,1	1 851	18,9	4 583	46,8	1 553	15,9
Trier	3 270	183	5,6	514	15,7	592	18,1	1 464	44,8	517	15,8
Rheinhausen-Pfalz	11 729	1 206	10,3	1 353	11,5	2 005	17,1	5 487	46,8	1 678	14,3
I n s g e s a m t	24 780	2 003	8,1	3 047	12,3	4 448	17,9	11 534	46,6	3 748	15,1

Kosten unvermindert angehalten hat. Demgegenüber ging die Zahl der fertiggestellten Mehrfamilienhäuser auf 553 zurück (— 13%). Noch deutlicher wird der strukturbedingte Rückgang der Wohnungsbautätigkeit, wenn man die Entwicklung des prozentualen Anteils der Mehrfamilienhäuser an der Gesamtzahl der fertiggestellten Wohngebäude betrachtet. 1972 erreichte diese Quote 10%, 1978 waren es nicht einmal mehr 4%. Hauptursache dieser Entwicklung dürften die anhaltend pessimistischen Renditeaussichten im Mietwohnungsbau sein.

Die Zahl der Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden reduzierte sich im Berichtsjahr um insgesamt fast 5% auf 22 288. Während Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern immerhin noch eine Zunahme um 1 004 auf 17 562 zu verzeichnen hatten, nahm die Zahl der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern um 31% auf 4 726 ab, was einem Anteil von 21% an der Gesamtzahl der neu errichteten Wohnungen entspricht.

168 000 DM reine Baukosten für Einfamilienhäuser

Die durchschnittliche Wohnfläche der neu errichteten Wohnungen belief sich auf gut 106 qm; das sind nahezu 5 qm mehr als im Vorjahr. Die durchschnittliche Zahl der Räume hat sich 1978 ebenfalls erhöht. Sie betrug 5 pro Wohnung. Diese Veränderungen wurden maßgeblich durch den erneut gestiegenen Anteil der aufwendigeren Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern bestimmt. Während die Wohnflächengröße von Einfamilienhäusern bei 126 qm liegt und die Raumzahl in den neu errichteten Wohnungen 5,8 beträgt, erreichte die durchschnittliche Fläche der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern nur 68 qm und die Zahl der Räume 3,3. Es überrascht daher nicht, daß die veranschlagten reinen Baukosten einer fertiggestellten Neubauwohnung insgesamt um fast 11% auf 133 400 DM angestiegen sind, denn mit fast 168 000 DM waren die durchschnittlichen Baukosten je Wohnung in Einfamilienhäusern mehr als doppelt so hoch wie beim Mehrfamilienhaus (70 000 DM). Für Zweifamilienhäuser wurden 110 000 DM je Wohnung ermittelt. Die durchschnittliche Wohnfläche liegt dort bei 95 qm, die Zahl der Räume bei 4,4.

Schwerpunkte der Wohnbautätigkeit in den Kleinstgemeinden

Untersucht man die Zahl der fertiggestellten Gebäude in der Aufgliederung nach Gemeindegrößenklassen, so fällt auf, daß im Berichtsjahr mehr als vier Zehntel der Ein- und Zweifamilienhäuser in den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern entstanden sind. Abgesehen davon, daß auf diese Größenklasse ein Bevölkerungsanteil von knapp einem Drittel und ein Flächenanteil von über 70% entfällt, ist baureifes Land dort preisgünstiger zu erwerben. So mußten im Jahre 1978 in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern für den Quadratmeter baureifes Land 23 DM bezahlt werden, während die entsprechenden Preise in den Kleinstädten von 5 000 bis 20 000 Einwohner schon doppelt bis dreimal so hoch waren und in den Großstädten sogar das Sechseinhalbfache erreichten. Nur die Gruppe der Mittelstädte von 20 000 bis 50 000 Einwohner bildete eine Ausnahme. In diesen Gemeinden - die mit 861 neuen Ein- und Zweifamilienhäusern eine merkliche Zunahme der Bautätigkeit verzeichneten - war der Quadratmeter baureifes Land billiger als in der darunter liegenden Größenklasse. Ein nennenswerter Anstieg der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (+ 155) war nur in Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern zu verzeichnen, wobei sich jedoch die Zahl der Räume pro Wohnung im Schnitt von 3,5 auf 2,9 verminderte. In fast allen anderen Gemeindegrößenklassen wurden erneut weniger Neubauwohnungen in Mehrfamilienhäusern fertiggestellt als im vorangegangenen Jahr.

Knapp die Hälfte aller hinzugekommenen Wohnungen - vor fünf Jahren waren es noch fast 54% - wurden im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, fast zwei Fünftel im Bezirk Koblenz und 13% im Bezirk Trier errichtet.

Eine Untersuchung der Wohnungsbautätigkeit in den Kreisen und kreisfreien Städten läßt sich am ehesten durch einen Vergleich der im Berichtsjahr je 1 000 Einwohner erbauten Wohnungen durchführen. Für die Auswertung wurden vier Gruppen mit den un-

teren und oberen Begrenzungen unter 5 (5); 5 bis unter 7 (14); 7 bis unter 10 (14), 10 und mehr (3) Wohnungen je 1 000 Einwohner gebildet (die in Klammer stehende Ziffer gibt die Zahl der in die jeweilige Kategorie fallenden Landkreise und kreisfreien Städte an). Auffallend ist, daß der Gruppe mit der niedrigsten Bautätigkeitsziffer (5) ausschließlich kreisfreie Städte angehören. Auch die übrigen kreisfreien Städte erreichten - von Landau mit 8,5 Wohnungen je 1 000 Einwohner abgesehen - nicht den Landesdurchschnitt (6,9). Weitaus besser schnitten die Landkreise ab. Sie waren überwiegend in den beiden mittleren Gruppen anzutreffen. Diese verteilten sich auf die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Rheinhessen-Pfalz im Verhältnis 9 zu 3 zu 9. In drei Landkreisen - Rhein-Hunsrück, Daun und Ludwigshafen - wurden sogar Zugänge zwischen 10,9 und 11,8 Wohnungen je 1 000 Einwohner erreicht. Ein Vergleich mit den Ergebnissen von 1972 zeigt, wie stark die Wohnungsbautätigkeit seit Anfang der 70er Jahre zurückgegangen ist. Damals reichte die Skala von 5,5 bis 23 Wohnungen je 1 000 Einwohner, wobei die kreisfreien Städte überwiegend günstige Resultate verzeichneten. Seit sich die Baufertigstellungen zunehmend vom Mehrfamilienhausbau auf Ein- und Zweifamilienhäuser verlagert haben, ist der Anteil großer Gemeinden an der Wohnbautätigkeit erheblich zurückgegangen. Während auf Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von über 50 000 Anfang der 70er Jahre noch drei Zehntel aller Fertigstellungen entfallen waren, lag dieser Anteil 1978 nur noch bei 17%.

Unternehmen bauten häufiger größere Wohnungen

Bauherren der Zugänge im Wohnbau waren im Jahre 1978 in rund 20 000 Fällen private Haushalte. Ihr Anteil am gesamten Wohnungszugang erhöhte sich von knapp 76 auf 81%. In 1 077 Fällen waren Unternehmen und in 1 056 Fällen gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen die Bauherren. Die von sonstigen Wohnungsunternehmen fertiggestellten Wohnungen verminderten sich um fast 300 auf 2 200. Bemerkenswert ist die Entwicklung der Anteile einzelner Bauherrengruppen an dem nach Zahl der Räume aufgeteilten Wohnungszugang. Während bei den privaten Bauherren Wohnungen mit fünf und mehr Räumen etwas geringere Anteile gegenüber

1977 verzeichneten, traten Unternehmen sowie Wohnungsunternehmen bei den größeren Wohnungen, die insbesondere in Ein- und Zweifamilienhäusern zu finden sind, häufiger als Bauherren auf. Diese leichte Tendenzwende - im vorangegangenen Jahr verlief die Entwicklung umgekehrt - läßt auf ein verstärktes Engagement der Unternehmen und Wohnungsunternehmen beim Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern schließen. Der Verkauf schlüsselfertiger Bauten im Eigenheimsektor erscheint lohnender als der Mietwohnungsbau, zumal bei letzterem eine spürbare Verbesserung der Renditeaussichten wenig wahrscheinlich ist.

Jedes zehnte Wohngebäude mit Fertigteilen gebaut

Knapp 11% der neu hinzugekommenen Wohngebäude wurden 1978 in Fertigteilbauweise errichtet (1977: 9,6%). Auch im Rahmen der Baugenehmigungen 1978 ist diese Quote etwas gestiegen. Bedeutungslos ist die Fertigteilbauweise bei Mehrfamilienhäusern. Mit einem Anteil von neun Zehnteln aller in Fertigteilbauweise errichteten Wohngebäude bildeten die privaten Haushalte auch in diesem Bereich die mit Abstand größte Bauherrengruppe. Von den Nichtwohngebäuden sind 236 oder 9,2% mit Fertigteilen erstellt worden. Das stärkste Engagement verzeichneten hier die Unternehmen und freien Berufe. Für diese Bauherrengruppe wurde ein Anteil von mehr als vier Fünfteln ermittelt.

Auch im sozialen Wohnungsbau dominiert das Einfamilienhaus

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den sogenannten traditionellen, öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (Erster Förderungsweg). Unberücksichtigt bleibt der 1968 eingeführte sogenannte Zweite Förderungsweg, der solchen Personen den Bezug steuerbegünstigter Wohnungen ermöglichen soll, die wegen Überschreitung der Einkommensgrenzen keine Sozialwohnungen erhalten können. Mit einem Wohnungszugang von 3 417 konnte im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau erstmals seit 1974 wieder ein leichter Anstieg registriert werden. Gemessen an der Zahl aller Fertigstellungen im Wohnbau 1978 entspricht das Ergebnis einem Anteil von knapp

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau¹⁾ (ohne Nichtwohnbau) nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen und Wohnungsgröße 1978

Bauherr Gemeindegrößenklasse	Ins- gesamt	Mit ... Räumen								Wohn- räume
		1 und 2		3		4		5 und mehr		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
Wirtschaftsunternehmen und öffentliche Verwaltungen	904	247	27,3	171	18,9	188	20,8	298	33,0	3 255
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	511	57	11,1	170	33,3	168	32,9	116	22,7	1 940
Private Haushalte	2 002	53	2,7	204	10,2	273	13,6	1 472	73,5	10 644
unter 2 000 Einw.	876	12	1,4	52	5,9	101	11,5	711	81,2	4 921
2 000 – 5 000 "	405	8	2,0	42	10,4	67	16,5	288	71,1	2 107
5 000 – 20 000 "	762	30	3,9	150	19,7	130	17,1	452	59,3	3 668
20 000 – 50 000 "	359	56	15,6	40	11,1	98	27,3	165	46,0	1 546
50 000 – 100 000 "	272	93	34,2	36	13,2	51	18,8	92	33,8	955
100 000 und mehr "	743	158	21,3	225	30,3	182	24,5	178	23,9	2 642
I n s g e s a m t	3 417	357	10,5	545	15,9	629	18,4	1 886	55,2	15 839

1) Nur 1. Förderungsweg.

Gebäudeart Bauherr Gemeindegrößenklasse	Gebäude	Wohnungen	Brutto- wohn- fläche	Nutzfläche		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
				ins- gesamt	je Gebäude	ins- gesamt	je Gebäude	ins- gesamt	je cbm umbauten Raumes
	Anzahl		1 000 qm	qm		1 000 cbm	cbm	1 000 DM	DM
Anstaltsgebäude	57	1	0,1	97	1 705	520	9 114	162 477	313
Bürogebäude	123	49	5,3	175	1 421	945	7 686	247 246	262
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	730	-	-	211	289	1 010	1 383	69 903	69
Gewerbliche Betriebsgebäude	1 313	306	32,9	895	681	5 153	3 925	535 627	104
Schulen	35	7	0,7	104	2 983	553	15 786	160 734	291
Sonstige Nichtwohngebäude	301	20	1,9	230	763	1 348	4 479	212 984	158
Unternehmen und freie Berufe	2 194	349	37,2	1 294	590	7 253	3 306	834 305	115
Land- und Forstwirtschaft	692	-	-	206	297	983	1 421	69 280	70
Produzierendes Gewerbe	568	55	6,5	449	791	2 686	4 728	250 624	93
Handel, Geld- und Versicherungs- wesen, Dienstleistungen	881	291	30,3	610	693	3 418	3 880	474 688	139
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	53	3	0,4	29	545	166	3 134	39 713	239
Öffentliche Bauherren	272	28	2,8	395	1 453	2 165	7 958	541 440	250
Gemeinden und Gemeindeverbände	143	19	1,8	197	1 377	1 143	7 993	262 470	230
Andere Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	42	-	-	87	2 062	424	10 088	110 452	261
Organisationen ohne Erwerbs- charakter	87	9	1,0	112	1 284	598	6 871	168 518	282
Private Haushalte	93	6	0,9	22	239	111	1 191	13 227	119
unter 2 000 Einw.	1 038	82	9,8	399	385	2 080	2 004	211 991	102
2 000 - 5 000 "	414	58	6,2	280	677	1 486	3 590	225 362	152
5 000 - 20 000 "	476	82	8,4	362	760	2 152	4 522	307 689	143
20 000 - 50 000 "	230	81	8,4	193	841	1 100	4 784	170 822	155
50 000 - 100 000 "	173	34	3,8	149	861	870	5 027	126 595	146
100 000 und mehr "	228	46	4,3	328	1 438	1 840	8 071	346 512	188
Insgesamt	2 559	383	40,9	1 712	669	9 529	3 724	1 388 971	146

14% (1977: 13%). Eine Tendenz zum Bau größerer Wohnungen konnte für diesen Bereich nicht festgestellt werden. Abweichend von der Entwicklung aller Fertigstellungen im Wohnbau sind hier verstärkt kleinere Wohnungen errichtet worden; denn jede vierte der hinzugekommenen Sozialwohnungen hat nicht mehr als vier Räume. Im gesamten Wohnungsbau belief sich dieser Anteil auf 20%.

Stärkste Bauherrengruppe waren die privaten Haushalte mit einem Anteil von fast 60% (1977: 57%), während gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen mit nur noch 511 Fällen die schwächste Gruppe bildeten (1977: 836). In jedem vierten Fall handelte es sich um Wirtschaftsunternehmen und öffentliche Verwaltungen (26,5%). Von 100 neuen Sozialwohnungen befinden sich 54 in Ein- und Zweifamilienhäusern, knapp die Hälfte in Mehrfamilienhäusern. Auf letztere entfiel jedoch nur ein Anteil von 7% der neu errichteten Wohngebäude. Somit ergibt sich für den Geschoßwohnungsbau ein Durchschnitt von 12 Wohnungen je Gebäude. Die durchschnittliche Wohnfläche blieb mit 95 qm nahezu unverändert, wobei sich der Abstand zum entsprechenden Gesamtergebnis (106 qm) erhöhte. Die Steigerung der veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung um 7% auf 116 800 DM hielt sich in Grenzen, da der Anteil der viel kostspieligeren Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern keine nennenswerte Veränderung erfahren hat.

Kaum Aktivitäten im Nichtwohnbau

Die Zahl der neugebauten Nichtwohngebäude betrug 2 559 gegenüber 2 604 im Jahr 1977. Der umbaute Raum verminderte sich um 0,8% auf 9,5 Mill. cbm und die Nutzfläche um 1,9% auf 1,71 Mill. qm. Beim Nichtwohnbau ist jedoch zu beachten, daß die genehmigten Vorhaben sich nicht bereits in den Fertigstellungszahlen des darauffolgenden Jahres niederschlagen müssen, da zwischen Baugenehmigung und Baufertigstellung meist ein längerer Zeitraum liegt als dies in der Regel beim Wohnbau der Fall ist. Hinzu kommt, daß viele öffentliche Auftraggeber ihre Auftragsvergaben zeitlich strecken werden, was im Hinblick auf eine Verstetigung des Baugeschehens von zunehmender Bedeutung ist.

Gewerbliche (1 313) und landwirtschaftliche Betriebsgebäude (730) erreichten zusammen einen Anteil von fast vier Fünfteln. Die durchschnittliche Nutzfläche war bei Schulen (2 983 qm) am höchsten. Gewerbliche Betriebsgebäude lagen mit 681 qm knapp über dem entsprechenden Mittelwert (669). Landwirtschaftliche Betriebsgebäude erreichten nur eine durchschnittliche Nutzfläche von 289 qm. Der umbaute Raum lag im Mittel bei 3 724 cbm (1977: 3 687 cbm). Die Kosten je Kubikmeter umbauten Raumes stiegen von 141 DM im Jahre 1977 um 3,6% auf 146 DM im Jahre 1978.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Sozialer Wohnungsbau 1978

Die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus eingesetzten öffentlichen Mittel dienen der Förderung solcher Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Miete oder Belastung für die einkommensschwächeren Schichten der Bevölkerung bestimmt und tragbar sind. Über den Umfang der Bewilligungen und den fertiggestellten geförderten Wohnraum liegen Statistiken ab 1953 vor.

Von besonderer Bedeutung war der Zeitraum 1953 bis 1960, als Sozialwohnungen teils mehr als ein Drittel aller errichteten Wohnungen ausmachten. In den 60er Jahren sank dieser Anteil ganz beträchtlich. Eine Neuorientierung ergab sich mit dem 1970 konzipierten und 1971 angelaufenen langfristigen Wohnungsprogramm, das insbesondere zur Stützung der Bautätigkeit in den Rezessionsjahren 1974 bis 1976 beigetragen hat. Im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1978 machten die Sozialwohnungen ein Siebtel der Neubauwohnungen aus. 1975 erreichte der Anteil sogar 16%.

Auch im Rahmen zukünftiger wohnungspolitischer Aufgaben ist eine wesentliche Verminderung des öffentlichen Engagements nicht denkbar. Das jährliche Neubauvolumen setzt jeweils einen besonderen Bestand von Sozialwohnungen voraus, da die Neubaumieten überproportional zur Einkommensentwicklung breiter Bevölkerungsschichten gestiegen sind und vermutlich weiter steigen werden. Auch im Bereich der Modernisierungsvorhaben kommt der öffentlichen Förderung eine wachsende Bedeutung zu.

Die Ergebnisse der Bewilligungsstatistik gestatten einen Überblick über die öffentlich geförderten Bauvorhaben nach Art, Fläche, Rauminhalt, veranschlagten Gesamtkosten und Finanzierung. Die Bewilligungsstatistik ist eine Statistik der Bewilligungsakte und steht in keinem direkten Zusammenhang zur Bauausführung. Der Zeitpunkt der Baugenehmigung kann vor

oder nach der Bewilligung von öffentlichen Mitteln liegen, so daß in Einzelfällen die Bauausführung bereits begonnen hat, wenn ein Vorbescheid erteilt war. Auch eine nachträgliche Bewilligung öffentlicher Mittel ist möglich. Die Zahl der ausgewiesenen Bewilligungen läßt deshalb nur bedingt einen Rückschluß auf die in einem Jahr genehmigten, begonnenen oder fertiggestellten Sozialwohnungen zu.

Über 8 000 Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1978

Nachdem sich die Zahl der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1976 nur geringfügig auf knapp 7 600 erhöht hatte und im darauffolgenden Jahr sogar einen Rückgang auf 7 300 verzeichnete, verlief die Entwicklung 1978 wieder günstiger. Die Zahl der Bewilligungen lag um 700 oder knapp 10% höher als im Jahr zuvor. Die Steigerung ist zum weitaus überwiegenden Teil eine Folge der Entwicklung des Förderungsvolumens im Zweiten Förderungsweg. Ausschlaggebend hierfür war der Umfang des Regionalprogramms mit 4 317 Bewilligungen, das sind 662 Einheiten oder 18% mehr als 1977. Der Zweite Förderungsweg zielt verstärkt auf eine Eigentumsförderung und hat durch das Regionalprogramm an Bedeutung gewonnen. Es werden Bauvorhaben für Personen gefördert, deren Jahreseinkommen die in § 25 des II. WoBauG bestimmte Einkommensgrenze um nicht mehr als 40% übersteigt oder die durch den Bezug der Wohnung eine öffentlich geförderte Mietwohnung freimachen. Im Ersten Förderungsweg, der ursprünglichen und unmittelbaren Form öffentlicher Förderung, ist dagegen nur eine geringfügige Zunahme der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau um 116 auf 3 694 festzustellen. Der Anteil des Zweiten Förderungsweges an den Bewilligungen erhöhte sich damit - gemessen an der Zahl der Wohnungen - auf 54%

Bewilligte Sozialwohnungen nach Wohnform und Eigentumsverhältnis 1965 - 1978

Jahr	Ins-gesamt 1)	In Mehrfamilienhäusern			In Ein- und Zweifamilienhäusern		In Kleinsiedlerstellen		In sonstigen Gebäuden
		zu-sammen	eigengenutzte und Kauf-eigentums-wohnungen	Eigen-tümer-wohnungen	zu-sammen	Eigen-tümer-wohnungen	zu-sammen	Eigen-tümer-wohnungen	
1965	6 171	2 644	8	32	3 466	2 892	26	25	35
1970	4 079	1 983	19	7	2 019	1 802	57	56	20
1971	5 353	3 372	15	5	1 947	1 745	21	21	13
1972	6 623	4 319	102	8	2 260	2 077	28	28	16
1973	4 282	1 458	119	-	2 702	2 458	42	13	80
1974	7 117	4 086	248	-	2 739	2 444	14	1	278
1975	7 496	3 719	723	-	3 762	3 355	5	3	10
1976	7 591	3 440	614	-	4 116	3 722	23	15	12
1977	7 326	2 886	672	-	4 414	4 011	22	14	4
1978	8 023	3 163	692	-	4 844	4 447	15	8	1

1) Ab 1973 Erster und Zweiter Förderungsweg.

(1977: 51%). Der Umfang des Regionalprogramms erreichte fast 100% des Zweiten Förderungsweges nach 97,4% im Jahre 1976 und 97,5% im Vorjahr. Die Quote der bewilligten Sozialwohnungen an den im gleichen Jahr insgesamt erteilten Baugenehmigungen hat sich von 32% (1977) auf 28% im Jahre 1978 reduziert, da die Baugenehmigungen gegenüber 1977 erheblich stärker gestiegen sind als die Bewilligungen (+ 23% bzw. + 10%). Jedoch gilt auch hier, daß sich Bewilligungen und Baugenehmigungen nicht immer zeitlich decken.

Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser unverändert

Von den rund 8 000 bewilligten Sozialwohnungen waren gut 4 800 in Ein- und Zweifamilienhäusern. Diese Zahl entspricht einem gegenüber 1977 unveränderten Anteil von 60% an der Gesamtzahl der Bewilligungen. Damit dürfte der seit 1974 anhaltende Trend zum Eigenheim - damals hatte der Anteil noch bei 38% gelegen, 1976 bei 54 und im Vorjahr bereits bei 60% - möglicherweise zum Stillstand gekommen sein. Dies könnte bereits eine Folge der verschlechterten Finanzierungsbedingungen und der stark gestiegenen Grundstücks- und Baupreise sein, die immer mehr Bauwillige veranlassen, ihre Bauabsichten aufzugeben oder zumindest hinauszuschieben. Eine leichte Tendenzwende ist hingegen bei den Bewilligungen in Mehrfamilienhäusern nicht auszuschließen. In dieser Gebäudekategorie gab es erstmals seit 1974 wieder mehr bewilligte Sozialwohnungen als im vorangegangenen Berichtsjahr (+ 277 Wohnungen gegenüber 1977).

Fast drei Viertel der geförderten Wohnungen kamen wieder auf private Haushalte. Auf Unternehmen entfielen rund 24% (1977: 25%), während der Anteil der öffentlichen Bauherren 1,4% ausmachte (1977: 1%). Bei getrennter Betrachtung der beiden Förderungsw

wege ist gegenüber 1977 eine etwas stärkere Verschiebung der Bauherrenanteile im Zweiten Förderungsweg festzustellen, wobei sich das Gewicht der Unternehmen etwas erhöht hat, während der entsprechende Anteil der privaten Haushalte vom 90 auf 88% zurückgegangen ist.

Mit 4 094 Sozialwohnungen entfällt auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, in dem knapp die Hälfte der Bevölkerung des Landes lebt, eine Quote von 51% aller geförderten Wohnungen. Danach folgen Koblenz mit 2 745 oder 34% (Bevölkerungsanteil 37%) und Trier mit 1 184 oder 15% (13%). In den vergangenen vier Jahren hat sich der Anteil von Rheinhessen-Pfalz um insgesamt 10 Prozentpunkte reduziert, während die Quoten von Koblenz und Trier um 6 bzw. 4 Prozentpunkte gestiegen sind. Diese Veränderungen sind im wesentlichen auf die Verlagerung der Bautätigkeit vom Mietwohnungsbau in den größeren Städten auf den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern in den kleineren Gemeinden zurückzuführen. 1974 waren fast 45 von 100 Sozialwohnungen in kreisfreien Städten vorgesehen, 1978 nur noch jede dritte. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem Bau- und Baulandpreise sowie Möglichkeiten zur Selbsthilfe. Von den 2 471 Bewilligungen für Sozialwohnungen in Mehrfamilienhäusern (ohne Eigentumswohnungen) - 1974 waren es 3 800 - sollen 1 582 (1974: 2 500) in den kreisfreien Städten entstehen, wobei auf die zehn kreisfreien Städte in Rheinhessen-Pfalz - den Spitzenwert erreicht Mainz mit 520 - zusammen 1 200 entfallen. 1974 waren allein in den Städten Kaiserslautern, Mainz, Ludwigshafen und Worms mehr als 2 000 Sozialwohnungen in Mehrfamilienhäusern vorgesehen. Für Koblenz wurden 1978 insgesamt 199 und für Trier 193 öffentlich geförderte Sozialwohnungen in Mehrfamilienhäusern bewilligt. Von den Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern werden dagegen 4 200 oder 86% in den Landkreisen entstehen, im Westerwaldkreis 318, in Trier-Saarburg 298, in Neuwied 280 und im Landkreis Bad Kreuznach 268.

Bewilligte Sozialwohnungen¹⁾ nach Wohnungsgröße und Bauherren 1960 - 1978

Jahr	Insgesamt			Private Haushalte ²⁾		Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen ²⁾	
	Raumzahl	cbm	qm	cbm	qm	cbm	qm
	je Wohnung						
1960	4,5	416,8	77,4	465,2	82,1	347,2	70,9
1965	4,7	464,0	83,9	554,3	93,7	369,9	74,4
1970	4,9	478,1	87,4	688,2	108,6	361,1	75,5
1971	4,6	475,6	86,1	638,4	103,8	369,1	75,7
1972	4,5	464,5	84,8	605,0	100,1	356,5	73,4
1973 ³⁾	4,9	663,0	80,3	757,4	111,3	319,4	63,4
1974	4,3	558,5	86,6	653,2	101,4	376,8	72,7
1975	4,5	593,5	93,4	695,4	108,0	371,1	75,5
1976	4,6	569,9	94,3	701,8	112,0	347,8	67,5
1977	4,8	606,2	101,4	703,5	112,9	376,9	74,4
1978	4,7	605,7	100,1	707,4	112,4	351,2	70,4

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude). - 2) Ab 1965 nur vollgeforderte reine Wohnbauten, bei denen Baugrundstücks- und Erwerbskosten ausgewiesen waren. - 3) Ohne Erbbaugrundstücke.

Durchschnittliche Wohnungsgröße etwas geringer

Die durchschnittliche Raumzahl wird in erheblichem Maße vom Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser bestimmt, die meist mehr Räume haben als Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Nachdem sich die durchschnittliche Raumzahl von 1973 auf 1974 von 4,9 auf 4,3 vermindert hatte, ist sie anschließend bis auf 4,8 (1977) gestiegen. Infolge des 1978 stagnierenden Anteils der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern haben sich Raumzahl (4,7) und durchschnittliche Wohnfläche (100,1 qm) nicht weiter erhöht, sondern sogar etwas verringert (1977: 4,8 Räume bzw. 101,4 qm). Während sich die durchschnittliche Wohnfläche bei Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen um 4 auf 70,4 qm reduzierte, ergab sich für private Haushalte nur ein leichter Rückgang von 112,9 auf 112,4 qm. Somit stand den privaten Haushalten eine um nahezu 60% größere Wohnfläche zur Verfügung als den Mietern der meist in größeren Mehrfamilienhäusern liegenden Wohnungen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften. Im Vorjahr hatte die Differenz 52% betragen, 1976 waren es 66% und 1973 sogar 76% gewesen.

Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau in den Verwaltungsbezirken 1978

Verwaltungsbezirk	Bundes-/Landesmittel ¹⁾			Geförderte Wohnungen				Sonstige ge- för- der- te Wohn- einheiten (Heim- plätze)	Durch- schnitt- liche Miete je qm Wohnfläche 4)
	Erster För- derungs- weg	Zweiter För- derungs- weg	objekt- bezogene Beihilfen 2)	ins- gesamt	in Wohngebäuden mit ...				
					1 und 2 3)	3 und mehr 4)	Eigen- tums- woh- nungen		
	1 000 DM			Anzahl				DM	
Kreisfreie Stadt Koblenz	7 553	28	718	330	103	199	28	-	5,80
Landkreise									
Ahrweiler	2 737	-	333	143	123	18	2	-	4,17
Altenkirchen (Ww.)	4 185	60	717	271	256	13	2	-	4,29
Bad Kreuznach	8 703	-	972	364	268	90	6	-	4,34
Bad Kreuznach, St	3 720	-	228	76	31	40	5	-	4,36
Birkenfeld	2 405	30	370	149	145	-	4	-	-
Idar-Oberstein, St	756	30	117	48	46	-	2	-	-
Cochem-Zell	2 429	-	208	99	83	16	-	-	4,20
Mayen-Koblenz	6 062	56	688	299	209	83	7	-	4,24
Andernach, St	1 548	28	102	52	15	36	1	-	4,20
Mayen-Stadt	417	-	69	26	23	-	3	-	-
Neuwied	5 596	40	995	379	280	92	7	-	4,42
Neuwied, St	4 159	-	504	211	117	89	5	-	4,43
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 026	-	456	167	124	41	2	-	4,68
Rhein-Lahn-Kreis	4 483	-	399	172	104	53	15	-	4,20
Lahnstein, St	1 550	-	127	56	18	32	6	-	4,21
Westerwaldkreis	6 117	70	939	372	318	42	12	-	4,41
RB Koblenz	52 296	284	6 795	2 745	2 013	647	85	-	4,79
Kreisfreie Stadt Trier	7 458	-	595	263	59	193	11	-	4,84
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	2 629	-	951	304	161	43	99	55	5,23
Bitburg-Prüm	1 911	-	361	128	127	-	1	-	-
Daun	3 290	-	356	155	129	25	1	-	4,04
Trier-Saarburg	4 622	-	925	334	298	31	5	-	3,74
RB Trier	19 910	-	3 188	1 184	774	292	117	55	4,71
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	3 349	-	453	193	18	76	99	4	4,50
Kaiserslautern	5 616	-	645	282	68	207	7	-	5,22
Landau i.d.Pfalz	3 576	-	417	174	79	56	39	-	4,85
Ludwigshafen a.Rhein	5 946	-	441	214	43	138	33	11	4,42
Mainz	16 859	-	1 501	693	67	520	106	-	5,52
Neustadt a.d.Weinstr.	1 794	28	252	104	64	20	20	-	4,63
Pirmasens	1 516	-	154	69	32	30	7	-	4,51
Speyer	2 324	-	219	95	38	29	28	-	4,50
Worms	5 067	-	196	138	35	103	-	-	4,41
Zweibrücken	1 202	42	153	69	53	11	5	-	5,02
Landkreise									
Alzey-Worms	2 135	-	372	142	140	-	2	-	-
Bad Dürkheim	4 384	20	775	290	218	67	5	-	4,20
Donnersbergkreis	3 905	-	378	165	153	12	-	-	4,20
Germersheim	2 979	-	490	200	121	51	28	-	4,38
Kaiserslautern	3 081	-	330	138	109	28	1	-	4,20
Kusel	2 174	-	251	102	84	17	1	-	4,18
Südliche Weinstraße	3 816	-	559	209	164	38	7	-	4,28
Ludwigshafen	3 556	-	602	238	168	53	17	-	4,38
Mainz-Bingen	5 149	-	993	384	244	60	80	-	4,30
Bingen, St	331	-	231	83	30	-	53	-	-
Ingelheim am Rhein, St	2 082	-	156	75	18	37	20	-	4,35
Pirmasens	3 558	-	469	195	174	16	5	-	5,28
RB Rheinhessen-Pfalz	81 986	90	9 650	4 094	2 072	1 532	490	15	4,91
Rheinland-Pfalz	154 192	374	19 633	8 023	4 859	2 471	692	70	4,86
Kreisfreie Städte	62 260	98	5 744	2 624	659	1 582	383	15	5,14
Landkreise	91 932	276	13 889	5 399	4 200	889	309	55	4,35

1) Ohne Mischförderung. - 2) Erste Jahresrate. - 3) Wohngebäude ohne Eigentumswohnungen (ohne Wohnheime) einschl. Kleinsiedlerstellen. - 4) In Wohngebäuden mit 3 und mehr Wohnungen (ohne Wohnheime).

Wachsender Finanzbedarf

Hinsichtlich der Finanzierungsart wird zwischen öffentlichen, Kapitalmarkt- und sonstigen Mitteln unterschieden. Zu den Erstgenannten zählen die Etatmittel des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, die zur Förderung des Baues von Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung bestimmt sind sowie die nach dem Lastenausgleichsgesetz für die Wohnraumhilfe bestimmten Mittel des Ausgleichsfonds (§ 6 Abs. 1 II. WoBauG). Nicht dazu gehören die Eingliederungsdarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz oder aus öffentlichen Haushalten, Wohnungsbausparkprämien, Wohnungsfürsorgemittel des Bundes und der Länder, Mittel zur Obdachlosenunterbringung, für die Vor- und Zwischenfinanzierung, unverzinsliche Darlehen, für die Steuervergünstigungen nach § 7 c EStG gewährt werden, und Grundsteuervergünstigungen. Kapitalmarktmittel sind langfristige Darlehen von Realkreditinstituten und sonstigen Kapitalsammelstellen wie Sparkassen, Lebens- und Sozialversicherungen sowie Bausparkassen. Darlehen und Hypotheken von Pfandbriefinstituten zählen ebenso dazu. Schließlich rechnen zu den sonstigen Mitteln besonders die eigenen Ersparnisse, der Gegenwert der Eigenhilfe, eingebrachte Baugrundstücke, Arbeitgeber- und Mieterdarlehen, Mietvorauszahlungen sowie sonstige aus öffentlichen Haushalten (Bundesjugendplan, Kriegsfolgehilfe, Grüner Plan, Bundesanstalt für Arbeit) direkt bereitgestellte Gelder.

Für die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus geförderten Wohnungen beliefen sich 1978 die veranschlagten Finanzierungsmittel des Ersten und Zweiten Förderungsweges auf insgesamt 1,4 Mrd. DM. Das sind rund 190 Mill. DM oder 16% mehr als im Jahr zuvor. Von den bereitgestellten Beträgen entfielen 598 Mill. DM auf den Ersten (39 Mill. DM mehr als 1977) und 813 Mill. DM (150 Mill. DM mehr) auf den Zweiten Förderungsweg, dessen Anteil sich auf 58% belief (1977: 54%).

Insgesamt 767 Mill. DM oder 54% der bereitgestellten Beträge stammten aus Kapitalmarktmitteln gegenüber 607 Mill. DM oder knapp 50% im Jahr zuvor. Ent-

Veranschlagte Gesamtherstellungskosten
der bewilligten Sozialwohnungen ¹⁾ 1960 – 1978

Jahr	Ins- gesamt	Reine Baukosten				
		1 000 DM	% der Gesamt- kosten	DM je Woh- nung	DM je cbm	DM je qm
1960	154 444	126 665	82,0	26 154	63	338
1965	311 777	247 639	79,4	44 507	96	531
1970	267 226	200 650	75,1	57 891	114	639
1971	399 151	300 902	75,4	62 845	132	730
1972	523 440	394 812	75,4	67 756	146	799
1973	456 984	369 051	80,8	89 250	163	1 073
1974	808 620	612 903	75,8	87 321	193	1 129
1975	858 393	662 548	77,2	105 166	192	1 164
1976	906 659	690 441	76,2	113 261	200	1 195
1977	962 384	731 021	76,0	122 040	208	1 241
1978	1 120 425	842 927	75,2	130 202	215	1 301

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten.

sprechend geringere Anteile errechnen sich für öffentliche (11,2%) und sonstige Mittel (34,5%). Die Bedeutung der beiden dominierenden Kapitalgeber ist in den letzten zwei Jahren etwas geringer geworden. Nachdem die Sparkassen 1976 noch mehr als die Hälfte bereitgestellt hatten und die Bausparkassen fast ein Drittel, lagen deren Anteile 1978 bei 48 bzw. 24%.

Die beiden Förderungswege zeigen erwartungsgemäß unterschiedliche Finanzierungsstrukturen. Mittel aus öffentlichen Haushalten sind nur im Rahmen des traditionellen öffentlich geförderten Wohnungsbaus von Bedeutung, wobei die für diesen Zweck bereitgestellten Beträge einem Anteil von rund 26% der Finanzierung des Ersten Förderungsweges entsprechen. Beim Zweiten Förderungsweg gibt es so gut wie keine öffentlichen Mittel. Die Finanzierung dieser Sozialwohnungen setzte sich im wesentlichen aus 63% Kapitalmarkt- und 37% sonstigen Mitteln zusammen (Erster Förderungsweg 42 bzw. 31%).

Deutlicher Kostenanstieg

Die veranschlagten Gesamtherstellungskosten im vollgeforderten reinen Wohnungsbau sind 1978 erheblich stärker gestiegen als in den Jahren zuvor. Insgesamt beliefen sie sich auf 1,1 Mrd. DM, das sind 158 Mill. DM oder 16% mehr als 1977. In den beiden vorangegangenen Jahren hatte die Zunahme jeweils bei 6% gelegen. Drei Viertel der Gesamtherstellungskosten waren reine Baukosten. Dieser Anteil ist im Verlauf der 70er Jahre relativ konstant geblieben. Nur 1973 erhöhte er sich vorübergehend auf fast 81%. Die reinen Baukosten je Wohnung erreichten 130 200 DM und lagen um knapp 7% über dem Vorjahreswert (122 000 DM). In den Jahren 1976 und 1977 hatte die Zunahme bei 8% gelegen, 1975 waren die Kosten je Wohnung sogar um 20% angestiegen. Diese Schwankungen sind im wesentlichen durch die viel aufwendigeren Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern bedingt. Die Preise je Kubikmeter umbauten Raumes erhöhten sich um 3% auf 215 DM und je Quadratmeter Wohnfläche um 5% auf 1 301 DM.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Finanzierungsmittel für bewilligte Sozialwohnungen
1960 – 1978

Jahr	Ins- gesamt 1)	Öffentliche Mittel		Kapitalmarkt- mittel		Sonstige Mittel	
		1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1960	205 924	66 250	32,2	64 513	31,3	75 161	36,5
1965	431 835	123 579	28,6	142 060	32,9	166 195	38,5
1970	402 509	92 970	23,1	133 383	33,1	176 156	43,8
1971	534 703	114 181	21,4	217 244	40,6	203 278	38,0
1972	703 458	144 940	20,6	305 280	43,4	253 238	36,0
1973	602 944	86 228	14,3	245 359	40,7	271 357	45,0
1974	1 016 975	164 791	16,2	413 462	40,7	438 722	43,1
1975	1 098 642	158 402	14,4	474 713	43,2	465 527	42,4
1976	1 159 307	170 958	14,7	545 639	47,1	442 710	38,2
1977	1 221 771	153 090	12,5	606 772	49,7	461 909	37,8
1978	1 411 623	158 092	11,2	766 752	54,3	486 779	34,5

1) Ab 1973 Erster und Zweiter Förderungsweg.

Jugendkriminalität 1968 bis 1977

Die nachfolgenden, auf den Ergebnissen der Strafverfolgungsstatistik basierenden Ausführungen beziehen sich auf gerichtliche Ahndungen und Verurteilungen von Straftätern, welche sich zur Tatzeit in einem Alter von 14 bis unter 21 Jahren befanden. Damit beschränkt sich die Darstellung nicht auf die Jugendkriminalität im engeren Sinne - die Umfang und Wirkungsgrad strafrechtlich verfolgten Verhaltens strafmündiger minderjähriger Täter wiedergibt - sie berücksichtigt auch die gerichtlich belangten Heranwachsenden. Als solche werden jene Straftäter bezeichnet, welche bei Tathandlung das Volljährigkeitsalter überschritten, jedoch das 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Unter bestimmten Voraussetzungen findet auch bei diesem Täterkreis das für die gerichtliche Verfolgung minderjähriger Straftäter obligatorische Jugendstrafrecht Anwendung, dann nämlich, wenn die Gesamtwürdigung der Persönlichkeit eines Täters bei Berücksichtigung auch der Umweltbedingungen ergibt, daß er zur Zeit der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung noch einem Jugendlichen gleichstand, oder wenn es sich nach der Art, den Umständen oder den Beweggründen der Tat um eine Jugendverfehlung handelt. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, so werden die Heranwachsenden wie Erwachsene nach dem Strafgesetzbuch abgeurteilt. Bei der Betrachtung der Straffälligkeit von Jugendlichen kann diese Gruppe nicht außer acht gelassen werden, schon deshalb nicht, weil im Altersbereich der Heranwachsenden eine Abgrenzung zwischen einem Jugendlichen und einem Erwachsenen aus biologischer Sicht nicht möglich ist.

Selbstverständlich geben die statistischen Nachweisungen der gerichtlichen Ahndungen und Verurteilungen den vollen Umfang der Straffälligkeit nicht wieder. Eine insgesamt nicht geringe Zahl unaufgeklärter Fälle und die Dunkelziffer der unbekannt gebliebenen Taten erlauben allenfalls eine Grobanalyse, welche aber durchaus Tendenzen erkennbar macht, aus denen Schlüsse auf das Ausmaß der Kriminalität zu ziehen ist. Überdies muß bei zeitlichen Vergleichen berücksichtigt werden, daß zwischen dem Begehen einer Straftat und ihrer Ahndung nicht selten ein Jahr vergeht. Insofern sind die Ergebnisse eines Berichtsjahres auch nicht identisch mit dem in dessen Verlauf bekanntgewordenen Kriminalitätsgeschehen. Schließlich sei noch vermerkt, daß das Strafgesetzbuch innerhalb des hier behandelten Zeitraumes infolge der Strafrechtsreformgesetzgebung sowohl bezüglich des Deliktcatalogs als auch der Strafzumessungen bedeutende Änderungen erfahren hat. Hierdurch ist die Vergleichbarkeit in einigen Deliktgruppen gestört.

Für die Feststellung der tatsächlichen Verurteilungskriminalität, insbesondere für das Erkennen der Entwicklung, bedarf es nicht nur der kriminalstatistischen Ergebnisse in ihrer absoluten Höhe. Diese allein vermitteln noch kein ausreichendes Bild, denn beispielsweise kann bei einer Zunahme der Verurteiltenzahlen

nur dann von einer Steigerung der Kriminalität die Rede sein, wenn die strafmündige Bevölkerung nicht im gleichen Verhältnis zugenommen hat. Umgekehrt kann bei einer Verminderung der Zahl der verurteilten Personen nicht von einer Senkung der Kriminalität gesprochen werden, wenn die Bevölkerungszahl gleichfalls entsprechend gesunken ist. Ein zuverlässiger Gradmesser für die tatsächlichen Verhältnisse läßt sich durch die Berechnung sogenannter Kriminalitäts-, Verurteilungs- oder Häufigkeitsziffern finden, indem man die Täter zu einer bestimmten Anzahl (üblicherweise 100 000) der Bevölkerung in Beziehung setzt. Damit wird das Verhältnis der Verurteilten zur strafmündigen Bevölkerung aufgezeigt.

Von 100 000 Jugendlichen wurden 1 800 straffällig

Vor rheinland-pfälzischen Gerichten wurden in den Jahren 1968 bis 1977 insgesamt 43 600 Jugendliche und 63 700 Heranwachsende wegen Verbrechen oder Vergehen rechtskräftig abgeurteilt. Die Zahl der jährlich registrierten Aburteilungsfälle hat in diesen zehn Jahren eine stetige Steigerung erfahren (+ 56 bzw. 55%). Mit einer Verurteilung der Angeklagten endeten 94 000 oder 88% der Strafverfahren. Im Unterschied zu den Aburteilungen ist die Zunahme der Verurteilungen zwischen 1968 und 1977 bei den Heranwachsenden deutlich größer (+ 51%) als bei den Jugendlichen (+ 41%).

Die Nachweisungen über die Aburteilungen und Verurteilungen von Heranwachsenden weisen insofern noch eine Auffälligkeit auf, als diese zwischen 1976 und 1977 einen enormen Anstieg verzeichnen. Die gleiche Erscheinung zeigt sich bei den entsprechenden Nachweisungen der erwachsenen Straftäter, wodurch aber keinesfalls ein sprunghaftes Anschwellen der Kriminalität belegt wird. Vielmehr wurde der Anstieg weitgehend bewirkt durch den 1976 erfolgten Übergang der Zuständigkeit der Strafvollstreckung auf die Staatsanwaltschaften. Die mit dieser Umstellung verbundenen organisatorischen Schwierigkeiten haben

Entwicklung der Straffälligkeit 1968 - 1977

(Verurteilte auf 100 000 Einwohner der gleichen Bevölkerungsgruppe)

Jahr	Ins-gesamt	Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene
1968	1 408	1 468	3 125	1 294
1969	1 297	1 619	3 008	1 153
1970	1 341	1 608	3 244	1 190
1971	1 329	1 710	3 548	1 149
1972	1 367	1 720	3 661	1 183
1973	1 325	1 610	3 430	1 159
1974	1 409	1 681	3 458	1 247
1975	1 327	1 520	3 521	1 163
1976	1 240	1 738	3 339	1 049
1977	1 549	1 800	4 039	1 352

dazu geführt, daß ein Teil der im Jahre 1976 erledigten Strafsachen erst im Jahre 1977 statistisch erfaßt wurde. Bei normaler statistischer Erfassung während der Jahre 1976 und 1977 wäre das jeweilige Steigerungsausmaß innerhalb des gesamten Berichtszeitraumes deutlich geringer.

Der Anteil der Verurteilungen in Verfahren gegen Heranwachsende, in welchen das Jugendstrafrecht zur Anwendung kam, variierte während des Berichtszeitraumes stetig. Im Durchschnitt lag er bei 28%.

Auch anhand der Verurteilungsziffern ist ein Ansteigen der Jugendkriminalität zu belegen. Ausgehend von den für die Verurteilungen von Jugendlichen und Heranwachsenden insgesamt ermittelten Werte, zeigt sich zwischen 1968 und 1977 eine Zunahme der Verurteilungshäufigkeit um stark ein Fünftel. Bei den Heranwachsenden erhöhte sich diese Häufigkeit von 3 125 je 100 000 der entsprechenden Bevölkerung um nahezu 30% auf 4 039, bei den Jugendlichen von 1 468 um fast 23% auf 1 800. Auch hier ist das Ausmaß der Steigerung durch die bereits erwähnte überhöhte Erfassung im Jahre 1977 nach oben hin etwas verfälscht. Dennoch heben sich diese Relationen deutlich von den weit darüberliegenden Werten ab, welche für die Steigerungen der absoluten Verurteilungszahlen ermittelt wurden (Heranwachsende + 51%, Jugendliche + 41%). Der effektive Anstieg der Verurteilungskriminalität innerhalb der letzten zehn Jahre war demnach sehr viel geringer, als es die absoluten Zahlen vermuten lassen.

Jugendkriminalität deutlich über der Erwachsenenkriminalität

Im Gegensatz zur Jugendkriminalität läßt die Erwachsenenkriminalität in ihrer Gesamtheit zwischen 1968 und 1977 keinen Anstieg erkennen. Die Verurteilungsziffern der einzelnen Jahre variieren zwischen den Werten 1 049 (1976) und 1 352 (1977) ohne Kontinuität. Mit einer für den Berichtszeitraum ermittelten durchschnittlichen Verurteilungsziffer von 1 194 auf 100 000 der über 21jährigen Bevölkerung liegt die Erwachsenenkriminalität deutlich unter der Verurteilungskriminalität der jüngeren Jahrgänge (2 405). Hieraus ergibt sich, daß die allgemeine Verurteilungsziffer - diese beläuft sich auf 1 358 im Schnitt der Jahre 1968 bis 1977 - maßgeblich von der Straffälligkeit der Jugendlichen und Heranwachsenden beeinflußt wird, namentlich von den letztgenannten, da der Kulminationspunkt krimineller Belastung eindeutig bei den 18- bis 21jährigen liegt.

Das Ausmaß der Kriminalität wird weitgehend von den strafrechtlichen Verfehlungen der männlichen Bevölkerung bestimmt. So kamen im Durchschnitt des Berichtszeitraumes bei den 14- bis 18jährigen auf 100 verurteilte Jungen 16,4 Mädchen, bei den 18- bis 21jährigen sogar nur 11,5. In beiden Altersbereichen allerdings zeigt sich bei den weiblichen Verurteilten eine stärkere Zunahme als bei den männlichen, die bei den weiblichen Jugendlichen noch ausgeprägter ist als bei den weiblichen Heranwachsenden.

Keine Zunahme der Verurteilungshäufigkeit wegen Diebstahls

Nachfolgend soll auf die bei den Jugendlichen und Heranwachsenden am stärksten besetzten, zum Teil

auch typischen Deliktsgruppen eingegangen werden. Dabei muß wegen der durch die Strafrechtsänderungen eingeschränkten Vergleichbarkeit eine Darstellung der Entwicklung nach den großen Hauptgruppen des Strafgesetzbuches weitgehend unterbleiben. Bezüglich der Erfassung im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik sei noch angemerkt, daß bei einer Verurteilung wegen Verwirklichung mehrerer Tatbestände nur jene Gesetzesverletzung berücksichtigt wird, welche die schwerste Strafe androht. Werden jedoch mehrere strafbare Handlungen der gleichen Person in verschiedenen Strafverfahren abgeurteilt, so wird der Angeklagte für jedes Verfahren gesondert gezählt.

Wie bei der Erwachsenenkriminalität, so sind es auch bei den Jugendlichen und Heranwachsenden Vermögensdelikte und Vergehen im Straßenverkehr, deren sich die meisten Verurteilten schuldig gemacht hatten. Auf diese beiden Deliktsgruppen zusammen entfielen im Berichtszeitraum vier Fünftel aller Verurteilungen, wobei die Vermögensdelikte mit einem Anteil von 42% dominierten. Diese wiederum waren zu 86% Diebstähle oder Unterschlagungen (34 065 Fälle im Berichtszeitraum). Betrachtet man die Entwicklung der Diebstahlskriminalität unter Zuhilfenahme der deliktsspezifischen Verurteilungsziffer, so zeigt sich sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Heranwachsenden zwischen 1968 bis 1971 ein kontinuierlicher Anstieg um 34 bzw. 44%, dem in den Folgejahren - läßt man die etwas unsicheren Nachweisungen der Jahre 1976 und 1977 einmal außer acht - ein Absinken auf annähernd das Ausgangsniveau folgt.

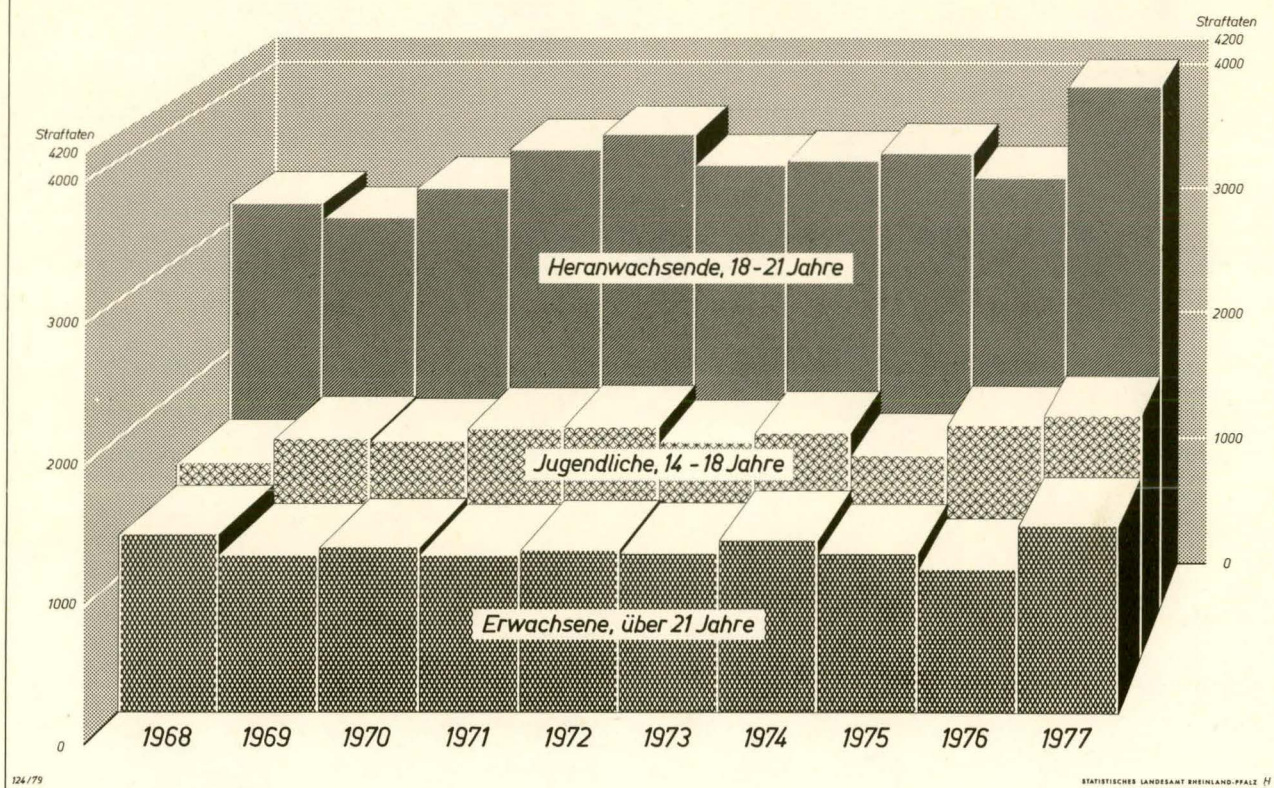
Die Jugendlichen sind etwas stärker an der Diebstahls- und Unterschlagungskriminalität beteiligt als die Heranwachsenden, jedoch ist eine Zunahme dieser Straftaten innerhalb der beiden Altersbereiche durch die Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik nicht festzustellen.

Obwohl die weiblichen Jugendlichen und heranwachsenden Straftäter in der hier behandelten Deliktsgruppe mit einem Anteil von nicht ganz einem Fünftel relativ stark vertreten sind, zeigen die Verurteilungsziffern keine eindeutige Tendenz. Die stärksten Häufigkeiten liegen in den Jahren von 1970 bis 1974 mit einem Höchstwert von 409.

Als Vermögensdelikte, deren Begehen eine besondere krimogene Aggressivität voraussetzt, müssen Raub und Erpressung gewertet werden.

Im Berichtszeitraum gab es 1 117 Verurteilungen wegen solcher Gewaltakte, fast zur Hälfte (547) von 14- bis 18jährigen Tätern verübt. Überschaute man die für beide Tätergruppen insgesamt innerhalb der einzelnen Jahre ermittelten Verurteilungsziffern, so ist eine ständige Erhöhung des Ausgangswertes (16,9) bis zum Jahre 1973 (38,8) festzustellen, dem dann ein leichter Rückgang folgt (1977: 31,4). Als Mittelwert errechnet sich 28,2. Der Vergleich zwischen den jugendlichen und heranwachsenden Tätern zeigt eine im Verlauf fast analoge Entwicklung, allerdings mit deutlich höheren Werten bei der letztgenannten Gruppe. Die bei Raub und Erpressung stärkere Beteiligung der Heranwachsenden zeigt sich in einer Verurteilungsziffer von 34,9 gegenüber 23,4 bei Jugendlichen. Ver-

Straftaten insgesamt 1968-1977 (auf 100 000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe)



ständiglicherweise ist die Beteiligung von Frauen bei diesen Delikten relativ gering. Zwischen 1968 und 1977 waren es 23 weibliche Jugendliche und 16 weibliche Heranwachsende, welche solcher Gewalttaten für schuldig befunden wurden. Das waren 4,2% bzw. 2,8% der Verurteilten beider Gruppen.

Auch bei Körperverletzungen keine steigende Tendenz

Rund 17 000 Täter zwischen 14 und 21 Jahren wurden im Berichtszeitraum wegen Körperverletzung verurteilt. Nur bei einem Viertel (4 669) von ihnen hatte die Tat keine Beziehung zu einem Straßenverkehrsvergehen. Gemessen an allen während des Berichtszeitraumes geahndeten Delikten haben die Körperverletzungen insgesamt einen Anteil von 18%, hingegen beläuft sich der Anteil der nicht infolge eines Straßenverkehrsunfalles ergangenen Verurteilungen auf rund 5%. Da die Delikte im Straßenverkehr in der Regel Verstöße minder schweren Unrechts darstellen und überdies auch eine Strafverfolgung nach anderem Bundesrecht als dem Strafgesetzbuch möglich ist, soll hier nur auf die letztgenannte Verurteilungsgruppe eingegangen werden.

Auch ohne Berücksichtigung der Körperverletzungen aus einem Verkehrsunfall nimmt dieser Straftatbestand in der Rangfolge der Häufigkeit von Jugendlichen und Heranwachsenden begangenen Delikte die dritte Stelle ein.

Der Durchschnittswert (119) wird während des Berichtszeitraumes lediglich in den Jahren 1975 und 1977 (je 128) auffällig überschritten. Allerdings liegen über

dem Mittelwert auch die Verurteilungsziffern der Jahre 1970 bis 1972, so daß eine eindeutige Zunahme der nicht durch Straßenverkehrsunfälle bewirkten Körperverletzungen schwerlich zu belegen ist. Etwa gleiche Tendenzen zeigen sich auch innerhalb der beiden Altersbereiche mit dem Unterschied, daß die Straffälligkeit bei den Heranwachsenden fast zweieinhalbmal größer ist als bei den Jugendlichen. Letztere weisen bei 1 807 Verurteilungen eine durchschnittliche Verurteilungsziffer von 77,8 auf, während sich die Kriminalitätshäufigkeit der Heranwachsenden bei einer nicht einmal um das Doppelte höheren Zahl belangter Körperverletzungsdelikte (2 862) auf 176 stellt. Die geringe Zahl der weiblichen Täter (50 Jugendliche, 96 Heranwachsende) läßt keine Schlüsse auf eine Entwicklung innerhalb des Berichtszeitraumes zu.

Die Straftatbestände gegen die sexuelle Selbstbestimmung haben infolge der bereits erwähnten Strafrechtsänderungen während des Berichtszeitraumes eine Neufassung erfahren, wodurch sich zeitliche Vergleiche der Gesamtgruppe ausschließen. Die Aussagen müssen daher auf die beiden von der Veränderung nicht betroffenen und unter den 14- bis 21jährigen häufigsten Sittlichkeitsdelikte, den sexuellen Mißbrauch von Kindern und die Vergewaltigung, beschränkt bleiben.

Des sexuellen Mißbrauchs von Kindern wurden zwischen 1968 und 1977 insgesamt 337 Jugendliche und Heranwachsende für schuldig befunden. In 203 Fällen standen die Täter in einem Alter zwischen 14 und 18 Jahren, in 134 Fällen in einem Alter zwischen 18 und

Lfd. Nr.	Deliktgruppe	Jahr	Verurteilte			Jugendliche		
			insges.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.
Ins-								
1	Straftaten gegen den Staat, öffentliche Ordnung (außer unerlaubtem Entfernen vom Unfallort), und im Amte (§§ 80 - 168, 331 - 358 StGB)	1968	1 051	889	162	46	34	12
2		1977	1 184	985	199	70	47	23
3	Straftaten gegen die Person außer im Straßenverkehr (§§ 169 - 241 a StGB außer §§ 222, 230 StGB i. V.m. Verkehrsunfall)	1968	3 754	3 398	356	262	260	2
4		1977	4 041	3 714	327	299	288	11
5	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 - 184 c StGB)	1968	561	543	18	76	76	-
6		1977	407	377	30	32	32	-
7	Mord und Totschlag (§§ 211 - 213 StGB)	1968	31	25	6	1	1	-
8		1977	54	48	6	3	3	-
9	Körperverletzung (§§ 223 - 233 StGB)	1968	1 670	1 553	117	167	165	2
10		1977	1 950	1 801	149	222	216	6
11	Vermögensdelikte (§§ 242 - 305 StGB)	1968	10 308	8 262	2 046	1 963	1 740	223
12		1977	13 828	10 371	3 457	2 694	2 237	457
13	Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 - 248 c StGB)	1968	6 546	5 053	1 493	1 656	1 460	196
14		1977	9 292	6 614	2 678	2 293	1 872	421
15	Raub und Erpressung (§§ 249 - 256 StGB)	1968	120	115	5	26	26	-
16		1977	285	268	17	62	60	2
17	Gemeingefährliche Straftaten außer im Straßenverkehr (§§ 306 - 330 c StGB außer §§ 315 b, 315 c, 316, 316 a und 330 a StGB i. V.m. Verkehrsunfall)	1968	670	637	33	24	24	-
18		1977	528	499	29	49	48	1
19	Straftaten im Straßenverkehr (§§ 142, 315 b, 315 c, 316, 222, 230, 330 a StGB i. V.m. Verkehrsunfall und nach dem StVG)	1968	18 940	17 794	1 146	844	794	50
20		1977	21 399	19 680	1 719	1 163	1 104	59
21	Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (außer StGB und StVG)	1968	4 295	3 497	798	92	87	5
22		1977	4 698	4 045	653	293	257	36
23	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz (Opiumgesetz)	1968	21	13	8	2	2	-
24		1977	777	630	137	87	67	20
25	Straftaten insgesamt	1968	39 018	34 477	4 541	3 231	2 939	292
26		1977	45 678	39 294	6 384	4 568	3 981	587
Auf 100 000 der strafmündigen								
1	Straftaten gegen den Staat, öffentliche Ordnung (außer unerlaubtem Entfernen vom Unfallort), und im Amte (§§ 80 - 168, 331 - 358 StGB)	1968	38	69	11	21	30	11
2		1977	40	71	13	28	36	19
3	Straftaten gegen die Person außer im Straßenverkehr (§§ 169 - 241 a StGB außer §§ 222, 230 StGB i. V.m. Verkehrsunfall)	1968	135	265	24	120	230	2
4		1977	123	242	19	118	222	9
5	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 - 184 c StGB)	1968	20	42	1	35	67	-
6		1977	14	27	2	13	25	-
7	Mord und Totschlag (§§ 211 - 213 StGB)	1968	2	2	-	-	1	-
8		1977	2	4	-	1	2	-
9	Körperverletzung (§§ 223 - 233 StGB)	1968	61	122	7	76	147	2
10		1977	60	130	9	86	167	5
11	Vermögensdelikte (§§ 242 - 305 StGB)	1968	371	645	137	891	1 541	208
12		1977	469	751	221	1 062	1 723	369
13	Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242 - 248 c StGB)	1968	236	395	100	752	1 293	183
14		1977	315	479	171	904	1 442	340
15	Raub und Erpressung (§§ 249 - 256 StGB)	1968	4	9	-	12	23	-
16		1977	10	19	1	24	46	2
17	Gemeingefährliche Straftaten außer im Straßenverkehr (§§ 306 - 330 c StGB außer §§ 315 b, 315 c, 316, 316 a und 330 a StGB i. V.m. Verkehrsunfall)	1968	24	50	2	11	21	-
18		1977	18	36	2	19	37	1
19	Straftaten im Straßenverkehr (§§ 142, 315 b, 315 c, 316, 222, 230, 330 a StGB i. V.m. Verkehrsunfall und nach dem StVG)	1968	684	1 389	77	384	703	47
20		1977	726	1 424	110	458	850	48
21	Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (außer StGB und StVG)	1968	155	273	54	42	77	5
22		1977	293	42	159	116	198	29
23	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz (Opiumgesetz)	1968	1	1	1	1	2	-
24		1977	26	46	9	34	52	16
25	Straftaten insgesamt	1968	1 408	2 692	305	1 468	2 603	272
26		1977	1 549	2 844	407	1 800	3 067	474

Heranwachsende			Erwachsene			Lfd. Nr.
zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	
gesamt						
104	89	15	901	766	135	1
170	140	30	944	798	146	2
353	329	24	3 139	2 809	330	3
478	451	27	3 264	2 975	289	4
54	53	1	431	414	17	5
51	50	1	324	295	29	6
4	4	—	26	20	6	7
13	12	1	38	33	5	8
227	219	8	1 276	1 169	107	9
321	308	13	1 407	1 277	130	10
1 329	1 184	145	7 016	5 338	1 678	11
1 892	1 588	304	9 242	6 546	2 696	12
953	838	115	3 937	2 755	1 182	13
1 362	1 130	232	5 637	3 612	2 025	14
35	35	—	59	54	5	15
71	69	2	152	139	13	16
71	68	3	575	545	30	17
84	77	7	395	374	21	18
2 243	2 353	175	15 568	14 647	921	19
3 502	3 185	317	16 734	15 391	1 343	20
234	210	24	3 969	3 200	769	21
837	750	87	3 568	3 038	530	22
3	1	2	16	10	6	23
331	278	53	349	285	64	24
4 619	4 233	386	31 168	27 305	3 863	25
6 963	6 191	772	34 147	29 122	5 025	26
Bevölkerung						
74	123	22	37	70	10	1
100	160	36	37	69	11	2
250	454	35	130	257	25	3
281	515	33	129	256	21	4
38	73	1	18	38	1	5
30	57	1	13	25	2	6
3	6	—	1	2	—	7
8	14	1	2	3	—	8
154	303	12	54	106	8	9
186	352	16	56	110	10	10
943	1 636	212	290	488	127	11
1 112	1 814	368	366	562	198	12
645	1 158	168	163	252	90	13
790	1 291	281	223	310	149	14
24	48	—	2	5	—	15
41	79	2	6	12	1	16
50	94	4	24	50	2	17
49	88	9	16	32	2	18
1 711	3 252	255	646	1 337	70	19
2 031	3 639	384	663	1 322	99	20
166	290	35	165	292	59	21
492	857	105	141	261	39	22
2	1	3	10	1	—	23
192	318	64	14	24	5	24
3 125	5 850	562	1 294	2 493	294	25
4 039	7 073	934	1 352	2 501	369	26

21 Jahren. Der deutliche Unterschied zwischen den absoluten Fallzahlen zeigt sich bei den durchschnittlichen Verurteilungsziffern (8,9 bzw. 8,3) sehr viel weniger ausgeprägt. In beiden Altersbereichen offenbaren die im Verlaufe des Berichtszeitraumes stetig und stark sinkenden Ziffern einen beachtlichen Rückgang des hier behandelten Straftatbestandes. Die Häufigkeit des Kindesmißbrauches durch jugendliche Täter verminderte sich um 70%, durch heranwachsende Täter um annähernd 60%. In beiden Gruppen gab es nur eine weibliche Verurteilte.

Sehr unterschiedlich verliefen hingegen die Häufigkeitsziffern für Verurteilungen wegen des Tatbestandes der Vergewaltigung, welche im Berichtszeitraum gegen 84 Jugendliche und 169 Heranwachsende (darunter eine Frau) ausgesprochen wurden. Den Durchschnittswerten (Jugendliche 3,6; Heranwachsende 10,3) liegen extrem fluktuierende Jahreswerte zugrunde.

Der beiden schwersten Kapitaldelikte, nämlich des Mordes oder des Totschlages wegen wurden während der Jahre 1968 bis 1972 insgesamt 22 Jugendliche und 47 Heranwachsende verurteilt. Dies entspricht 1,6 Verurteilungen unter 100 000 der zwischen 14- und 21jährigen Strafmündigen. Insgesamt führten im Berichtszeitraum 336 solcher Delikte zur Verurteilung (Kriminalitätsziffer 1,2). Es zeigt sich somit bei den Tötungsdelikten der 14- bis unter 21jährigen eine stärker ausgeprägte kriminelle Aktivität als bei der Gesamtbevölkerung. Bewirkt wird dies ausschließlich durch den relativ hohen Anteil der Heranwachsenden. Für den Berichtszeitraum errechnet sich bei diesen eine Verurteilungsquote von 2,9, bei den Jugendlichen eine solche von 0,9. Dies korrespondiert wiederum mit der kriminologischen Erkenntnis, daß bei entsprechender Disposition die kriminellen Energien im höheren Jugendalter am stärksten entwickelt werden.

Die Fallentwicklung verlief bei den Tötungsdelikten während des Berichtszeitraumes sowohl bei den Jugendlichen als auch den Heranwachsenden völlig uneinheitlich. Unter den Erstgenannten befanden sich fünf, unter den Letzteren zwei Frauen.

Zahlenmäßig relativ unbedeutend sind Verurteilungen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, die wegen des nicht selten konfliktbeladenen Verhältnisses Jugendlicher zu der öffentlichen Gewalt kurz beleuchtet werden sollen. Bei insgesamt 432 Verurteilungen innerhalb der zehn Berichtsjahre ergab sich ein Durchschnittskriminalitätswert von 10,9. Die Feststellung einer bei den Heranwachsenden gegenüber den Jugendlichen siebenmal höheren Verurteilungsziffer (21,9 zu 3,2) belegt auch hier offenkundig die sehr viel ausgeprägtere Aggressivität im höheren Jugendalter. Während bei den Jugendlichen die Verurteilungsziffern der einzelnen Jahre ohne Trend verlaufen, zeigt sich bei den Heranwachsenden eine stetige, wenn auch nicht kontinuierliche Entwicklung nach oben, wobei sich - gemessen an den Ziffern der Grenzjahre 1968 (15,6) und 1977 (25,5) - eine Steigerungsrate um 63% ergibt. Die Anteile der weiblichen Jugendlichen und Heranwachsenden an den Gesamtverurteilungen bleiben mit 1,4 bzw. 3,9% relativ unbedeutend.

Betrachtet man die übrigen, nach dem Strafgesetzbuch zu ahndenden Straftatbestände unter den Jugend-

lichen und Heranwachsenden, ausgenommen das Strafgeschehen im Straßenverkehr, so sind zahlenmäßig gewichtig noch die Sachbeschädigung, die gemeingefährlichen Straftaten und solche gegen die öffentliche Ordnung. Bei der Sachbeschädigung - diese war zwischen 1968 und 1977 in 2 116 Fällen Gegenstand eines Strafverfahrens mit Schuldspruch - ist ein stetiger Rückgang der Verurteilungshäufigkeit erkennbar. So sank die Kriminalitätsziffer bei den Jugendlichen von 55,4 im Jahre 1968 auf 44,5 im Jahre 1977, also um ein Fünftel. Die Ziffer für die verurteilten Heranwachsenden (1968 = 85,9; 1977 = 55,1) verringerte sich im gleichen Zeitraum sogar um mehr als ein Drittel.

Im Gegensatz zu diesem Verlauf findet sich bei den nicht den Straßenverkehr tangierenden gemeingefährlichen Straftaten - vornehmlich handelt es sich hier um Brandstiftung und Vollrausch - keine einheitliche Entwicklung. Dies belegen sowohl die Fallzahlen (insgesamt 998) als auch die Häufigkeitswerte (Durchschnittsziffer 25,3). Die Verurteilungsquote ist bei den Heranwachsenden (43,9) dreieinhalbmal höher als bei den Jugendlichen (12,5).

Läßt man den Tatbestand des unerlaubten Entfernens vom Unfallort außer Betracht, so beschränken sich die einer Verurteilung von Jugendlichen und Heranwachsenden zugrunde liegenden Straftaten gegen die öffentliche Ordnung fast ausschließlich auf den Hausfriedensbruch. Auch hier ist ein Trend nicht erkennbar. Von den insgesamt 901 Verurteilungen (Durchschnittsziffer 23,4) entfielen 312 (13,5) auf die 14- bis 18jährigen und 589 (36,2) auf die 18- bis 21jährigen. Relativ hoch ist der Anteil der verurteilten Frauen in dieser Deliktgruppe; unter den Jugendlichen waren es 16,3%, unter den Heranwachsenden 10,5%.

Rauschgiftdelikte unter Jugendlichen zwölfmal häufiger als unter Erwachsenen

In einer Zeit zunehmenden Rauschmittelkonsums dürfte die Darstellung der Entwicklung gerichtlicher Ahndungen wegen Verstößen gegen die Betäubungsmittelgesetzgebung von besonderem Interesse sein. Die Strafverfolgungsstatistik unterscheidet erst ab 1975 zwischen einzelnen Formen der Betäubungsmittel-Beschaffungs-Kriminalität, so daß hier nur das Strafgeschehen in seiner Gesamtheit behandelt werden kann.

Zwischen den Jahren 1968 und 1977 ergingen vor rheinland-pfälzischen Gerichten insgesamt 3 485 Strafurteile wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (bis 1971 Opiumgesetz). Ein Drittel betraf Personen in einem Erwachsenenalter über 21 Jahre, mehr als zwei Fünftel (1 491) solche zwischen 18 und 21 Jahren und in knapp einem Viertel der Fälle (838) wurden Jugendliche im Altersbereich 14 bis unter 18 Jahren belangt. Bedenkt man, daß der Anteil der unter 21jährigen Strafmündigen an der Gesamtzahl aller Strafmündigen nur ein Siebtel ausmacht, dabei aber die Verurteilungshäufigkeit in dieser Altersgruppe zwölfmal größer ist als unter den Erwachsenen (58,8 zu 4,6), so wird die starke Gefährdung der Jugendlichen und Heranwachsenden bei dem hier erörterten Strafgeschehen ganz offenbar. Bestimmt wird das Bild der Rauschgiftkriminalität allerdings von den Heranwachsenden, was das Verhältnis der Verurteilungs-

häufigkeit zwischen diesen (durchschnittliche Kriminalitätsziffer 89,8) und den jüngeren Tätern (35,9) deutlich demonstriert. Auf einen verurteilten Jugendlichen kommen somit 2,5 verurteilte Heranwachsende. Recht aufschlußreich ist die Entwicklung des gerichtlich geahndeten Strafgeschehens während des Berichtszeitraumes, innerhalb dessen Fallzahlen und Häufigkeitsziffern einen völlig analogen Verlauf nehmen. Zu Beginn (1968) fanden sich lediglich fünf Verurteilungen, im Endjahr 1977 waren es 418. Hielten sich die Verurteilungen in den ersten drei Jahren in engen Grenzen (von 1,4 bis 18,8 auf 100 000 Jugendliche und Heranwachsende), so brachte das Jahr 1971 mit 337 verurteilten Fällen einen durch die Kriminalitätsziffer 89 belegten sprunghaften Anstieg. Dieser war die Folge des Inkrafttretens der bereits erwähnten Neufassung des Betäubungsmittelgesetzes, mit welcher dem bedrohlich gewordenen Mißbrauch von Drogen und Rauschmitteln auch strafrechtlich wirkungsvoller zu begegnen war. Im Entwicklungsverlauf zeigen sich zwischen Jugendlichen und Heranwachsenden bis zum Jahre 1973 bei Absinken beider Gipfelwerte - diese veränderten sich im Zeitraum 1971 bis 1973 von 73 auf 48 bzw. von 111 auf 87 - keine Unterschiede. Dann aber bewegen sich die Trends diametral, bei den Jugendlichen kontinuierlich rückläufig von 40,6 auf 34,3, bei den Heranwachsenden ebenso stetig ansteigend von 107 auf 192. Ausgehend von den Gipfelwerten des Jahres 1971 hat die Häufigkeit der Verurteilung wegen Rauschgiftsdelikten in den Folgejahren bei den Jugendlichen um rund 53% abgenommen, bei den Heranwachsenden hingegen um 73% zugenommen. Auf diese Entwicklung haben die weiblichen Verurteilten, die mit 369 Fällen ein Siebtel der wegen Rauschgiftsdelikten belangten 14- bis 21jährigen bilden, keinen Einfluß. Eine Besonderheit zeigt sich lediglich bei den weiblichen Heranwachsenden insofern, als deren Verurteilungszahlen in den Jahren 1976 und 1977 ihrer Höhe wegen etwas aus dem Rahmen fielen. Diese nicht einem Trend folgende Zunahme dürfte ihre Ursache in der Nachmeldung von Fällen aus 1975 haben, was die im genannten Jahr relativ geringe Zahl weiblicher Verurteilter zu bestätigen scheint.

Jeder fünfte wegen Straßenverkehrsvergehen Verurteilte war Jugendlicher oder Heranwachsender

Innerhalb des zehnjährigen Berichtszeitraumes wurden von rheinland-pfälzischen Gerichten rund 179 000 Verurteilungen wegen Straßenverkehrsdelikten ausgesprochen, wovon sich ein Fünftel, nämlich 35 370, gegen Personen des Altersbereichs 14 bis 21 Jahren richteten. In der Unterscheidung nach Straßenverkehrsdelikten des Strafgesetzbuches und solchen des Straßenverkehrsgesetzes waren die erstgenannten Delikte unter den Jugendlichen und Heranwachsenden am häufigsten (67%) Gegenstand eines Strafverfahrens. Die getrennte Nachweisung der beiden Strafkataloge ist insofern sinnvoll, als es sich hier deliktenspezifisch um unterschiedliche Unrechtsgehalte handelt. So dürften die Straßenverkehrsdelikte nach dem Strafgesetzbuch, wie unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (früher Fahrerflucht), Körperverletzung im Straßenverkehr, gefährliche Eingriffe sowie falsches Verhalten im Straßenverkehr und insbesondere die Trun-

Straftaten im Straßenverkehr nach Personengruppen 1968 – 1977
(Verurteilte auf 100 000 der gleichen Bevölkerungsgruppe)

Zeitraum	Straftaten im Straßenverkehr		Un- erlaubtes Entfernen vom Unfallort § 142 StGB	Fahr- lässige Tötung § 222 StGB	Fahr- lässige Körper- verletzung § 230 StGB	Ge- fährdung des Straßen- verkehrs § 315 c StGB	Trunkenheit im Straßen- verkehr (ohne Gemein- gefährdung) § 316 StGB	Straftaten nach dem StVG	
	ins- gesamt	in Trunkenheit						zu- sammen	Fahren ohne Fahr- erlaubnis § 21 Abs. 1, Nr. 1 StVG
Insgesamt									
1968	684	205	52	12	237	67	99	212	89
1969	560	190	53	12	223	58	96	113	85
1970	597	235	66	12	230	71	113	99	73
1971	608	239	66	12	223	69	125	109	82
1972	628	263	73	12	217	75	136	109	84
1973	618	266	74	10	212	72	143	104	78
1974	649	294	78	9	198	72	174	113	86
1975	608	297	76	10	172	69	177	99	76
1976	567	290	68	8	143	64	184	96	76
1977	726	374	94	9	167	78	244	127	101
Jugendliche									
1968	384	23	8	2	55	10	9	295	266
1969	336	22	15	2	50	9	12	246	230
1970	252	31	14	2	46	6	14	164	150
1971	266	25	11	3	37	7	14	193	181
1972	331	34	17	1	45	6	19	239	224
1973	313	45	20	1	41	10	23	214	203
1974	377	56	20	2	53	14	30	253	233
1975	353	57	24	4	55	14	31	218	208
1976	406	67	23	2	50	13	43	272	247
1977	458	81	32	3	48	19	48	303	282
Heranwachsende									
1968	1 711	322	134	47	767	142	129	498	288
1969	1 455	309	159	36	650	120	121	370	298
1970	1 583	392	167	40	728	141	144	352	289
1971	1 670	423	196	40	757	134	170	360	292
1972	1 714	475	222	48	752	144	201	340	272
1973	1 623	476	210	34	716	138	191	330	260
1974	1 649	512	227	35	651	166	223	338	266
1975	1 700	598	248	43	623	164	283	328	272
1976	1 636	622	247	31	541	157	303	349	274
1977	2 031	770	287	41	638	196	408	450	364
Erwachsene									
1968	646	214	51	11	220	68	106	187	60
1969	520	198	50	11	211	58	102	84	57
1970	564	242	64	11	215	72	119	77	52
1971	569	247	63	11	205	70	132	84	59
1972	583	271	69	11	198	77	133	82	59
1973	580	272	70	10	194	73	150	79	55
1974	608	302	74	8	181	72	185	85	61
1975	560	299	69	8	153	68	185	73	52
1976	511	290	60	7	125	62	190	63	46
1977	663	376	87	8	147	76	253	87	64

kenheitsdelikte, kriminologisch anders zu deuten sein als die durch das Straßenverkehrsgesetz zu ahndenden Verstöße der Erlaubnismißbräuche, zum Beispiel der unerlaubten Führung eines Kraftfahrzeuges ohne Fahrerlaubnis. Bei mehr als 90% der Verurteilungen aufgrund des letztgenannten Gesetzes lag dieser Straftatbestand zugrunde.

Im ganzen gesehen haben die Verurteilungen wegen Straßenverkehrsdelikten, sieht man von den deutlich überhöhten, jedoch bezüglich ihrer Aussage nicht zweifelsfreien Zahlen der Jahre 1976 und 1977 wiederum ab, sowohl was die Fallzahlen als auch die Häufigkeitsziffern betrifft, keine einheitliche Entwicklung aufzuweisen. Gipfelwerte finden sich bei Jugendlichen in

den Jahren 1968 (384) und 1974 (378), bei den Heranwachsenden 1968 (1 711) und 1972 (1 714).

Die Betrachtung der beiden gruppenspezifischen Werte läßt die sehr viel höhere Straffälligkeit durch Straßenverkehrsdelikte bei den Heranwachsenden erkennen, was sich durch deren stärkere Verkehrsbeteiligung insofern schon ergibt, als zum einen die Führerscheine der Klassen 1, 2 und 3 erst nach Erreichen des 18. Lebensjahres erworben werden können, zum anderen die wirtschaftliche Situation eines minderjährigen Strafmündigen selten den Erwerb und den Unterhalt eines Kraftfahrzeuges erlaubt. Der Anteil der verurteilten 14- bis 21jährigen weiblichen Personen, welchen ein Straßenverkehrsdelikt nachzuweisen war, betrug 7,6%.

Abgesehen von den Delikten einer mißbräuchlichen Fahrzeugbenutzung aufgrund der Strafvorschriften des Straßenverkehrsgesetzes - diese stellen bei stark variierenden Verläufen innerhalb des Berichtszeitraumes ein Drittel der von Jugendlichen und Heranwachsenden begangenen Verkehrsvergehen dar - interessieren insbesondere die Verurteilungen aufgrund des Strafgesetzbuches. Als häufigstes Delikt ist hier die fahrlässige Körperverletzung im Straßenverkehr zu nennen. Diese übertraf innerhalb des Erfassungszeitraumes mit insgesamt 12 158 Verurteilungen und einer durchschnittlichen Häufigkeitsziffer von 311 die geahndeten Körperverletzungsfälle außerhalb des Straßenverkehrs um das Dreifache. Konnte man bei den letztgenannten Fällen von einer gewissen Stagnation im Laufe der Jahre 1968 bis 1977 sprechen, so sind die strafbaren Verletzungen innerhalb des Straßenverkehrsgeschehens kontinuierlich rückläufig, und zwar namentlich infolge sinkender Häufigkeiten bei den Heranwachsenden (1968: 767; 1976: 541). Der Anteil der weiblichen Jugendlichen war bei dem hier behandelten Strafgeschehen mit 3,6% etwas niedriger, der der weiblichen Heranwachsenden mit 10% etwas höher als die vergleichbaren Werte für die Straßenverkehrsdelikte insgesamt (5,6% und 8,2%).

Trunkenheitsdelikte mit größerer Steigerung

Nicht nur aus kriminologischer Sicht, sondern auch unter dem Aspekt eines noch ungenügend gewerteten Fehlverhaltens haben die Trunkenheitsdelikte im Straßenverkehr eine besondere Bedeutung. Insgesamt 9 000 Fälle eines solchen Vergehens durch unter 21-jährige Strafmündige führten während des Berichtszeitraumes zu einer Verurteilung, was einer durchschnittlichen Häufigkeit von 228 pro Jahr entspricht. Unter keiner der Deliktgruppen, bei welchen eine Zunahme der Verurteilungshäufigkeit festzustellen war, ist das Steigerungsausmaß so groß wie bei den Trunkenheitsdelikten. Es ergab sich eine Steigerungsrate um 148%, welche durch einen von Jahr zu Jahr kontinuierlich verlaufenden Anstieg der Fallzahlen und Häufigkeitsziffern bewirkt wurde. Gab es 1968 noch

526 Verurteilungen wegen Trunkenheitsdelikten im Straßenverkehr, so waren es 1977 bereits 1 532. Mit stark 8 000 Verurteilungen haben die Heranwachsenden einen fast achtmal höheren Anteil als die Jugendlichen. Weit höher noch ist der Anteil der Heranwachsenden, setzt man die durchschnittlichen Verurteilungswerte (490 zu 44) ins Verhältnis. Daß Frauen hier weniger gefährdet sind, bestätigt sich durch deren geringe Verurteilungszahlen (14 weibliche Jugendliche = 1,3% ; 132 weibliche Heranwachsende = 1,6%).

Unter den Nachweisungen der Straßenverkehrsvergehen ist das unerlaubte Entfernen vom Unfallort zahlenmäßig noch relativ gewichtig. Auch bei diesem Fehlverhalten, welches im Berichtszeitraum bei jugendlichen und heranwachsenden Tätern in 3 863 Fällen gerichtlich geahndet wurde, gibt es eine eindeutige Entwicklung nach oben. Unter Zugrundelegung der Häufigkeitsziffern (1968: 59,5; 1977: 136) haben die Verurteilungen wegen Fahrerflucht um 128% zugenommen. Wie bei allen Verkehrsdelikten spielen die jugendlichen Täter zahlenmäßig nur eine untergeordnete Rolle; unter der Gruppe der unter 21jährigen strafmündigen Verurteilten, denen Fahrerflucht zur Last gelegt wurde, stellen sie nur knapp 12%. In beiden Altersbereichen findet sich bei natürlich größtmäßig unterschiedlichen Häufigkeitswerten eine konforme Entwicklung. Die Verurteilungsziffer veränderte sich bei den Jugendlichen zwischen 1968 und 1977 von 7,7 auf 31,5; bei den Heranwachsenden von 134 auf 287. Mit Anteilen von 6,7% und 7,3% heben sich die Verurteilungen der weiblichen Jugendlichen und Heranwachsenden, denen Fahrerflucht nachzuweisen war, nicht sehr von den vergleichbaren Werten der gesamten richterlich geahndeten Straffälligkeit im Straßenverkehr ab.

Über die Entwicklung der im Rahmen der Verurteilungen gegen Jugendliche und Heranwachsende verhängte Strafen und Maßnahmen wird deliktsbezogen in einer gesonderten Darstellung berichtet.

R. Zirwes

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt		Jul	August	September	Juni	Jul	August	September
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 645	3 634	3 634	3 634	3 634	3 631	3 632
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 977	1 801	2 142	2 253	2 159	2 543 ^P	2 359 ^P	2 864 ^P	1 974 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	5,9	6,9	7,3	7,2	8,5 ^P	7,7 ^P	9,3 ^P	6,6 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 844	2 862	3 076	2 849	2 893	2 775 ^P	3 179 ^P	3 109 ^P	2 989 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,5	10,0	9,2	9,7	9,3 ^P	10,3 ^P	10,1 ^P	10,0 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 495	3 669	3 613	3 319	3 377	3 281 ^P	3 466 ^P	3 340 ^P	3 157 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	12,1	11,7	10,8	11,3	11,0 ^P	11,2 ^P	10,8 ^P	10,6 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	45	50	59	43	49	33 ^P	38 ^P	40 ^P	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	15,8	17,7	19,2	14,6	17,1	11,9 ^P	12,3 ^P	12,9 ^P	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 651	- 807	- 537	- 470	- 484	- 506 ^P	- 287 ^P	- 231 ^P	- 168 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 2,7	- 1,7	- 1,5	- 1,6	- 1,7 ^P	- 0,9 ^P	- 0,7 ^P	- 0,6 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 480	7 491	8 182	9 198	8 864	7 129	9 103
Ausländer	Anzahl	1 830	1 869	1 956	2 535	2 535	1 944	2 393
Erwerbspersonen	Anzahl	3 930	3 916	4 062	4 522	4 558	3 745	4 619
* Fortgezogene	Anzahl	7 677	7 384	8 109	8 558	8 373	5 904	7 797
Ausländer	Anzahl	1 924	1 702	1 908	1 891	1 957	1 388	1 654
Erwerbspersonen	Anzahl	4 279	4 128	4 399	4 649	4 516	3 433	4 424
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 197	107	73	640	491	1 225	1 306
Ausländer	Anzahl	- 94	167	48	644	578	556	739
Erwerbspersonen	Anzahl	- 349	- 212	- 337	- 127	42	302	195
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 535	10 445	11 287	12 629	12 027	9 728	11 829
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	58 989	55 749	50 798	51 158	47 160	39 319	43 127	42 022	39 182
* Männer	Anzahl	30 182	27 299	22 925	22 797	20 427	16 502	18 350	17 618	16 287
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 033	1 183	516	571	584	437	504	513	517
Bauberufe	Anzahl	3 335	2 636	1 493	1 533	1 348	1 024	1 072	1 072	963
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	20 748	19 818	17 100	16 856	15 939	13 673	14 328	13 670	12 983
Arbeitslosenquote	%	4,6	4,3	3,9	4,0	3,7	3,0	3,3	3,2	3,0
Offene Stellen	Anzahl	11 131	12 232	13 476	13 128	12 055	18 313	17 182	16 832	15 573
Männer	Anzahl	6 921	7 691	8 330	8 385	7 964	11 952	11 152	11 227	10 544
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	449	463	501	536	495	729	620	543	629
Bauberufe	Anzahl	826	989	1 206	1 221	1 163	1 635	1 439	1 417	1 422
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 294	4 722	5 352	5 180	4 815	7 644	7 155	7 137	6 508
Kurzarbeiter	Anzahl	7 738	6 984	3 804	2 638	4 226	3 083	1 860	2 459	2 980
Männer	Anzahl	5 394	5 075	2 470	1 616	2 818	1 915	1 043	1 608	1 556
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	672	682	.	.	.	698	.	.	.
* Milchkühe	1 000	237	238	.	.	.	234	.	.	.
* Schweine	1 000	699	729	.	741	.	.	.	723	.
Mastschweine	1 000	233	254	.	227	.	.	.	235	.
* Zuchtsauen	1 000	79	81	.	82	.	.	.	82	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	53	52	.	53	.	.	.	52	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 055	15 357	13 003	15 057	15 314	12 961	13 874	15 779	14 586
* Kälber	Anzahl	605	486	421	384	410	308	352	350	337
* Schweine	Anzahl	96 209	105 305	105 291	98 765	100 935	103 958	107 007	102 298	98 997
* Hausschlachtungen	Anzahl	14 026	14 164	7 972	6 503	9 080	6 532	6 364	5 983	7 467
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	12 196	13 177	12 453	12 473	12 781	12 451	12 874	13 001	12 341
* Kälber	t	4 370	4 529	3 868	4 407	4 509	3 909	4 155	4 705	4 296
* Schweine	t	58	48	40	38	41	28	31	34	33
	t	7 705	8 521	8 476	7 960	8 145	8 452	8 603	8 194	7 920
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	72	60	59	76	83	64	30	.	94
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	74	77	84	81	73	87	88	84	76
* an Molkereien und Händler geliefert	%	91,7	93,2	94,3	94,1	93,7	94,4	95,1	94,9	94,5
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,6	11,5	11,1	10,3	12,2	11,9	11,4	10,6

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978			1979				
		Monatsdurchschnitt	Julii	August	September	Junii	Julii	August	September	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 914	2 893	2 893	2 890	2 890	2 887	2 898	2 897	2 910
* Beschäftigte	1 000	387	386	385	388	389	389	392	397	398
* Arbeiter 2)	1 000	276	274	274	276	276	276	279	283	283
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 805	39 906	37 624	39 125	40 776	39 039	36 518	41 217	40 581
Löhne und Gehälter	Mill. DM	883	931	906	921	876	1 023	990	986	938
* Löhne	Mill. DM	546	571	561	583	543	615	619	624	576
* Gehälter	Mill. DM	337	360	345	338	333	408	371	362	362
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	82	74	71	64	62	72	65	63	74
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	107	119	109	112	122	122	141	143	143
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	193	166	166	159	176	177	175	165
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	30	21	22	24	21	18	20	20
* schweres Heizöl	1 000 t	169	163	145	144	135	155	159	155	145
* Stromverbrauch	Mill. kWh	923	941	938	927	934	1 005	1 023	1 035	1 016
* Stromerzeugung	Mill. kWh	272	258	237	223	216	254	252	263	250
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 733	4 810	4 670	4 628	4 914	5 555	5 402	5 436	5 493
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 374	1 355	1 291	1 287	1 277	1 578	1 552	1 537	1 616
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	122	124	116	112	129	144	120	126	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	126	128	119	114	131	145	123	128	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	124	126	118	113	129	143	122	127	139 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	123	125	122	117	128	140	129	134	135 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	95	97	110	101	112	133	121	119	132 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	126	129	121	116	125	135	126	137	133 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	131	130	116	108	135	156	119	117	144 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	135	139	119	113	144	163	118	109	149 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	117	109	104	123	128	105	116	132 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	65	63	59	68	70	52	40	62	71 ^P
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	132	139	126	125	140	161	128	136	158 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	102	98	96	99	112	140	99	115	...
Handwerk ⁵⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	97	100	.	.	102	99
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	171	175	.	.	176	206
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	311	320	200	160	263	326	158	164	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 723	1 848	1 532	1 616	1 841	1 697	1 860	1 752	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	657	688	476	456	621	675	606	512	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 338	1 460	1 245	1 309	1 469	1 332	1 400	1 392	...
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	207	247	151	144	205	206	197	204	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	195	233	146	140	197	199	187	192	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	69 864	70 664	71 433	72 792	72 803	73 413 ^P	73 894 ^P	75 601 ^P	...
Facharbeiter	Anzahl	39 661	39 639	40 644	40 503	40 408	39 681 ^P	40 002 ^P	40 151 ^P	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 742	15 521	15 615	16 194	16 240	17 795 ^P	17 781 ^P	18 046 ^P	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 232	9 094	8 894	9 956	10 277	11 148 ^P	9 065 ^P	11 004 ^P	...
Privater Bau	1 000	5 855	5 674	5 418	6 173	6 312	6 511 ^P	5 582 ^P	6 665 ^P	...
* Wohnungsbau	1 000	3 911	3 834	3 632	4 012	4 279	4 560 ^P	3 638 ^P	4 452 ^P	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	97	84	117	104	115	99 ^P	90 ^P	112 ^P	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 847	1 756	1 669	2 057	1 918	1 852 ^P	1 854 ^P	2 101 ^P	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 377	3 420	3 476	3 783	3 965	4 637 ^P	3 483 ^P	4 339 ^P	...
Hochbau	1 000	776	696	703	701	764	943 ^P	681 ^P	851 ^P	...
Tiefbau	1 000	2 601	2 724	2 773	3 082	3 201	3 694 ^P	2 802 ^P	3 488 ^P	...
Straßenbau	1 000	1 429	1 459	1 479	1 634	1 761	2 198 ^P	1 545 ^P	2 040 ^P	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	137	145	154	162	157	184 ^P	173 ^P	185 ^P	...
* Löhne	Mill. DM	119	125	133	142	137	160 ^P	150 ^P	163 ^P	...
* Gehälter	Mill. DM	18	20	21	20	20	24 ^P	23 ^P	22 ^P	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	398	385	384	386	471	762 ^P	465 ^P	451 ^P	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenskoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 176	1 456	1 726	1 582	1 574	1 565	1 506	1 489	1 495
* mit 1 Wohnung	Anzahl	931	1 138	1 352	1 245	1 217	1 177	1 137	1 100	1 111
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	201	259	294	287	285	330	315	316	319
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	44	59	80	50	72	58	54	73	65
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 146	1 423	1 743	1 540	1 503	1 516	1 484	1 513	1 388
* Wohnfläche	1 000 qm	182	227	276	246	245	248	239	249	228
* Wohnräume	Anzahl	8 445	10 675	12 832	11 316	11 490	11 363	10 943	11 714	10 738
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	237	308	378	336	337	362	363	373	338
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	9	3	3	6	6	5	2	4
Unternehmen	Anzahl	155	251	197	216	315	267	143	234	266
Private Haushalte	Anzahl	1 018	1 196	1 526	1 363	1 253	1 292	1 358	1 253	1 225
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	199	237	286	236	270	262	226	265	301
* Umbauter Raum	1 000 cbm	857	896	1 190	770	1 084	1 552	943	1 178	937
* Nutzfläche	1 000 qm	148	164	223	137	223	232	176	203	170
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	133	130	168	93	170	187	156	195	136
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	21	36	35	23	52	46	48	20	45
Unternehmen	Anzahl	173	194	246	210	210	158	110	199	210
Private Haushalte	Anzahl	5	7	5	3	8	58	68	46	46
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 920	2 361	2 884	2 514	2 529	2 430	2 294	2 581	2 356
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 394	1 362	1 242	1 262	1 347	1 506	1 590	1 517	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	70	74	73	76	86	91	101	89	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 324	1 287	1 169	1 186	1 261	1 415	1 490	1 427	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	15	15	16	16	16	16	14	...
* Halbwaren	Mill. DM	76	71	68	61	65	114	126	95	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 233	1 202	1 086	1 109	1 180	1 284	1 347	1 318	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	394	406	386	388	411	481	519	501	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	839	796	701	721	769	804	829	817	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	621	610	570	514	612	744	749	672	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	101	104	92	90	103	130	127	128	...
Dänemark	Mill. DM	28	28	22	29	29	29	29	32	...
Frankreich	Mill. DM	197	188	182	138	185	216	209	180	...
Großbritannien	Mill. DM	81	84	81	86	88	115	115	113	...
Irland	Mill. DM	4	5	5	4	5	9	9	8	...
Italien	Mill. DM	97	98	89	68	105	119	117	93	...
Niederlande	Mill. DM	112	102	99	99	97	125	144	118	...
Österreich	Mill. DM	61	57	50	56	67	68	70	79	...
Schweiz	Mill. DM	55	58	53	56	68	69	65	78	...
USA und Kanada	Mill. DM	75	88	100	88	90	76	89	79	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	311	280	237	266	261	249	313	293	...
Ostblockländer	Mill. DM	72	77	63	84	76	84	91	92	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	834	868	884	844	861	1 106	1 245	1 129	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	142	136	117	136	132	154	168	162	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	692	732	767	708	730	952	1 077	968	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG - Länder	Mill. DM	446	484	474	431	481	596	668	554	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	115	116	111	107	114	161	173	121	...
Dänemark	Mill. DM	7	9	8	9	11	11	10	12	...
Frankreich	Mill. DM	124	129	119	104	126	157	171	156	...
Großbritannien	Mill. DM	21	25	25	19	27	25	37	33	...
Irland	Mill. DM	2	2	2	2	3	2	3	2	...
Italien	Mill. DM	75	91	91	89	78	99	131	95	...
Niederlande	Mill. DM	103	112	117	101	123	140	143	135	...
Österreich	Mill. DM	20	25	25	26	26	32	36	33	...
Schweiz	Mill. DM	15	17	16	16	17	26	19	19	...
USA und Kanada	Mill. DM	76	61	74	71	41	68	76	70	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	182	181	188	211	221	261	316	314	...
Ostblockländer	Mill. DM	20	22	22	15	16	39	54	59	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	107	105	108	108	105	106	107	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	183	195	193	180	192	213	196	202	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	198	211	206	173	199	201	216	225	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	183	191	190	188	188	205	192	201	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	163	175	159	148	182	162	163	157	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	192	202	202	183	212	233	195	209	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	177	186	167	166	163	167	155	169	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	180	198	205	162	189	295	177	176	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	129	134	132	124	133	141	128	133	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130	135	133	133	134	142	133	140	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	111	113	103	96	117	101	102	97	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	137	139	138	125	145	155	128	137	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	136	140	126	125	123	122	112	121	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	130	138	142	112	131	199	118	117	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	96	97	103	106	105	102	103	104	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	126	133	143	141	145	142	145	143	...
* Umsatz	1970 = 100	138	143	167	169	180	161	167	166	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	152	157	201	209	219	193	204	205	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	128	133	142	140	151	138	140	137	...
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	300	360	436	451	513	399	421	466	...
* Ausländer	1 000	62	69	150	125	96	87	130	111	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 121	1 335	1 937	1 876	1 818	1 558	1 958	1 876	...
* Ausländer	1 000	172	210	549	410	253	266	474	381	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 609	1 634	1 925	1 651	1 715	1 686	1 793	1 941	1 568
* Güterversand	1 000 t	1 308	1 423	1 629	1 677	1 617	1 615	1 626	1 663	1 496
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 560	14 468	14 214	10 570	13 660	16 209	13 212	11 103	11 464
Krafträder und Motorroller	Anzahl	352	558	616	594	317	989	815	623	334
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	12 197	12 795	12 547	8 999	12 232	13 953	11 309	9 358	10 086
* Lastkraftwagen	Anzahl	526	604	623	528	591	699	622	672	626
Zugmaschinen	Anzahl	409	417	327	349	431	444	344	311	337
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	8 375	8 943	9 064	8 615	9 369	9 517	8 385	9 032	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 948	1 940	2 192	2 161	2 199	2 369	2 104	2 129	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	6 427	7 003	6 872	6 454	7 170	7 148	6 281	6 903	...
Verunglückte Personen	Anzahl	2 752	2 739	3 174	3 095	3 096	3 302	3 014	2 961	...
* Getötete	Anzahl	79	80	92	88	100	97	76	81	...
Pkw - Insassen	Anzahl	43	42	46	48	51	51	39	41	...
Fußgänger	Anzahl	17	19	14	15	24	14	11	12	...
* Verletzte	Anzahl	2 673	2 659	3 082	3 007	2 996	3 205	2 938	2 880	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 601	1 589	1 764	1 626	1 718	1 639	1 539	1 447	...
Fußgänger	Anzahl	280	279	268	261	282	265	223	248	...
Schwerverletzte	Anzahl	858	853	1 054	989	969	1 036	950	953	...
Pkw - Insassen	Anzahl	453	452	550	474	502	497	447	424	...
Fußgänger	Anzahl	127	129	126	119	123	104	101	99	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	42 306	48 370	45 867	46 096	46 664	51 784	52 007	52 360	53 206
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	41 587	47 559	45 129	45 358	45 921	50 865	51 118	51 472	52 318
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	33 759	38 898	36 939	37 143	37 677	41 581	41 795	42 133	43 003
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 828	8 661	8 190	8 215	8 243	9 284	9 323	9 339	9 315
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 778	9 380	9 240	9 016	9 228	10 315	10 103	10 014	10 527
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	8 525	9 171	9 038	8 826	9 019	10 010	9 846	9 799	10 290
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	253	208	203	189	209	304	257	216	237
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 540	5 860	5 385	5 389	5 422	6 186	6 256	6 299	6 364
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	3 938	4 924	4 717	4 795	4 839	5 167	5 193	5 244	5 315
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	602	936	667	595	583	1 018	1 063	1 055	1 049
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	28 270	32 319	30 504	30 953	31 270	34 365	34 759	35 158	35 427
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	21 296	24 803	23 184	23 522	23 819	26 403	26 756	27 090	27 398
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 974	7 516	7 320	7 432	7 451	7 962	8 003	8 068	8 029
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	37 882	42 302	39 931	40 241	40 133	43 494	43 240	43 537	43 361
* Sichteinlagen	Mill. DM	5 842	6 972	6 368	6 530	6 300	6 914	7 031	6 848	6 768
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 359	6 449	5 929	5 940	5 831	6 429	6 533	6 250	6 327
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	484	523	439	590	469	486	499	598	441
* Termingelder	Mill. DM	8 159	9 752	9 458	9 446	9 500	10 797	10 563	11 067	11 054
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 855	8 539	8 005	7 953	8 062	9 224	9 237	9 507	9 696
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 304	1 213	1 453	1 492	1 438	1 574	1 326	1 559	1 358
* Spareinlagen	Mill. DM	23 881	15 578	14 105	14 266	24 333	25 782	25 646	25 622	25 539
bei Sparkassen	Mill. DM	13 843	14 813	13 976	14 060	14 094	14 949	14 875	14 852	14 805
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 167	1 174	1 239	1 033	949	943	1 214	1 069	918
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 033	1 035	1 212	874	882	1 057	1 350	1 093	1 000
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	37	38	36	34	53	28	40	32	40
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	12 677	17 487	7 060	8 158	11 411	5 313	7 674	17 401	7 859
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	1	—	3	1	—	—	—
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	971	882	890	1 003	811	808	945	812	802
* Wechselsumme	1 000 DM	4 021	4 293	4 176	3 822	4 060	3 987	4 857	3 596	3 591
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	872 606	932 837	732 757	931 406	1 216 459	1 208 670	838 526	1 051 731	1 292 103
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	636 104	654 466	475 108	649 184	928 374	916 641	508 630	675 628	982 181
Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	390 134	395 172	323 984	515 944	328 665	311 982	380 870	536 601	345 165
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	61 986	63 884	—	166 081	—	—	—	180 274	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	152 143	157 763	37 427	26 141	418 474	407 112	41 621	26 984	415 958
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	10 144	11 674	69 608	17 742	4 024	7 887	73 592	16 652	3 414
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	83 683	89 857	44 089	89 357	177 211	189 660	12 547	95 391	217 644
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	16 670	22 887	—	74 002	—	—	—	81 296	—
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	236 502	278 372	257 649	282 222	288 085	292 029	329 896	376 103	309 922
Umsatzsteuer	1 000 DM	164 183	201 841	185 891	190 088	214 805	190 981	238 994	239 517	201 245
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	72 319	76 531	71 758	92 134	73 280	101 048	90 902	136 586	108 677
* Bundessteuern	1 000 DM	100 213	116 109	102 774	121 102	115 071	133 041	133 452	127 109	120 523
Zölle	1 000 DM	8 976	7 624	6 803	7 305	6 845	10 625	7 551	3 099	9 795
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	87 952	106 298	93 224	111 905	106 365	120 680	123 997	122 096	108 993
* Landessteuern	1 000 DM	65 860	64 528	63 817	77 198	48 577	79 239	74 911	99 909	62 781
Vermögensteuer	1 000 DM	19 582	15 163	5 709	33 110	4 625	14 571	4 720	34 083	5 722
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	30 413	32 048	39 057	26 171	29 142	48 413	51 299	50 496	41 231
Biersteuer	1 000 DM	6 563	6 348	7 424	6 437	7 497	7 295	6 893	6 152	5 636
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	439 899	449 367	.	.	469 494	496 262	.	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	7 377	7 701	.	.	9 453	9 301	.	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	63 714	67 943	.	.	80 888	76 017	.	.	.
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	309 768	313 697	.	.	321 720	348 987	.	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	26 426	22 260	.	.	21 205	19 972	.	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	22 424	26 622	.	.	26 782	26 831	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	562 723	610 293	535 098	600 179	721 149	737 113	636 495	680 382	766 679
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	280 091	287 871	210 398	284 152	411 173	406 882	223 540	295 288	436 951
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	163 192	187 906	173 920	190 507	194 461	197 124	222 686	253 876	209 205
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	48 006	4 418	444	66	56 817	4 109	-
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	458 416	489 800	433 040	478 142	587 527	591 617	499 324	539 732	645 985
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	279 134	286 796	209 367	283 046	409 418	405 799	222 719	293 140	434 134
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 194	120 068	111 850	113 480	129 087	106 513	144 877	142 574	149 070
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	19 228	18 407	48 006	4 418	444	66	56 817	4 109	-
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	555 654	571 486	.	.	587 252	583 334	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	197 767	203 584	.	.	208 389	227 135	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	227 756	232 232	.	.	231 089	208 924	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	146,3	150,1	150,8	150,4	150,0	156,7	157,7	157,8	158,0
* Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	143,7	145,2	147,5	145,2	143,6	148,4	148,9	147,4	146,7
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1970 = 100	150,7	159,7	.	161,7	.	.	.	176,8	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	465	489	496	.	.	.	523	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	497	523	531	.	.	.	561	.	.
* Facharbeiter	DM	526	553	562	.	.	.	594	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	478	501	508	.	.	.	535	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	407	425	430	.	.	.	458	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	326	346	350	.	.	.	367	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	315	334	336	.	.	.	353	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	11,01	11,59	11,73	.	.	.	12,39	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	11,63	12,23	12,38	.	.	.	13,09	.	.
* Facharbeiter	DM	12,27	12,92	13,08	.	.	.	13,82	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	11,18	11,73	11,86	.	.	.	12,53	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	9,56	10,02	10,11	.	.	.	10,80	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	8,18	8,69	8,76	.	.	.	9,23	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	7,89	8,34	8,42	.	.	.	8,89	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,2	42,1	42,3	.	.	.	42,2	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,7	42,6	42,9	.	.	.	42,8	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,8	39,8	39,9	.	.	.	39,7	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 333	2 475	2 489	.	.	.	2 631	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 078	2 210	2 220	.	.	.	2 356	.	.
männlich	DM	2 553	2 704	2 711	.	.	.	2 868	.	.
weiblich	DM	1 640	1 745	1 756	.	.	.	1 871	.	.
* Technische Angestellte	DM	2 945	3 098	3 124	.	.	.	3 287	.	.
männlich	DM	3 019	3 173	3 199	.	.	.	3 366	.	.
weiblich	DM	1 999	2 132	2 148	.	.	.	2 257	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 719	2 871	2 893	.	.	.	3 045	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 440	2 584	2 598	.	.	.	2 744	.	.
männlich	DM	2 869	3 037	3 051	.	.	.	3 233	.	.
weiblich	DM	1 929	2 047	2 063	.	.	.	2 174	.	.
* Technische Angestellte	DM	2 999	3 153	3 182	.	.	.	3 341	.	.
männlich	DM	3 063	3 218	3 246	.	.	.	3 410	.	.
weiblich	DM	2 107	2 243	2 261	.	.	.	2 362	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 856	1 988	1 995	.	.	.	2 127	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	1 842	1 974	1 980	.	.	.	2 112	.	.
* männlich	DM	2 296	2 449	2 452	.	.	.	2 596	.	.
* weiblich	DM	1 485	1 586	1 595	.	.	.	1 709	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 400	61 327 ^P	61 310	61 312	61 323	61 323	61 337
Eheschließungen 1)	Anzahl	29 874	27 341 ^P	32 712 ^P	32 005 ^P	32 568 ^P	40 260 ^P	37 276 ^P	32 452 ^P	38 911 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 529	48 039 ^P	48 964 ^P	49 512 ^P	49 051 ^P	51 531 ^P	47 162 ^P	51 629 ^P	50 947 ^P
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 744	60 268 ^P	56 225 ^P	57 932 ^P	56 084 ^P	60 541 ^P	55 047 ^P	57 433 ^P	55 502 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 10 215	– 12 229 ^P	– 7 261 ^P	– 8 420 ^P	– 7 033 ^P	– 9 010 ^P	– 7 885 ^P	– 5 804 ^P	– 4 555 ^P
Arbeitslose	1 000	1 030	993	877	922	924	775	763	804	799
Männer	1 000	518	489	410	429	423	344	334	350	347
Offene Stellen	1 000	231	246	280	272	269	331	355	346	339
Männer	1 000	141	154	174	172	172	214	230	226	223
Kurzarbeiter	1 000	231	191	231	155	125	92	65	33	23
Männer	1 000	181	149	191	130	107	56	38	18	13
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	21 386	22 641	.	.	23 872	.	.	.	23 647
Schlachtmenge 4)	1 000 t	331	349	338	340	350	380	348
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	114	117	119	105	101	127	133	113	106 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	116	119	120	105	101	127	133	113	106 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	114	116	118	103	99	125	131	110	103 ^P
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	112	117	122	112	109	131	135	122	120 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	115	116	121	100	91	124	133	105	92 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	114	115	113	96	97	121	129	104	99 ^P
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	118	122	119	115	114	128	134	119	114 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	95	103	114	106	100	123	134	116	111 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 632	7 584	7 553	7 563	7 614	7 556	7 568	7 601	7 653
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	791	772	803	711	736	798	753	738	719
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	80 261	83 379	88 941	76 217	77 994	93 585	94 076	90 063	86 609
Auslandsumsatz	Mill. DM	18 966	20 018	22 230	17 794	18 061	22 561	22 461	21 692	19 983
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	27 943	29 451	25 652	24 849	25 432	27 459	26 236	27 161	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 507	3 590	3 347	3 158	3 265	3 656	3 405	3 361	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 168	1 190	1 218	1 209	1 229	1 221 ^P	1 232 ^P	1 233 ^P	1 247 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	143	141	171	142	153	171 ^P	160 ^P	154 ^P	148 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 156	6 499	6 705	6 295	6 256	6 932 ^P	12 405 ^P	9 172 ^P	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 018	17 114	24 105	22 893	22 247	17 571	16 942	.	.
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 015	16 149	22 806	21 686	21 100	16 625	15 924	.	.
Wohnfläche	1 000 qm	2 913	2 796	4 094	3 809	3 632	2 895	2 885	.	.
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 241	3 057	4 156	3 913	3 847	2 662	2 565	.	.
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	31 603	29 232	42 949	39 642	37 765	29 601	29 620	.	.
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	22 794	23 714	25 621	21 400	21 943	26 996	25 778	26 512	24 700
EG-Länder										
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 783	1 961	1 985	1 563	1 848	2 356	2 164	1 805	2 137
Dänemark	Mill. DM	502	527	551	427	544	599	559	528	580
Frankreich	Mill. DM	2 804	2 907	3 335	2 577	2 240	3 420	3 192	3 456	2 640
Großbritannien	Mill. DM	1 218	1 403	1 458	1 296	1 279	2 034	1 794	1 794	1 635
Irland	Mill. DM	65	84	95	88	78	114	107	107	92
Italien	Mill. DM	1 561	1 619	1 812	1 480	1 309	2 168	2 010	2 141	1 577
Niederlande	Mill. DM	2 293	2 363	2 520	2 030	2 246	2 724	2 428	2 539	2 569
Österreich	Mill. DM	1 212	1 218	1 298	1 094	1 204	1 354	1 287	1 408	1 340
Schweiz	Mill. DM	1 048	1 201	1 296	1 075	1 152	1 411	1 298	1 353	1 252
USA und Kanada	Mill. DM	1 614	1 857	2 188	1 867	1 638	1 903	2 042	2 148	1 724
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 899	3 956	4 154	3 840	3 946	3 550	3 700	4 035	3 905
Ostblockländer	Mill. DM	1 392	1 470	1 698	1 331	1 398	1 698	1 493	1 764	1 740

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehinausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1977	1978				1979			
		Monatsdurchschnitt	June	July	August		Mai	June	July	August
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	19 592	20 320	21 655	19 656	18 823	24 992	24 050	25 904	23 724
EG-Länder	Mill. DM	9 444	9 981	10 925	9 604	9 057	12 520	11 765	12 585	10 947
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 630	1 711	1 953	1 520	1 569	2 073	2 063	1 893	1 679
Dänemark	Mill. DM	296	334	323	287	293	379	339	369	383
Frankreich	Mill. DM	2 275	2 357	2 649	2 340	1 818	3 061	2 663	2 986	2 282
Großbritannien	Mill. DM	871	1 005	1 015	1 020	934	1 444	1 447	1 637	1 684
Irland	Mill. DM	76	80	87	73	65	107	112	133	76
Italien	Mill. DM	1 727	1 931	2 191	2 072	1 965	2 186	2 209	2 588	2 035
Niederlande	Mill. DM	2 568	2 562	2 706	2 292	2 414	3 271	2 932	2 979	2 807
Österreich	Mill. DM	508	593	640	599	547	711	661	755	667
Schweiz	Mill. DM	656	790	877	798	702	958	942	971	785
USA und Kanada	Mill. DM	1 614	1 617	1 801	1 411	1 524	2 015	1 796	1 844	1 927
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 002	3 641	3 594	3 600	3 673	4 439	4 430	4 937	4 875
Ostblockländer	Mill. DM	945	1 044	1 044	1 109	992	1 190	1 402	1 569	1 495
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	170,7	180,7	179,3	172,9	165,8	192,5	189,6 ^P	178,6 ^P	178,7 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	146,7	151,5	155,1	172,6	168,3	175,9	168,9 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 087	1 212	1 127	1 135	1 148	1 252	1 272	1 278	1 286 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	839	929	868	874	878	961	979	981	988 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	248	283	259	261	270	291	293	297	299 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	820	902	825	831	843	905	913	912	911 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	437	466	440	441	444	472	471	468	467 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	18 160	19 555	24 548	17 760	15 172	14 267	27 714	19 733	18 037
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	12 208	12 719	18 814	10 230	8 815	7 124	21 074	10 630	9 592
Lohnsteuer	Mill. DM	7 564	7 668	7 266	8 311	7 682	6 498	8 038	8 693	8 318
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 959	3 119	7 337	773	431	332	7 850	805	434
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	5 224	6 106	5 725	5 934	5 759	6 560	6 629	7 353	7 824
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 280	3 886	3 514	3 710	3 599	3 985	3 901	4 613	4 742
Bundessteuern	Mill. DM	3 398	3 578	3 571	3 633	3 691	3 754	3 346	3 990	4 015
Zölle	Mill. DM	312	306	306	305	294	330	358	342	341
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 901	3 084	3 091	3 166	3 179	3 241	2 819	3 479	3 444
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	152,0	151,6	152,4	151,9	151,0	157,5	158,4	158,8	158,8 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	142,3	137,0	134,3	136,7	134,1	137,8	138,2	138,6	137,9 ^P
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	144,5	146,3	146,4	146,5	146,5	152,5	153,3	154,4	155,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1970 = 100	148,7	157,4	.	.	159,3	169,5	.	.	174,1
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1970 = 100	150,7	159,7	.	.	161,7	172,0	.	.	176,8
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	131,4	139,5	.	.	141,8	152,5	.	.	158,8
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	146,3	150,1	150,8	150,8	150,4	156,0	156,7	157,7	157,8
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	143,7	145,2	147,3	147,5	145,2	148,8	148,4	148,9	147,4
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	147,3	154,1	153,8	153,9	154,2	159,8	160,1	160,8	161,6
Wohnungsmiete	1970 = 100	144,7	149,0	148,9	149,2	149,4	152,7	153,0	153,7	154,3
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	178,4	183,6	181,6	181,5	182,7	216,1	228,0	234,3	232,4
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	140,2	145,4	145,8	145,1	145,3	149,7	150,1	150,7	151,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	153,6	158,7	160,0	159,0	159,2	164,9	166,4	168,6	170,3
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	154,4	160,7	160,4	161,0	161,5	166,7	167,1	168,3	169,0
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	139,3	142,6	142,5	142,7	142,9	148,2	148,3	148,7	148,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	139,7	143,7	142,8	142,9	144,9	149,4	149,7	150,1	152,4

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Bauleistungen.

Kräftige Produktionszunahme

Die Produktion in der Industrie und im Handwerk des Landes Rheinland-Pfalz erhöhte sich von Januar bis September 1979 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 7,1%. Die konjunkturelle Entwicklung brachte eine Umsatzsteigerung von rund 13%, was einem realen Umsatzzuwachs von 8% entspricht. Dies wurde bei einer Zunahme der Beschäftigten von 1,5% erreicht, was darauf hinweist, daß eine deutlich verbesserte Kapazitätsauslastung zu verzeichnen ist. Ende September 1979 waren im verarbeitenden Gewerbe des Landes 10 000 Beschäftigte mehr tätig als am Jahresende 1978.

Besonders hohe Produktionssteigerungen verzeichneten die Industriezweige Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren (+ 19%), Stahlverformung (+ 15%), Straßenfahrzeugbau mit Reparaturdienst (+ 12%) sowie Elektrotechnik und Reparatur von Haushaltsgeräten (+ 10%). fn

Stundenverdienste der Industriearbeiter auf 12,39 DM gestiegen

Von April bis Juli 1979 sind die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter (einschließlich Hoch- und Tiefbau) um 0,8% auf 12,39 DM gestiegen. Seit Juli 1978 erhöhte sich der Stundenverdienst um 5,6%. Die Stundenlöhne der männlichen Industriearbeiter betrugen 13,09 DM, die der Frauen 9,23 DM.

Die Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter nahmen von April bis Juli 1979 um 1,1% auf 561 DM, die der Industriearbeiterinnen um 0,5% auf 367 DM zu.

Die kaufmännischen Angestellten in der Industrie verzeichneten im gleichen Zeitraum eine Steigerung der Bruttomonatsverdienste um 0,2% auf 2 744 DM, die technischen Angestellten um 1,6% auf 3 341 DM.

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe wiesen die Bruttomonatsverdienste der männlichen kaufmännischen Angestellten eine Erhöhung um 0,9% auf 2 596 DM und die ihrer weiblichen Kollegen um 2,8% auf 1 709 DM auf. ze

Stundenlöhne der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter von 1960 bis 1978 nahezu verfünffacht

Die Bruttostundenlöhne der Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz stiegen von 1960 bis 1978 um 366% auf 11,59 DM. Im Bundesdurchschnitt erhöhten sie sich in der gleichen Zeit um 343%. Daß die effektive Lohnhöhe in Rheinland-Pfalz 1978 dennoch um 2,5% unter dem Bundesdurchschnitt liegt, ist auf die hier stärker vertretenen niedriger bezahlten Lohngruppen zurückzuführen, die das durchschnittliche Verdienstniveau etwas senken.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Industrieangestellten nahmen von 1960 bis 1978 um 348% auf 2 871 DM zu (Bundesgebiet + 338%). ze

Rheinland-pfälzische Ausfuhr nach China hat sich im letzten Jahr fast vervierfacht

Im Jahre 1978 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für 131 Mill. DM Güter in die Volksrepublik China aus. Von 1977 auf 1978 haben sich die Lieferungen nach China fast vervierfacht (+ 280%). Dies ist um so bemerkenswerter, als gleichzeitig die gesamte Ausfuhr des Landes um 2% zurückging. Die Einfuhren aus China stiegen in dieser Zeit um rund ein Zehntel. 1978 lieferte China für mehr als 18 Mill. DM Waren.

Im ersten Halbjahr 1979 wurden für 63 Mill. DM rheinland-pfälzische Erzeugnisse nach China exportiert (+ 80%). Mehr als ein Drittel dieser Lieferungen waren Kraftfahrzeuge. Es folgen Eisenblech und chemische Vorerzeugnisse, die zusammen fast die Hälfte der Ausfuhr Güter ausmachten. Teerfarbstoffe erreichten annähernd 10%. Unter den von Januar bis Juni 1979 aus China für knapp 11 Mill. DM importierten Waren (+ 11%) lagen Produkte der Ernährungswirtschaft mit über 17% an der Spitze. In gleicher Größenordnung bewegten sich die Einfuhranteile von Bauxit, Kryolith einschließlich sonstiger Steinen und Erden sowie von chemischen Vorerzeugnissen. pe

60% der untersuchten Fahrzeuge vom TÜV beanstandet

Im ersten Halbjahr 1979 sind vom Technischen Überwachungs-Verein (TÜV) und den anderen amtlichen Überwachungsorganisationen 390 000 Kraftfahrzeuge auf Verkehrssicherheit und vorschriftsmäßigen Zustand geprüft worden. 40% der überprüften Fahrzeuge hatten keine Mängel. Jeweils rund 30% mußten wegen leichter bzw. erheblicher Mängel beanstandet werden. 1 532 Fahrzeuge waren verkehrsunsicher, das sind 0,3% aller untersuchten Kraftfahrzeuge.

80% der überprüften Fahrzeuge waren Personenkraftwagen, von denen drei Fünftel Mängel erkennen ließen. 1 050 Personenkraftwagen mußten aus dem Verkehr gezogen werden. gz

Bis September 597 Verkehrstote in Rheinland-Pfalz

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden bei Unfällen auf rheinland-pfälzischen Straßen 23 600 Personen verletzt. 597 Verkehrsteilnehmer verunglückten tödlich, 7 435 mußten stationär im Krankenhaus behandelt werden. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum hat die Zahl der Verunglückten um fast 1 300 (— 5%) abgenommen. Rückläufig ist auch die Zahl der Verkehrstoten, insbesondere unter den Pkw-Fahrern, deren Zahl sich um 67 auf 314 verringerte (Mitfahrer — 41, Fahrzeugführer — 26).

Während von Januar bis September 1978 im Straßenverkehr 150 Fußgänger tödlich verunglückten, waren es 1979 nur 98. Unter ihnen befanden sich 34 Personen im Alter von über 64 Jahren (1978: 77). Zugenommen hat dagegen die Zahl der getöteten Radfahrer, und zwar um 9 auf 50. Die Zahl der tödlich verunglückten Kinder hat sich von 9 auf 18 verdoppelt. gz

Jeder dritte Fahrschüler fiel durch

Von Januar bis Juni 1979 sind von den technischen Prüfstellen in Rheinland-Pfalz 78 900 Fahrerlaubnisprüfungen der Führerscheinklassen Eins bis Vier durchgeführt worden. Das sind 8,8% mehr als im ersten Halbjahr 1978.

Für den Erwerb der allgemeinen Fahrerlaubnis der Klasse Drei hatten sich 55 275 Prüflinge gemeldet. 35% von ihnen, und zwar 32% Männer und 38% der Frauen, bestanden die Führerscheinprüfung nicht. Weitere 12 045 Personen wollten den Führerschein der Klasse Eins machen (+ 25%). Außerdem wurden 10 045 Anwärter für die Klasse Vier (+ 19%) und 1 485 für die Klasse Zwei (+ 29%) geprüft. Bei den Prüfungen zu den Klassen Eins, Zwei und Vier fielen 25% durch.

Im Bundesgebiet meldeten sich im ersten Halbjahr 1979 insgesamt 1 235 900 Bewerber für eine Prüfung zur allgemeinen Fahrerlaubnis der Klassen Eins bis vier. Zwei Fünftel von ihnen waren Frauen. Ein Drittel aller Bewerber bestand die Prüfung nicht. gz

Motorräder erfreuen sich wachsender Beliebtheit

Anfang Juli 1979 gab es in Rheinland-Pfalz rund 182 000 Zweiräder. Zu mehr als vier Fünfteln handelt es sich um zulassungsfreie Zweiräder bis zu 50 ccm Hubraum. Davon waren 12 410 anmeldepflichtige Kleinkrafträder mit amtlichem Kennzeichen, während 138 908 nur ein Versicherungskennzeichen benötigten. Unter diesen bildeten 116 566 Mofas-25 einschließlich Mopeds mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h die weitaus stärkste Gruppe.

Gegenüber Juli 1978 hat sich der Gesamtbestand an Zweirädern nur geringfügig verändert (— 0,2%). Stärkere Rückgänge wurden bei den Kleinkrafträdern mit amtlichem Kennzeichen (— 8%) und den Mopeds (— 18%) festgestellt. Ausgeprägte Zunahmen verzeichneten Motorräder (+ 18%) und Mokicks (+ 15%).

Im Bundesgebiet belief sich Anfang Juli 1979 der Bestand an motorisierten Zweirädern auf annähernd 2,7 Millionen; das sind 1,7% mehr als im Jahr zuvor. Dabei zeichnet sich ein Nord-Südgefälle ab. Die Zunahmen im Süden werden durch Abnahme im Norden weitgehend kompensiert. gz

**Steigende Preise für feste Brennstoffe
Preisrückgang bei Heizöl im Oktober**

Im Oktober zeigte sich eine leichte Beruhigung in der Preisentwicklung bei einem großen Teil der Verbrauchsgüter. Gleichwohl ergibt sich bundesweit eine steigende Tendenz des gesamten Preisniveaus. Bei Nahrungsmitteln kam es vereinzelt zu stärkeren, zum Teil zu jahreszeitlich bedingten Preisrückgängen, so für Kabeljau (— 3,6%), Kartoffeln (— 3,5), Blattkohlarten (bis — 10), Blumenkohl (— 3), Kopfsalat (— 21),

Zwiebeln (— 11), Äpfel (— 8) und Bananen (— 9%). Leichte Preisrückgänge zeigten sich auch bei Heizöl und Benzin. Dagegen verteuerten sich Brathähnchen (+ 1,5%), Bohnenkaffee (+ 2), Tomaten (+ 42), Salatgurken (+ 30), Weintrauben (+ 10), Kohlen und Briketts (+ 2%).

Vergleicht man die Preisentwicklung seit einem Jahr, so ergibt sich bei 85% der in die Beobachtung einbezogenen Positionen eine Preiserhöhung. 4% der Warenpreise blieben unverändert und 11% — insbesondere Frischfisch, Obst, Bohnenkaffee, Rundfunk- und Fernsehgeräte — wurden billiger. Um mehr als 8% stiegen im abgelaufenen Jahr die Preise bei mehr als einem Sechstel der Nahrungs- und Genußmittel. Hierzu gehören Brot und Backwaren, Kartoffeln, Möhren, Kopfsalat, Zwiebeln, Salatgurken, Weintrauben und Südfrüchte. Bei Textilien lagen im Gegensatz zu Schuhen und Möbeln die Steigerungsraten meist unter der 8 Prozent-Marke. Auch bei den sonstigen Gebrauchsgütern gehen nur wenige Preissteigerungen über 8% hinaus. Erheblich teurer wurden einige Verbrauchsgüter wie Benzin (+ 15 bis 19%), Heizöl (+ 95%) und feste Brennstoffe (bis + 10%). Die Preiserhöhungen für Handwerkerleistungen (Schuhmacher und Friseur) betrugen etwa 8%. Einen beachtlichen Aufschlag erfuhr Porto (Briefporto + 20%) und Fernsehgebühren (+ 24%). wf

**Roggenbrot fünfeinhalbmal so teuer wie 1950 —
Preiserhöhung weitgehend eine Folge gestiegener Löhne**

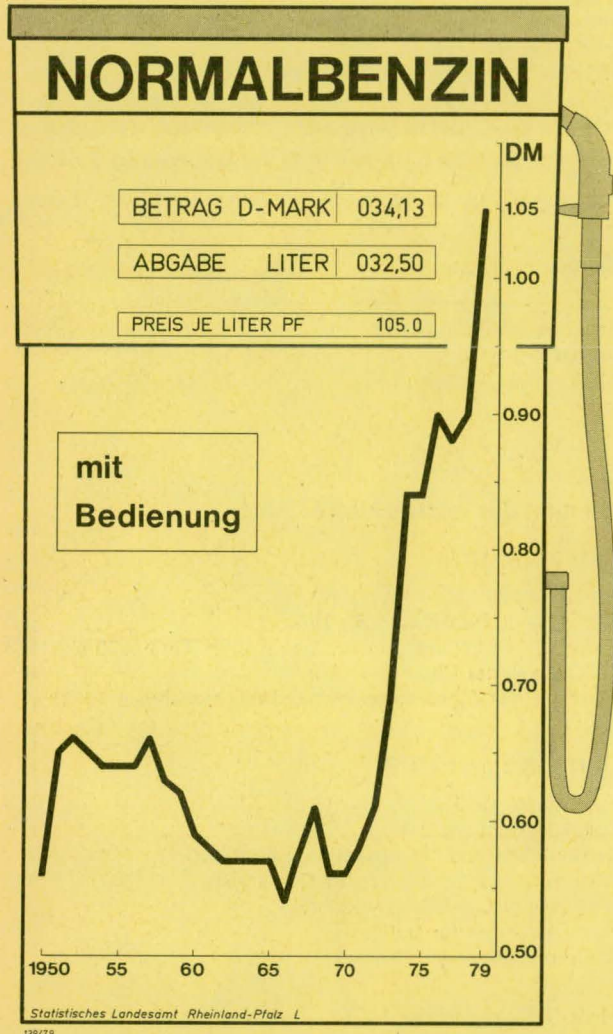
Ein Kilogramm ortsübliches Roggenbrot kostete im Oktober 1979 in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 2,55 DM. Im Jahre 1950 hatte der Preis noch bei 0,45 DM gelegen, woraus sich eine Vertéuerung um 467% errechnet. Bei Weißbrot, für das damals 0,62 DM und jetzt 3,04 DM gezahlt werden mußten, machte die Preissteigerung 390% aus. Der Einzelhandelspreis für Weizenmehl erhöhte sich dagegen um 110%.

Die hohen Teuerungsraten bei Backwaren sind ganz überwiegend auf die stark gestiegenen Lohnkosten im Bäckerhandwerk zurückzuführen. Allein von November 1957 bis Mai 1979 erhöhte sich der Wochenlohn für einen Vollgesellen von 97 DM auf 475 DM (+ 390%).

Wesentlich geringere Preisanhebungen zeigten die einschlägigen Erzeugerpreise. Von 1950 bis 1979 stiegen die Preise für Weizen um 50%, für Roggen um 65%, und für Weizenmehl um 60%. wf

**Autofahren wird zunehmend teurer
Benzinpreise wesentlichster Kostenfaktor**

Während der Preis für Normalbenzin zwischen 1950 und 1972 in Rheinland-Pfalz um 9% angestiegen war, erhöhte er sich von 1973 bis September 1979 um 52%. Kostete 1950 im Landesdurchschnitt ein Liter Normal-



benzin (Markenware) mit Bedienung noch 0,56 DM, so liegt der Preis inzwischen bei 1,05 DM. Eine weitere Erhöhung infolge erneuter Verteuerung des Rohöls ist für die nächste Zeit bereits angekündigt. Für den gesamten Zeitraum 1950 bis 1979 errechnet sich eine Teuerungsrate von 88%. Etwa die gleichen Preissteigerungen ergeben sich bei Superbenzin (Markenware) mit Bedienung.

Der Kraftfahrer-Preisindex (Anschaffungs- und Unterhaltungskosten) erhöhte sich von 1973 bis September 1979 um 36%, wobei die Anschaffungspreise für Personenkraftwagen um 37%, die Reparatur- und Inspektionskosten um 55 und die Haftpflichtversicherung um 19% anstiegen. Im gleichen Zeitraum wurde der Fahrpreis der Bundesbahn für 10 Kilometer in der 2. Klasse um 63% teurer. Er beträgt heute 1,60 DM. w

Jugendkriminalität von 1968 bis 1977

Von rheinland-pfälzischen Gerichten wurden in den Jahren 1968 bis 1977 insgesamt 43 600 Jugendliche und 63 700 Heranwachsende wegen Verbrechen oder Ver-

gehen rechtskräftig abgeurteilt. Die Zahl der jährlich registrierten Aburteilungsfälle hat in diesem Zeitraum eine stetige Steigerung erfahren (+ 56 bzw. 55%). Mit einer Verurteilung des Angeklagten endeten 94 000 oder 88% der Strafverfahren. Im Unterschied zu den Aburteilungen ist die Zunahme der Verurteilungen zwischen 1968 und 1977 bei den Heranwachsenden deutlich größer (+ 51%) als bei den Jugendlichen (+ 41%).

Das Ausmaß der Kriminalität wird weitgehend von den strafrechtlichen Verfehlungen des männlichen Bevölkerungsteiles bestimmt. So kamen im Berichtszeitraum bei den 14- bis 18jährigen auf 100 männliche Verurteilte 16,4 weibliche, bei den 18- bis 21jährigen sogar nur 11,5.

Innerhalb der einzelnen Deliktgruppen waren die Entwicklungsverläufe zumeist nicht kontinuierlich. Das gilt wider Erwarten auch für die beiden Straftatengruppen mit der größeren Verurteilungshäufigkeit, nämlich Vermögensdelikte und Straßenverkehrsdelikte, nicht aber für alle diesen Gruppen zugehörigen Straftatbestände. So haben beispielsweise Raub und Erpressung erheblich zugenommen, wie auch die im Rahmen der Straßenverkehrsvergehen geahndeten Trunkenheitsdelikte und die Fälle des unerlaubten Entfernens vom Unfallort eine beachtliche Steigerung erfahren haben. Andererseits verminderte sich die Verurteilungshäufigkeit wegen Körperverletzung im Straßenverkehr in den letzten Jahren stetig. Bei den Straftatbeständen außerhalb der vorgenannten Gruppierungen finden sich auffällige Trends beim Widerstand gegen die Staatsgewalt, bei Rauschgiftdelikten, dem sexuellen Mißbrauch von Kindern und Sachbeschädigung. Während Widerstand gegen die Staatsgewalt und Rauschgiftdelikte einen starken Anstieg verzeichneten, waren die beiden nachgenannten Delikte rückläufig. zi Mehr über dieses Thema auf Seite 273

Schülerzahlen an Gymnasien steigen weiterhin

An den 138 rheinland-pfälzischen Gymnasien wurden im Schuljahr 1979/80 insgesamt 124 591 Schüler unterrichtet. Das sind über 3 000 mehr als im Vorjahr. Höhere Schülerzahlen hat allerdings nur die Sekundarstufe II, die gymnasiale Oberstufe, an der die Schülerzahl um rund 3 600 auf 33 147 anstieg.

In der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) wurden mit 91 444 weniger Schüler gezählt als im Vorjahr (91 967). Dennoch wurde die Zahl der Klassen nicht reduziert, sondern geringfügig auf 2 733 erhöht. Dadurch verbesserte sich die durchschnittliche Klassengröße in der Sekundarstufe I von 33,9 Schülern je Klasse im Schuljahr 1978/79 auf 33,5 in diesem Jahr.

Nachdem bereits im vergangenen Schuljahr die Zahl der Mädchen an Gymnasien erstmals etwas höher war als die der Jungen, setzte sich dieser Trend in diesem Jahr fort. 62 889 der Gymnasiasten sind Mädchen, das sind 50,5%. ke

Weiterhin steigende Schülerzahlen an rheinland-pfälzischen Realschulen

An den 105 Realschulen des Landes Rheinland-Pfalz werden im Schuljahr 1979/80 insgesamt 69 612 Schüler unterrichtet. Mehr als die Hälfte dieser Schüler (54%) sind Mädchen.

Seit dem Vorjahr hat die Schülerzahl an den Realschulen um 930 zugenommen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Klassen um 38 auf 2 117. Die durchschnittliche Klassengröße verbesserte sich damit gegenüber dem Schuljahr 1978/79 auf 32,9 Schüler je Realschulklasse.

Jede zehnte Realschule in Rheinland-Pfalz ist eine Schule in freier Trägerschaft. An diesen Schulen werden allerdings nur 6% aller Realschüler des Landes unterrichtet. Bei den meisten Realschulen in freier Trägerschaft handelt es sich um Mädchenrealschulen. So werden an diesen Schulen nur 2% aller männlichen, aber fast 10% aller weiblichen Realschüler des Landes unterrichtet. ke

Kleinere Klassen an Grund- und Hauptschulen

An den 1 190 Grund- und Hauptschulen des Landes Rheinland-Pfalz setzt sich der Trend zu rückläufigen Schülerzahlen, bedingt durch den Rückgang der Geburten, weiter fort. Im Schuljahr 1979/80 werden an den Grund- und Hauptschulen noch 333 100 Schüler unterrichtet, rund 26 500 weniger als vor einem Jahr. Sinkende Schülerzahlen sind bei allen Klassenstufen zu verzeichnen. Allerdings wirkte sich der Rückgang in erster Linie im Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) aus, wo in diesem Jahr mit 178 300 fast 17 000 Schüler weniger gezählt wurden als im Vorjahr. In der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) sank die Schülerzahl um 9 600 auf 154 800.

Da die Zahl der Klassen nur unwesentlich um 300 auf 12 211 vermindert wurde, verringerte sich die durchschnittliche Klassengröße an Grund- und Hauptschulen von 28,7 im Schuljahr 1978/79 auf nunmehr 27,3. Vor allem in der ersten Klassenstufe verbesserte sich die Situation sehr stark. Durch die Senkung der Klassenmeßzahl wurden für diese Klassenstufe trotz sinkender Schülerzahlen (um 5 100 auf 38 990) mehr Klassen eingerichtet als im Vorjahr. Die durchschnittliche Klassengröße der Jahrgangsklassen der ersten Klassenstufe ging daher von 26 im Vorjahr auf 22,2 Schüler je Klasse in diesem Jahr zurück. ke

* * *

Der Verband Deutscher Städtestatistiker hat aus Anlaß seines 100jährigen Bestehens die Veröffentlichung

Städtestatistik und Stadtforschung Leistungen - Aufgabe - Ziele

herausgegeben.

Auf rund 360 Seiten werden unter anderem Beiträge über Datenerhebung, Instrumente und Organisation

der Datenaufbereitung sowie Analysen und Prognosen gebracht. Sie geben einen Überblick über Leistungsstand und -möglichkeiten eines Zweigs der kommunalen Verwaltung, der wegen der vielfältigen Sachzwänge und des wachsenden Datenbedarfs zur Entscheidungsfindung zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Subskriptionspreis bis 1. 12. 1979 DM 20,—, danach DM 25,— (zuzügl. Porto).

Bestellungen an
Verband Deutscher Städtestatistiker
— Dr. Erhard Hruschka —
Steckelhörn 12
2000 Hamburg 11.

Themen der letzten Hefte

Heft 7/Juli 1979

Schulabgänger 1979
Studien- und Berufswünsche 1979
Personal des Landes und der Gemeinden (Gv.) 1970 bis 1978
Ausstattung der Haushalte 1978
Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen 1976

Heft 8/August 1979

Europawahl 1979
Kommunalwahlen 1979
Betriebliches Ausbildungsplatzangebot 1979
Wirtschaftliche Entwicklung im Grenzraum
Saar-Lor-Lux-Eifel/Westpfalz
Ernteaussichten für 1979
Kinderunfälle im Straßenverkehr 1978

Heft 9/September 1979

Volkszählung 1981
Industrie 1950 bis 1978
Jahresverdienste 1978
Verbrauch und Preise von Grundnahrungsmitteln
1950 bis 1978
LIS-Unternehmens- und Betriebsdatei

Heft 10/Oktobre 1979

Abschaffung der Lohnsummensteuer
Private und öffentliche Investitionen seit 1970
Regionale Schülerprognose - Teil 1
Außenhandel mit den OPEC-Ländern 1974 bis 1978
Verbraucherpreisniveau in Mainz und Pirmasens 1978

Themen der folgenden Hefte

Rheinland-Pfalz 1979 - Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung
Gastgewerbe 1978/79
Regionale Schülerprognose - Teil 2
Entwicklung der Geburtenziffern

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.